

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 1.20 RM, monatlich 1.10 RM,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Interims-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonelle
oder deren Raum 60 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 10. Oktober 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Entfesselung der Kriegsfurie.

Der Kampf hat begonnen, die Montenegriner sind gegen
Verane vorgestoßen und halten die Stadt eingeschlossen. Die
Kriegserklärung der übrigen Balkanstaaten wird für heute er-
wartet, und bisher unbefestigte Meldungen wollen sogar

Europa aber ist einig, ganz und gar einig, einiger als je.
In Oesterreich ist der gemeinsame Ministerrat in der letzten
Nacht bis 3 Uhr früh zusammen gewesen, um die neuen
Rüstungskredite zu beraten. Es werden 400 Millionen Kronen
verlangt werden, 250 Millionen für die Armee, 150 Millionen
für Kriegsschiffe. Namentlich der letztere Posten ist sehr be-
zeichnend. Oder glaubt jemand im Ernst, daß diese 150
Millionen für Schiffe ausgegeben werden, die die Hellinge
erst verlassen würden viele Monate, nachdem die Entscheidung
auf dem Balkan gefallen ist. Nein, diese 400 Millionen sind
Kriegskredite, schlecht und recht Kriegskredite. Und sie sind
notwendig, denn Europa ist einig. Und der Krieg wird ja
auch ganz sicher lokalisiert werden.

Europa ist einig und deswegen hat Rußland zugleich mit
seinen Balkanschutzlingen mobilisiert, natürlich nur zur Probe
und — vorläufig wenigstens — nur teilweise und — zufällig
natürlich — an der österreichischen Grenze. Aber sind denn solche
Mobilisierungen ein Grund zu Befürchtungen, nachdem Europa
dank dem Werk seiner erleuchteten Diplomatie durchaus
einig ist?

Und wozu gäbe es eine Petersburger Telegraphen-
agentur als zur Dementierung unbequemer Meldungen. Und
wozt noch jemand an der völligen Harmlosigkeit der russischen
Politik — und namentlich in Balkanfragen zu zweifeln,
wenn die russische Regierung versichern läßt, die Probemobilisierungen
seien nunmehr beendet und — welche Bestimmtheit! — die
Kaiserflotten würden in die Heimat entlassen.

Zu dem einzigen Europa gehört auch Italien, das noch
immer im Kriegszustand gegen die Türkei sich befindet — ein
unglücklicher Zufall, der die Türkei daran verhindert, ihre
Flotte in Aktion treten zu lassen.

Die französische Regierung hatte versucht, vor Ausbruch
des Krieges zwischen Oesterreich und Rußland eine bindende
Vereinbarung herzustellen. Oesterreich sollte erklären, daß es
am Balkan keine Interessen zu verfolgen habe. Das hat
Oesterreich strikte abgelehnt, weil dadurch sowohl die Balkan-
staaten als Rußland freie Hand bekommen hätten, zumal da
Rußland sich seinerseits zu nichts verpflichten wollte. Die
Einigkeit Europas ist eine lächerliche Farce, zu der sich wirklich
nur noch Diplomaten hergeben können. In Wirklichkeit ist
heute der Gegenlat zwischen Oesterreich und Rußland weit-
aus gefährlicher, als je während der Annektionskrise.
Jetzt handelt es sich nicht mehr um serbische Drohungen, jetzt
führt Serbien bereits Krieg und seine Truppen stehen
vielleicht schon in jenem Gebiet, dessen Besetzung die öster-
reichische Politik seit Jahren als eine unerträgliche
Schädigung ihrer Machtinteressen betrachtet, als eine unleid-
liche Fessel, die ihrem Ausdehnungsdrang angelegt wird.

Das ist die Situation an dem Tage, an dem Montenegro
allein erst Krieg führt. Glaubt man wirklich, daß sie sich
bessern wird, wenn erst die entscheidenden Schlüge zwischen
den Bulgaren und Türken gefallen sein werden?

Wir glauben es nicht und wir meinen, das Proletariat
hat keine Zeit, sich bei den albernen Lügen der Diplomaten
aufzuhalten. Die Verhütung des Weltkrieges tritt
jetzt in den Mittelpunkt seiner Politik und während dort
unten im blutigen Ringen die Geschichte ihre neuen Ge-
staltungen formt, rüsten wir zu dem Kampf, dessen Lösung
lautet: Krieg dem Kriege!

Die ersten Kämpfe.

Das kleine Montenegro, das sein Volksaufgebot von rund
40 000 Mann am schnellsten auf Kriegsfuß setzen und in vier Divi-
sionen konzentrieren konnte, hat der Kriegserklärung sofort den Vor-
stoß auf türkisches Gebiet folgen lassen. Der kleine Grenzort Verane,
nördlich von der Spitze des Reils, den Montenegro in das albanische
Land hineintreibt, ist Gegenstand der montenegrinischen Offensive
geworden, der die türkische Besatzung entgegengetreten ist.

An Kräften, die in der Stille den Angriff des kleinsten Balkan-
staates veranlaßt haben, hat es nicht gefehlt. Die verbündeten
Staaten werden den schlagfertigen Genossen freie Hand gegeben
haben, um die Türkei und die Großmächte vor ein fait accompli
zu stellen. Italien, dessen Königin bekanntlich eine Tochter des Königs
Serbien ist, wird seine Hand ebenfalls im Spiele haben, um bei den
Friedensverhandlungen in Duzh einen größeren Druck auf die

Türkei ausüben zu können, und der traditionelle Balkanintrigant
Rußland wird es in Montenegro an geheimen Weisungen und an
Aubelscheinen nicht haben fehlen lassen. Denn was die offizielle russische
Diplomatie zur Weilegung des Konfliktes tut, ist eitel Blendwerk
und wird wohl auch nur in der deutschen bürgerlichen Presse ernst
genommen und breitgetreten.

Der deutsche Vierphilister meint über den Angriff Montenegros
ein abschließendes Urteil fällen zu können, wenn er sagt, daß die
„Hammeldiebe“ gegen die Türkei nichts ausdrücken können. Wir
stehen gewiß nicht in dem Verdacht, für die rauf- und raublustigen
Montenegriner oder gar für deren korrupte Dynastie irgendwelche
Sympathien zu hegen, aber die Geschichte lehrt, daß die größten
Balkanriege des letzten Jahrhunderts von einem türkisch-monte-
negrinischen Kleinkriege eingeleitet wurden. Ehe im Jahre 1853
der Krimkrieg ausbrach, kam es im Jahre 1852 zu ersten Kämpfen
zwischen der Türkei und Montenegro. Und die Veranlassung zum
russisch-türkischen Kriege von 1877/78 war der Kampf der Monte-
negriner und Serben im Jahre 1876. Heute ist die Gefahr größer
und ernster, denn die montenegrinische Offensive kann der Auftakt
zu einem europäischen Massenriege werden.

Die wirtschaftlich und kulturell zurückgebliebenen Montenegriner
sind sich natürlich dieser Verantwortlichkeit nicht bewußt. Der Türke
ist seit Jahrhunderten ihr Nationalfeind, Grenzsehnen waren bei
ihnen an der Tagesordnung, und die Armut ihres Landes erweckte
ihre Eroberungslust, deren erstes Ziel im Süden Skutari ist. Wenn
der montenegrinische Vorstoß diesmal nicht in südlicher Richtung
erfolgte, sondern nach Norden, gegen den Sandschak Novi Bazar ange-
setzt ist, so deutet das wohl auf eine gemeinsame Aktion mit einem Teile
des serbischen Heeres hin. Wird doch schon berichtet, daß serbische
Truppen die Grenze der Sandschaks überschritten haben. Das schmale,
von Oesterreich, Montenegro und Serbien eingeschlossene
Novi Bazar-Gebiet ist seit langem eine heißersehnte Beute dieser
drei Grenzländer. Die in der Stille betriebenen Rüstungen Oester-
reichs in Bosnien und der Herzegowina lassen daher Schlimmes
befürchten, wenn Serbien und Montenegro in dem Sandschak mili-
tärliche Fortschritte machen. Denn die österreichische Thronfolger-
partei wird nicht dulden wollen, daß die kleinen Balkanstaaten
Oesterreich den Weg nach Saloniki verkrummeln. In diesem Falle
wird der „brillante Sekundant“ den Dreifreund Deutschland vor
folgenschwere Entschliehungen stellen.

Eine Kriegsführung großen Stils wird in diesen von den alba-
nischen Alpen durchzogenen Gebieten nicht möglich sein. Es wird sich
hier um einen erbitterten und langwierigen Guerillakrieg handeln,
für den der Montenegriner sich vorzüglich eignet. Dazu kommt
daß die Türkei nur mit großer Unsicherheit auf die Hilfe der
Albaner rechnen kann, deren sie in den zahlreichen Aufständen trotz
gewaltiger Kraftanstrengungen kaum Herr geworden ist. Die
christlichen Malissoren haben sich schon jetzt den Montenegrinern
angeschlossen, die übrigen christlichen Albanerflämme werden jedenfalls
folgen, so daß die Türkei nur auf die mohammedanischen Albaner
einigermaßen zählen kann.

Der westliche Kriegsschauplatz wird das Bild eines schwierigen
Gebirgskrieges aufweisen, in dem Montenegriner und Serben mit
den Türken ringen und in dem die albanischen Stämme sich gegen-

seitig zerfleischen werden. Oesterreich aber wird mit schupfertigen
Gewehr dem Kampfe zusehen.

Die Hauptmacht des serbischen Heeres wird wahrscheinlich zum
bulgarischen Heer stoßen. Schon jetzt hat Serbien an Bulgarien
eine Kavalleriebrigade abgegeben, um die einleitenden Aufklärungs-
operationen gemeinsam auszuführen. Das strategische Ziel des
serbisch-bulgarischen Aufmarsches wird Adrianopel sein. Freilich
wird viel Blut fließen, ehe die Türken die Balkanpässe preisgeben
werden. Die Hauptentscheidung wird auf dem östlichen Kriegsschau-
platz fallen.

Welche Kraftanstrengungen die Türkei macht, um dem Angriff
aller Gegner zu begegnen, läßt sich im einzelnen nicht fest-
stellen. Sie hat sich ja nicht nur für einen westlichen und
östlichen Kriegsschauplatz zu rüsten, sondern muß auch im Süden
dem kampfbereiten Griechenland eine Heeresmacht entgegenstellen,
ganz abgesehen davon, daß sie auch Kleinasien nicht von Truppen
entblößen kann und mit einem verschärften Einsetzen des arabischen
Aufstandes rechnen muß. Zweifellos macht man in Konstantinopel
die energischsten Anstrengungen, um den vielseitigen Anforderungen der
Kriegslage gerecht zu werden. Ein klares Bild von dem Aufmarsch
der türkischen Heere hat man zurzeit aber nicht. Wenn deutsche
Zeitungen sich durch ihre militärischen Mitarbeiter heute schon
die Standorte und Nummern der türkischen Divisionen
genau angeben lassen, so ist darauf wenig zu geben, denn
durch die Albaneraufstände, die Truppendifflokationen infolge der
drohenden Haltung der italienischen Flotte usw. ist die auf dem
Papier festgelegte türkische Armeeteilung schon längst in Unordnung
geraten. Daß in der jetzigen Krise die Türkei ihre Truppenkonzentration
möglichst zu verschleiern sucht, liegt klar auf der Hand.

So gleicht die gegenwärtige Situation auf dem Balkan einer
schwarzen, unheilsvwangeren Gewitterwolke, aus deren Rande schon
Blitze niederzuden; wann und wo aber das Unwetter sich entladen
und welche Verheerungen es anrichten wird, läßt sich heute noch
nicht sagen.

Der erste Kampf.

Konstantinopel, 9. Oktober. (Meldung des Wiener N. N.
Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Nach den bei der Pforte ein-
gegangenen Nachrichten haben die Montenegriner
gestern Abend die Grenze überschritten und Verane
angegriffen. Der Kampf dauert an.

Auf der Pforte tagt der Ministerrat in Permanenz. Seit
dem frühen Morgen drängt sich die Menge vor der Pforte
und vor den Zeitungsredaktionen. Die Kriegserklärung
Montenegros, die durch Extrablätter bekannt gemacht wurde,
hat die Erregung aufs äußerste gesteigert. Nach den Abend-
blättern haben die Montenegriner Verane einge-
schlossen. Das Regierungsarchiv von Verane ist in
Sicherheit gebracht.

Die erste Siegesmeldung.

Konstantinopel, 9. Oktober. Nach Blättermeldungen ist es den
Albanesen unter Riza Bei gelungen, Verane zu entsetzen (?)
und dort einzuziehen, worauf sie auf montenegrinisches Gebiet vor-
rückten (?). In patriotischen Aufrufen wird die Bevölkerung auf-



Karte des türkisch-montenegrinischen Kriegsschauplatzes.

gefordert, sich für die Armee anwerben zu lassen. Eine große Zahl albanesischer Freiwilliger meldete sich zum Truppen- dienst. — „Sabah“ glaubt, die Montenegriner hätten Verane ge- wählt, um sich mit der serbischen Armee vereinigen zu können. Die Montenegriner hätten auch versucht, die Grenze in der Richtung auf Gussinje zu überschreiten.

Die Kriegserklärungen.

Konstantinobel, 9. Oktober. Der griechische Gesandte Ghyparis erhielt den Auftrag, morgen mit seinem gesamten Gesandtschaftspersonal abzureisen. Man glaubt, daß die Kriegserklärungen Bulgariens, Serbiens und Griechen- lands noch heute oder bestimmt morgen erfolgen werden.

Oesterreichische Kriegskredite.

Wien, 9. Oktober. In dem nachts abgehaltenen gemeinsamen Ministerrat gelangten infolge der neuesten Vorgänge auf dem Balkan, insbesondere der Kriegserklärung Montenegros, so viele Fragen zur Besprechung, daß die Sitzung um 2 1/2 Uhr morgens ohne Beschlußfassung endete. Die nächste gemeinsame Minister- konferenz findet heute um 5 Uhr nachmittags statt. Außer für das Heer fordert die Kriegsverwaltung, wie bestätigt wird, auch für die Marine erhebliche Nachtragkredite.

Der Wortlaut der Kriegserklärung.

Konstantinobel, 9. Oktober. Der Text der Note, die von dem montenegrinischen Geschäftsträger Plamenah überreicht wurde, lautet:

„Ich bedauere, daß die königlich montenegrinische Regierung vergeblich alle freundschaftlichen Mittel erschöpft hat, um auf gutlichem Wege die zahlreichen Mißverständnisse und Konflikte mit der Türkei zu beseitigen, die sich ständig erneuern. Auf Ermächtigung des Königs, meines erhabenen Souveräns, habe ich die Ehre, Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß die königlich montenegrinische Regierung von heute ab alle Beziehungen mit der Türkei abbricht und der Entscheidung der monte- negrinischen Waffen die Anerkennung ihrer Rechte und der seit Jahrhunderten mißachteten Rechte ihrer Brüder in der Türkei überläßt. Ich verlasse Konstantinobel; die königliche Regierung wird dem osmanischen Vertreter in Cetinje die Botschaft übergeben.“

Die Botschaft hat dem türkischen Geschäftsträger befohlen, das Archiv der deutschen Gesandtschaft zu übergeben und Cetinje zu verlassen.

Kriegsschiffe.

Konstantinobel, 9. Oktober. Vier englische Kriegsschiffe sind in den kretischen Gewässern eingetroffen. Ein russisches Kriegsschiff ist vor Samos angekommen. Weil befürchtet wird, der Pöbel könnte die Botschaft angreifen, wird sie von zwei Schwadronen und einer Kompanie bewacht.

Ein Protest der Botschaft.

Paris, 9. Oktober. Die Agence Havas meldet aus Kon- stantinobel: Nachdem gestern alle Botschafter wegen der Beschlagnahme griechischer Schiffe mit fremder Ware an Bord bei der Botschaft Vorstellungen erhoben hatten, beschloß heute der Ministerrat, die Schiffe, die für militärische Transporte nicht be- wehrbar seien, freizugeben.

Eine halbamtliche Note besagt, die Kriegserklärung Montenegros stehe im Widerspruch mit den Schlim-

mungen der Haager Konvention, die Montenegro nicht, ehe es zu den Waffen greift, die Vermittlung einer dritten Macht angerufen habe. Andererseits spreche die Kriegserklärung von Mißverständ- nissen. Das sei ein Beweis, daß keine wirklich ernst- ergründeten, die den Krieg rechtfertigten, bestanden hätten.

Infolge der Bekämpfung des Belagerungszustandes wurde die Abhaltung der für heute erwarteten Versammlun- gen unmöglich. Die Regierung ermächtigte die türkischen Handelschiffe, in das Schwarze Meer zu fahren. Man er- zählt, daß die in Nestib beschlagnahmten serbischen Waffen- transporte aus 2 Kanonen und einer Menge Schrapnells be- stehen.

Die englische Auffassung.

London, 9. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Spekulationen, die man in London über die Ursache der Kriegserklärung Montenegros anstellt, sind mannigfaltiger Art. Es wird behauptet, Rußland habe die Parole ausgegeben, ferner, Montenegro handle im Einvernehmen mit dem Balkanbund, um die türkischen Kriegspläne zu durchkreuzen. Andere Blätter sprechen von einer unwillkürlichen Volksbewegung in den schwarzen Bergen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die englische Regierung während der ganzen Krise sich keinen trügeri- schen Hoffnungen über die Möglichkeit eines wirklichen Eingreifens der Mächte zur Verhütung des Krieges hin- gegeben hat. Die „Times“ schreiben heute in bezug auf den bevorstehenden Balkankrieg: „Es werden Augenblicke kommen, wenn die äußerste Besorgnis verursacht wird durch Entwicklungen, die die Gefühle eines Landes bis in die Tiefen aufwühlen können oder die die weitesten Interessen eines anderen Landes zu bedrohen scheinen. Die Diplomatie ist mit ihrer Kunst elend ge- scheitert an dem Versuch, das mazedonische Problem zu lösen, das in Wahrheit auch keine friedliche Lösung zuließ. Sie hat jetzt die Pflicht, den Frieden Europas vor der Drangsal zu schützen, die in Augenblicken, wie wir sie an- gedeutet, entstehen mag. Die Rolle Englands“, führt das Blatt weiter aus, „müsse die des wachsam und unparteiischen Beobachters sein, der sein Urteil weder durch Sympathie mit den Balkanvölkern noch durch Mißgefühl für die Türken oder durch Grenzfragen, die auf beiden Seiten verübt werden könnten, trüben lassen dürfe.“

Bei den englischen Liberalen wirkt natürlich noch die Gladstonesche Tradition nach. So will die „Daily News“ nicht glauben, daß Grey gegen den ursprünglichen Vorschlag Poincarés Einspruch erhoben hat, weil die Türkei dadurch vor den Kopf gestoßen worden wäre. Das Blatt schreibt weiter: „Doch in diesem letzten Augenblick Groß- britannien in der Rolle des Beschützers der Türken erscheinen sollte, wäre eine Erniedrigung, die das tiefste bis jetzt erreichte Niveau berühren würde.“ Die Meinungen pendeln im Allgemeinen zwischen diesen beiden Extremen. „Daily Telegraph“ betont die Interessengleichheit Deutschlands und Englands, die, wenn auch aus verschiedenen Gründen, einer weiteren Zerstückelung der Türkei abgeneigt sind. „Daily Chronicle“ ver- langt, daß England und Frankreich die Verblutung der Balkanstaaten, aus der nur Oesterreich und Rußland Profit ziehen würden, verhindern sollten. Ueber den voraus- sichtlich Ausgang des Krieges folgt man hier den Angaben der deutschen und österreichischen Fachmänner, die die militärische

Situation besser kennen. In Finanzkreisen zweifelt man fast an einer langen Dauer des Krieges. Nur der Türkei und in geringerem Maße Griechenland irrt man die Fähigkeit zu, Mittel aufzutreiben, das Urteil der Londoner Finanz ist um so ungetrübt, als sie wenig auf Balkan interessiert ist, weshalb auch die letzten Ereignisse die Londoner Börse weit weniger beeinflusst haben als die Berliner und Pariser.

Die Stimmung in Paris.

Paris, 9. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Beurteilung der europäischen Lage ist heute optimistischer. Auffallend ist die Schweigsamkeit des „Temps“, dessen Leitartikel sich auf den Balkankonflikt be- schränkt und die „Verdächtigung“ der Wiener Presse an dem guten Glauben der Großmächte als total ungerecht, zum mindesten aber als inopportun bezeichnet. Dagegen sagt das „Journal des Debats“: „Die Situation ist offenbar viel ernster als 1909. Diesmal handelt es sich darum, den durch den Berliner Vertrag geschaffenen politischen und territorialen Zustand zu ändern. Die Balkanliga beteuert, für die mazedonischen Christen Genug- tunung anzustreben. Die Großmächte erklären, über den Statusquo einig zu sein, aber, ob aufrichtig oder nicht, diese Versicherungen entsprechen nicht der Wirklichkeit. Hinter den Kulissen und auf der Scene des europäischen Theaters werden verschiedene Hand- lungen gespielt. Die Gefahr bleibt gleich groß, ob Bulgarien oder die Türkei siegt. Im ersten Falle wird die Begeisterung der Balkanchristen und Slawen die diplomatischen Abmachungen umstürzen, im anderen Falle wird die russische öffentliche Meinung die Preisgabe der Slawen nicht erlauben.“ Angesichts der Lage beantwortet „Journal des Debats“ die Regierung, sich in Marokko nicht zuviel zu engagieren.

Am der Börse herrscht allgemeine Waise, besonders in Balkanwerten und Russen. Die Stimmung des Publikums ist sehr gedrückt, die Befürchtung besteht, daß Frankreich durch die russische Allianz in den Konflikt hinein- gezogen werden könnte.

Die blamierte Diplomatie.

Der Wortlaut der Note.

Paris, 8. Oktober. Die Agence Havas veröffentlicht den Text der Note, die heute den Balkanstaaten durch die Ver- treter Rußlands und Oesterreich-Ungarns überreicht worden ist. Die Regierungen Rußlands und Oesterreich-Ungarns erklären darin den Balkanstaaten erstens: daß die Mächte jede Maß- regel, die geeignet wäre, eine Störung des Friedens herbei- zuführen, energisch mißbilligen; zweitens: daß sie, gestützt auf den Artikel 23 des Berliner Vertrages, die Verwirklichung der Reformen in der Verwaltung der europäischen Türkei im Interesse der Bevölkerung in die Hand nehmen werden, wobei es sich versteht, daß die Reformen keine Verletzung der Souveränität des Sultans und der territorialen Integrität des osmanischen Kaiserreiches mit sich bringen. Diese Erklärung behält übrigens den Mächten die Freiheit zu einer gemeinschaftlichen weiteren Prü- fung der Reformfrage vor. Drittens: sollte trotzdem der Krieg zwischen den Balkanstaaten und dem türkischen Reich ausbrechen, so werden die Mächte beim Ausgang des Kampfes keine Veränderung des territorialen Statusquos der europäischen Türkei zulassen. Die Mächte werden bei

sich Krieger herum, rücken die Khatimische zurecht und proben den Gurt des kurzen Seitengewehrs ...

Wenn eine neue Ausgabe der Zeitungen erscheint, werden die noch feuchten Blätter den Jungen aus der Hand gerissen. Und aus der ganzen Presse, mit Ausnahme natürlich der sozialistischen Arbeiterzeitung, hallt das wilde Geschrei: „Rat! Rat! Krieg! Krieg!“ Die „Schtampa“, die „Tribuna“, die „Arascha“ — sie kennen nur eines: Krieg! Das verständig und gut geleitete Organ der Exportinteressenten: Krieg! Krieg! Das Leitblatt der berüchtigten Offiziersvereinigung „Schwarze Hand“, das den Karageorgiewitsch die Rolle der Dynastie Savoyen von 1859 zuweisen möchte und sich darum Piemont nennt (aber Pasifisch, der alte Pasifisch, ist kein Labour und Peter nicht einmal ein ro galantuomo), tobt am wildesten und stürzt sich in die größten Unkosten. Es hat — auch ein Beitrag zum Körner-Jubiläum — Theodor Körners Lied: „Du Schwert an meiner Dinten!“ als feurigen Kampfruf ins Serbische übersetzt:

Schta snatschi, sablo, s levog bedra
Twoja sjajnost wesela i wedna?
Ti mo gladasch milo tako
To mo tek radujo jako.
Ur!

Aber schließlich dient ein schlechter Stimmwort mehr zur Entfaltung rechten Heldentums als selbst bessere Verse.

Seit zwei Tagen hat Serbien auch keinen Regi: das ist ein Major im Ruhestand, ein alter Haubeger, der sich in drei Feldzügen mit Bulgaren und Türken herumgeprügelt hat. Jetzt konnte er's nicht verwinden, daß er statt des Donners der Geschütze nur den schwachen Widerhall der Schlächtern aus den Zeitungsbüchern vernahm. Er nahm sich, ging hin und schob sich tot, ein Held oder ein Narr, oder vielleicht beides in einem.

Dieses Beispiel wird nun zwar so leicht keine Nach- ahmung finden und ist im Grunde auch nur bezeichnend für die verkehrte Gedankenwelt eines alten Gamaskenfrosches, aber deshalb ist die Waffe des Volkes noch lange nicht gegen den Krieg! Eher das Gegenteil! Der Gepäd- träger am Bahnhof flüstert zwar, sich schon umsehend: „Ich bin für den Frieden!“ Und zwar mit Recht; denn schon jetzt ist der Strom der Fremden ganz verlegt. Aber die Masse, Kleinbürger, Bauern, von der dünnen großbourgeoisen Schicht ganz zu schweigen, ist dumpf davon durchdrungen, daß der Krieg eine Notwendigkeit ist. Serbien sitzt wie die Maus in der Falle, Serbien wird ökonomisch von Oesterreich-Ungarn erdrückt — schlimmer, sagt sich alles, kann es durch einen Krieg nicht werden, nur besser! So sieht man dem Krieg entgegen, nicht in trankener Begeisterung, aber mit einer Mischung von Ergebung und Zuversicht und horcht gespannt nach der türkischen Grenze zu, ob der erste Schuß noch nicht fallen wird, einem Kranken gleich, der vor einer gefährlichen Operation steht, aber ohne Operation rettungslos verloren wäre. Es muß sein!

Wenn sich auch heute laute und lobende Begeisterung hätte zeigen wollen, wäre die Flamme schnell erstickt worden. Denn aus dem Geprüb ist ein Bindadenregen geworden, die ungeplatterten Strahlen sind Schulbeispiele von schier unpassier- baren Morästen, es regnet ohne Unterlaß, und auf dem Konal Peters, der sich wohl die Rückseite seiner Karten betrachten mag, zweifelnd, ob er einen Trampf im Spiele hat, hängt die Fahne naß und schlaff herunter.

Kriegsbriefe vom Balkan.

I.

Rat!

Belgrad, 5. Oktober.

Kriegsbriefe? Vorläufig sind es erst Mobilmachungsbriefe und vielleicht, vielleicht — es ist ein spinnwebdünned Vielleicht — werden niemals richtige Kriegsbriefe daraus. Aber da sich die Mobilmachung zum Krieg verhält wie das Raden zum Schuh, so mag die Ueberschrift schon hingehen.

Auf der Fahrt bereits werfen die kommenden Ereignisse im südöstlichen Winkel Europas ihren Schatten voraus. Ein paar Abtrübe des Schnellzuges sind mit jungen schwarzmäntigen Leuten vollgepackt, bulgarische Studenten, die aus Belgien kommen und zu den Fahnen eilen. Einer hat eine Geige bei sich, stremmt sie ans Kinn und entlockt ihr eine salbichte Melodie, eine einfache Heimatweise; die anderen halten den Kopf gesenkt und blicken träumend drein, denn es geht dem Kriege entgegen, oder sie sind vielleicht nur müde, denn sie haben eine lange Fahrt hinter sich. Aber wehe, wenn man sie reizt! Dann quellen sie aus ihrem Abteil hervor, halten im Seitengang eine Volksversammlung ab, schreien durcheinander, sucheln mit den Armen umher und ein kleiner Strudelkopf packt dich am Nodknopf, hebt sich auf die Beine und seht dir durch und durch marxistisch auseinander, wie sich mit der wachsenden wirtschaftlichen Entwicklung das nationale Selbstbewußtsein der Völker bilde und hebe und daß die Balkanstaaten jetzt drauf und dran seien, sich wie Deutschland und Italien vor zwei Menschenaltern zu geschlossenen National- staaten zu formieren. Deshalb sei der Krieg eine Notwendigkeit und sie alle, wie sie Zigaretten rauchend und debattierend zusammenstehen, wollen den Krieg, wenn schon selbst sie ihre Haut zu Marke tragen müssen. Aus dem Abteil singt die einsame Geige dazu ... Im Wiener Staatsbahnhof nehmen ein paar Duzend bulgarischer Einberufene von ihren Freunden Abschied: sie füllen einen ganzen Wagen des Budapesters Juges, singen die National- hymne und bringen umfänglich Hochs auf den Balkanbund und Vereats auf die Türken aus. Das alles ermangelt des mitreißenden Rhythmus und lauter sind auf jeden Fall die zurückbleibenden; denn was so eine rechte, vom Herzen kommende Kriegsbegeisterung ist, die wächst im Quadrat der Entfernung vom Schußbereich der Kanonen und Flinten. Das ist ein alter Lehrsatz in der Mathematik der Volkspsychologie. Unter den neugierigen Caffern, die ohne sonderliche Erregung der „Ge“ zuzuhören, sieht übrigens ein junger, netter adrecker Mann, den sein gutgebügelter Fes als Unterthan der kalifischen Majestät anweist. Nebenbei scheint der Staatsbahnhof zu dekorativen Zwecken sich stets einen Orientalen engagiert zu haben, denn noch jedesmal beim Passieren des Bahnhofes — wer stand da? Ein roter Fes! Dieser Netze und Adrette schaut gleichfalls, ohne die Spur eines glühenden Interesses, dem Treiben zu. Nur wenn eine Salbe: „Nieder mit den Türken!“ prasselt, lächelt er wohl- wollend und gleichsam entschuldigend. Jene singen, schreien, brüllen — er lächelt, und wer die Dinge feinstretionistisch sieht, kann sich zu diesem Gegenstand allerhand hübsche Reimerelen machen. An der Eisenbahnbrücke, die sich zwischen dem ungarischen

Semlin und Belgrad als schmales und schlankes Gesecht über die Save spannt, steht der erste Krieger der vereinigten Balkanmächte, eingeschlossen, wenn es darauf ankommt, sein Bajonettgewehr zu fällen und ganz Europa die Passage zu versperren, denn hier, hinter der Save beginnt der Orient. Zum Zeichen dessen duftet in Belgrad in winzigen Täschchen der starke und dicke türkische Kaffee; in Semlin, eine Viertelstunde westlicher, hält man vergebens danach Umschau. Gewehr und Patronentafel sind übrigens die einzigen soldatischen Merkmale dieses ersten Balkanwachtpostens; er trägt keinerlei Uniform, sondern steckt, die Lamm- fellmütze auf dem Kopfe und Opansen an den Hüften, in der landesüblichen dunkelbraunen Bauertracht. Der Optimist nennt sie, das, was sein sollte, vorwegnehmend, „malerisch gekleidet“. Nur sieht Herr Milan oder Stojan nicht wild und kriegerisch in die Welt, sondern blickt matt und ver- drossen in den Regen. Es spricht nämlich kein aber zähe vom Himmel. Belgrads ragende weiße Gebäude sind von einem grauen Schleier eingehüllt und auf einem Personen- dämpfer, der just vorüberzieht, Semlin zu, hebt und senkt eine schwarze Gestalt langsam eine schwarze Fahne — sicher irgend ein simples Schiffsfahrtsignal, aber es wirkt unheimlich und geheimnisvoll auf dem düsteren Hintergrund und vor den Ereignissen, die sich über diesem Lande zusammenbrauen. Der Krieg schwenkt seine schwarze Fahne!

Der erste Wellenschlag der Mobilmachung ist jetzt abgeebbt. Was in der Stadt noch steht und noch immer in Braunjaden und nun schon ganz „malerisch gekleideten Kostümen vom Lande herzuströmt, ist zweites Aufgebot, für das die Bestände keine Uniformen mehr aufweisen. Das erste Aufgebot ist bereits, feldgrau und gut ausgerüstet, abgerückt — der Südgrenze zu, über die hinweg die serbischen Truppen wohl den ersten Stoß in der Richtung von Nestib versuchen werden.

Auf dem Bahnhof ist ein Gewirz und Gurmurmel, Soldaten, Landwehrleute, Bauern, Freiwillige mit dreifarbigem Armbinde, Sanitätspersonal — alles quillt durcheinander. In den Schenken sitzen mit aufgehauenen Ellbogen die Einberufenen, trinken Stiwowitj und träumen von Sieg. Durch die Straßen eilen Offiziere mit Geschäftsmännern und sogar Automobile ent- deckt man nicht ohne Verwunderung. Eisenbahn und Post sind in militärischer Verwahrung. Die Zensur steckt ihre Nase in jeden Brief und in jedes Telegramm, und während mit auf dem Hauptpostamt ein Fräulein von rund sechzig Lenzigen Briefmarken abzählt, schaut ihr ein martialischer Oberleutnant mißtrauisch über die Schulter; er ist sich nicht ganz im klaren, wann das Staats- gefährliche der Handlung beginnt und er einschreiten muß.

Erst und prompt — Klipp und Knapp! — ist die Mobil- machung von Statten gegangen, pünktlich haben sich die Ein- berufenen gestellt, ohne Störung sind die Militärszüge davon- gerollt, in endloser Kette, einer nach dem anderen. Auch in die Reihen unserer führenden Genossen hat die Mobilmachung breite Büden geriffen. „Freund Dimitri?“ „Ja Leutnant und steht mit dem ersten Regiment an der Grenze!“ „Und Tolawitsch?“ „Leutnant und an der Grenze!“ „Und Ujuba Soffitsch?“ „An der Grenze!“ Auch in dem Bureau des Arbeitersekretariats tummeln

der Pforte gemeinsame Schritte im Sinne der vorstehenden Erklärung unternehmen.

Zu spät!

Paris, 8. Oktober. Der Schritt der Vertreter Russlands und Oesterreich-Ungarns bei der montenegrinischen Regierung fand heute vormittag 11 Uhr statt, aber schon um 9 1/2 Uhr waren dem türkischen Geschäftsträger die Bässe zugestellt worden. Die montenegrinische Regierung konnte also den Gesandten Russlands und Oesterreich-Ungarns erklären, daß der Schritt der Mächte zu spät käme, da die diplomatischen Beziehungen bereits abgebrochen seien. Sie fügte hinzu, ihre Vorstellungen bei der Türkei seien seit zwei Monaten ergebnislos geblieben, und sie habe sich daher, da sie nicht friedlich zum Ziel kommen konnte, genötigt gesehen, zu den Waffen zu greifen. Selbst auf seine eigenen Kräfte angewiesen, könnte Montenegro nicht anders handeln.

Die Komödie in Athen.

Athen, 9. Oktober. Die Gesandten Oesterreich-Ungarns und Russlands haben gestern abend der Regierung die erwartete Erklärung überreicht. Der russische Gesandte sprach außerdem in freundschaftlichem Tone eine Ermahnung aus.

Bulgariens Spott.

Sofia, 9. Oktober. Die Bulgariensche Telegraphenagentur meldet: Der Ministerrat verhandelte heute über die gestern vom russischen und vom österreichisch-ungarischen Gesandten dem Ministerpräsidenten und Minister des Äußern Geschow überreichte Mitteilung. Der Ministerrat fand in dieser Mitteilung leider nichts das, was er erwartet hatte, nämlich genaue Angaben über die der Türkei vorgeschlagenen Reformen und Garantien für deren Verwirklichung. Der Ministerrat will, ehe er eine Entschliessung faßt, mit den Kabinetten in Belgrad und Athen einen Meinungsaustausch über die befragte Mitteilung pflegen.

Auch Serbien höhnt.

London, 9. Oktober. Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat die serbische Regierung die Mächte benachrichtigt, daß sie die Antwort auf den Schritt der Mächte in ein oder zwei Tagen geben werde, und hinzugefügt, daß Serbien den Schritt als ein wenig verspätet ansieht, in Anbetracht der türkischen Mobilisierung und der bereits zwischen der Türkei und Montenegro ausgebrochenen Feindseligkeiten.

Die Auffassung der französischen Regierung.

Paris, 8. Oktober. (Meldung der Agence Havas.) Die Kriegserklärung Montenegros ändert natürlich die Lage beträchtlich. Die Aussichten auf eine friedliche Beilegung, die gestern noch bestanden, erscheinen merklich verringert. Es ist unwahrscheinlich, daß Montenegro zu dem Mittel einer so ernsten Note gegriffen hat, ohne sich die wirksame Unterstützung der anderen Balkanstaaten zu sichern. Leider muß man es so gut wie sicher annehmen, daß die Bemühungen der Mächte bei den anderen Staaten, besonders bei Bulgarien, vergeblich bleiben werden.

In der Presse gelangt trotz der lebhaften Besorgnis über die möglichen Folgen der montenegrinischen Kriegserklärung die Hoffnung zum Ausdruck, der Balkankrieg möge lokalisiert bleiben. Es herrscht fast durchweg die Ueberzeugung vor, daß der Schritt Montenegros auf Anstiften Bulgariens erfolgt sei. „Petit Parisien“ will wissen, daß die bulgarische Regierung zuerst die Griechen aufgefordert habe, die Türkei anzugreifen, doch sie aber, als sie die Laune Athens bemerkte, sich an Montenegro gewandt habe, das bereits seit drei Monaten vollständig unter Waffen stehe. „Figaro“ schreibt: Für Europa liegt nunmehr das einzige Heil im Paragrafen 3 der gestern den Balkanstaaten überreichten Note. Die von den Großmächten übernommene Verpflichtung, daß keinerlei Veränderung des Status quo der europäischen Türkei zugelassen werde, müsse die Grundlage für jedes weitere diplomatische Vorgehen bleiben.

Der Balkanbund.

Paris, 9. Oktober. Nach Mitteilungen aus diplomatischen Kreisen, die indessen nur unter allem Vorbehalt wiederzugeben werden können, kann man nicht eigentlich von einem Bündnis der Balkanstaaten sprechen. Montenegro soll z. B. nicht mit Serbien verbündet sein, aber Bulgarien soll nach Abschluß eines Vertrages mit Serbien einen zweiten mit Montenegro und dann einen dritten mit Griechenland abgeschlossen haben. Bulgarien wäre also das Nachbarstaaten einigende Band und seine Rolle demnach vorherrschend.

Die Stimmung in Serbien.

Unter nach dem Balkan einwanderter Sonderkorrespondent schreibt uns aus Belgrad:

Wie es mit Bulgarien, mit Griechenland, mit Montenegro sieht, wird sich zeigen. Was Serbien angeht, so kann man sich an Ort und Stelle Tag für Tag mehr davon überzeugen, daß der bevorstehende Krieg wirklich in der Kunst des Volkes wurzelt. Schon die schier preußische Promptheit — und preußische Promptheit und Balkan schließen sich sonst aus wie Feuer und Wasser — mit der sich die Mobilisierung vollzog, war ein Gradmesser für die Stimmung der Massen. Sätze ihnen Unlust vor dem Krieg in den Knochen, so hätte die Mobilisierungsmaschine wesentlich langsamer und mit mancher Stöckung gearbeitet. Aus den Zeiten des Türkenkrieges vor dreißig Jahren gibt es ein Volkslied, das drastisch den Unterschied zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden im Kriegsfall darstellt: jene hoden als Intendanten in den warmen Bureaus und gaunern sich als Lieferanten die Taschen voll. Diese müssen ihre Haut zum Markte tragen und Weib und Kind verhungern ihnen daneben. Dieses schlicht antimilitaristische Lied ist diesmal nirgends angestimmt worden. Willig und entschlossen hat, wie aus allen Distrikten des Landes übereinstimmend gemeldet wird, der Bauer Pflug und Scholle verlassen, um sich mit der Plüte auf der Schulter in Reich und Gied zu stellen.

Darum ist es falsch von einer künstlich gemachten Kriegsbegeisterung zu reden, zumal von einem lauten und lärmenden Straßenenthusiasmus weit weniger zu spüren ist, als von einer stillen Entschlossenheit, das Nötige zu tun. Man mag auch endlich einmal das törichte Gerede von den Nationen der Hammeleide, die nicht Ruhe halten könnten, und den Balkanstaaten, deren ganze Produktion nicht in die Handelsstatistik, sondern in ein Lehrbuch der Biologie, Kapitel über Insekten, gehöre, der bürgerlichen Presse überlassen. Die Balkanfrage ist eine Verflechtung so vieler und so schwieriger Fragen ökonomischer, historischer, sozialer, nationaler und kultureller Art, daß sie noch manche Räthsel zu lösen geben wird. Innerhalb des Kapitalismus handelt es sich für die Serben im besondern bei dem Krieg gegen die Türken um einen Existenzkampf auf Leben und Tod. Bei dem bestehenden Zustand gehen sie zugrunde, sie ersticken und wollen sich Luft schaffen, und da kommt es ihnen auf eine Feinstäubchen mehr oder weniger, die dabei zerfliegen wird, nicht an. Sie wollen unter den

Augen Europas beweisen, daß sie ein Recht auf ihre nationale Existenz haben, und da im Zeitalter des Militarismus, wie das Beispiel Japans im russischen Kriege zeigt, dieser Beweis am besten mit dem Schwert geführt wird, ist auch nach dieser Richtung hin die Kriegslust erklärlich.

Die Sozialdemokratie westeuropäischer Länder, die nur in dem Gedanken der sozialen Revolution lebt und weht, schaltet im allgemeinen die Möglichkeit nationaler Revolutionen aus und ist nur allzu leicht geneigt, die Nationalitätenfrage der kleinen Balkanvölker als wenig bedeutungsvoll beiseite zu schieben. Sehr mit Unrecht! Wir westeuropäischen Sozialdemokraten sitzen längst im festgefühten Hause und kämpfen um die Frage, wer Herr in diesem Hause sein soll, ob eine Handvoll der bestehenden Mächte, ob das Volk in seiner Gesamtheit. Bei diesen Balkanvölkern aber ist die Frage die, wie ihr Haus zustande kommt. Nicht nur in ihrer ökonomischen, sondern auch in ihrer nationalen Entwicklung sind diese Völker um mindestens zwei Menschenalter hinter Westeuropa zurück, und selbst wenn der „Piemont“, das Blatt der nationalitätlichen Desperados Serbiens, das den Krieg um jeden Preis und nach allen Fronten will, nicht tagtäglich den Vergleich breitbräute und zu Zitterzwecken so Razzini wie Leopoldi strapazierte, drängte sich der Vergleich zwischen dem ungeeinten und zum Teil unter der Fremdherrschaft stehenden Italien von 1859 und diesen Balkanstaaten immer wieder vor selbst auf. Die Serben sind ein Volk von 12—14 Millionen. Davon aber wohnen im Königreich knapp 3 Millionen, rund 10 Millionen sind fremder Herren Untertanen, des Habsburgers wie des Großtürken; was in den schwarzen Bergen Montenegros sitzt, ist nur ein kleiner Bruchteil. Diese Serben nun in Wazedonten, in Sandtschat Novibasar, in Bosnien und der Herzegovina, in Dalmatien, Kroatien und Ungarn oder wenigstens ein hinreichender Prozentsatz mit den Serben des Königreichs zu einer nationalen Einheit zusammenschweiß, und für Serbien gäbe es keine Balkanfrage mehr, denn dann hätte es einen großen inneren Abnahmmarkt und gute Ausfuhrmöglichkeiten und würde rasch eine blühende Industrie in seinem Schoß entwickeln und damit den Sozialismus!

Nach allem ist es begreiflich, daß sich die serbische Sozialdemokratie in einer nicht angenehmen Lage sieht, und um so anerkennenswerter ist ihre Haltung. Sie protestiert gegen den Krieg, sie warnt vor dem Abenteuer, in das sich Serbien hineinwürfen will. Aber sie verkennt dabei nicht, daß die Umstände die Stimmung für das Abenteuer geschaffen haben. Sie brandmarkt das, was sich Patriotismus der herrschenden Klassen nennt, sie betont wieder und wieder die Möglichkeit, die Balkanfrage durch eine ökonomische Föderation der Balkanstaaten mit Einschluß der Türkei zu lösen. Sie weiß, daß dynastische Interessen und die von Militäreliten bei der Entwicklung der Dinge die Hand im Spiele hatten, sie weist darauf hin, daß, wer den Balkankrieg will, mit brennender Kerze über offenen Pulverfässern hantiert und daß dabei ganz Europa in die Luft gehen kann, und ihre Vertreter in der Skupstina, die Genossen Kraglewitsch und Papischewitsch haben die Kriegskredite verweigert und die Friedensliebe als Sozialdemokratie tapfer unterstrichen. Aber sie hat nicht die Macht, wie die radikale Sozialdemokratie Bulgariens, Verammlungen gegen den Krieg abzuhalten, sie muß auf jede Aktion gegen den Krieg verzichten. Denn einer Aktion gegen den Krieg würden sich heute nicht einmal Dupende, geschweige denn Massen anschließen. So kann ihre Aufgabe nur sein, den herrschenden Gewalten auf die Finger zu passen und im geeigneten Moment hervorzutreten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Oktober 1912.

Nochmals der Mannheimer fortschrittliche Parteitag.

Wie andere nationalliberale Parteiblätter ist auch die „Köln. Zig.“ mit dem Mannheimer Parteitag der fortschrittlichen Volkspartei sehr zufrieden, da sich nach ihrer Ansicht ein deutliches „Zug der Mäßigung“ durch die Verhandlungen zog und die fortschrittliche Volkspartei trotz ihres radikalen Gehirns sich dem Nationalliberalismus beträchtlich genähert hat. Das Kölner Blatt meint:

In Mannheim hat in den letzten Tagen die fortschrittliche Volkspartei ihren Parteitag abgehalten, eine Tagung, die interessant und stürmisch zugleich war. Das Ergebnis der drei Tage ist für Aufmerktsame ziemlich überraschend. Man konnte bisher nicht wissen, daß die gemäßigten Elemente in der deutschen Freisinn, die in seiner Presse verhältnismäßig schwach vertreten sind, auf der offiziellen Tagung der Partei so stark waren, daß sie Forderungen der demokratisch gerichteten Freisinnigen glatt zu Fall bringen und ihre eigenen Wünsche durchsetzen konnten. Das geschah aber fast auf der ganzen Linie in allen grundsätzlichen Fragen. Daß der Parteitag sich mit den Mittelstandsfragen befahte und dazu eine den Handwerkern und kleinen Gewerbetreibenden recht freundliche Entschliessung faßte, will zwar nicht sonderlich viel bedeuten. Hier pflägte der Parteitag nicht gerade tief, und die Freundschaft für den Mittelstand ist, wenn es sich um das Revolutionslos handeln, allen Parteien gemeinsam.

Die „Kölnische Zeitung“ legt dann dar, wie bei den Verhandlungen über die Post- und Agrarpolitik, die Arbeiterfrage, das Frauenstimmrecht die Gemäßigten liberalen überall den Radikalen mit Nachdruck entgegenzutreten und demokratische Beschlüsse zu verhindern suchten. Zum Schluß schreibt sie mahnend und lobend:

In einigen Fragen allerdings, über die in liberalen Kreisen überhaupt kein Streit mehr ist, kam der Parteitag zu rühmlichen Einigkeit; in allen Hauptfragen aber, das zeigen schon die wenigen Beispiele, bewies man einen unverkennbaren Zug der Mäßigung. Den ersten Schritt auf dieser Bahn tat der Freisinn, als er unter dem Fürsten Bälows seine Exerzes- und Pottengeneralschaft abwarf. Heute ist er schon einen beträchtlichen Schritt weitergegangen. Für den Politiker der bürgerlichen Mitte bietet deshalb der Verlauf der Mannheimer Tagung eine gewisse Befriedigung; er sieht, daß die Uebertreibungen, an denen gerade die letzten Jahre so reich waren, an sich selbst zu sterben beginnen. Während aber so der sachliche Unterschied der fortschrittlichen Politik gegen die radikalen Zinsen immer schärfer wird, ist das politische Verhältnis von Partei zu Partei nach wie vor eng. Das Abkommen bei den letzten Reichstagswahlen fand wie in Chemnitz so auch in Mannheim fast durchweg Beifall. In ihrer Haltung zur Sozialdemokratie unterscheiden sich also Nationalliberale und Freisinnige heute noch am schärfsten. Ob allerdings die Freundschaft des Freisinn für die Sozialdemokratie genügend schlagend ist, hat, ist uns nach der Mannheimer Tagung zweifelhaft geworden.

Höchst kurios ist, wie immer in solchen Fällen, das Urteil des Volkes des Herrn Friedrich Kammann, der Wochenchrift „Die Hilfe“: ein buntes Gemengel von politischer Einfalt, Urteilslosigkeit und naiver Selbstbeweihräucherung. Das Blatt findet, daß der Mannheimer fortschrittliche Parteitag glänzend verlaufen ist und

ein seltenes Beispiel von Geschlossenheit, Entschlossenheit, Gedankenreife, prägnanter Gründlichkeit, Sicherheit des Urteils und Gefühls usw. usw. geboten hat. Wörtlich heißt es in dieser Symme einer außerordentlich bescheidenen Seele:

Der Mannheimer Parteitag hat am Abschluß einer erst zweieinhalbjährigen Geschichte den eindrucksvollen Beweis geliefert, daß heute die fortschrittliche Volkspartei die einheitlichste und geschlossenste deutsche Partei ist. Dieser Nachweis der Einheitlichkeit und Geschlossenheit ist nicht etwa erzwungen durch eine große, gemachte Kundgebung, wie auf dem Berliner Parteitag der Nationalliberalen, auch nicht durch Regierungskrisen und Vertagungen, wie auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Chemnitz. Die Geschlossenheit ist einfach da, weil ein einheitlicher Wille in der Partei lebendig ist. Man hat sich keineswegs geschont, Meinungsverschiedenheiten in der Auffassung und Behandlung einzelner Programmpunkte und politischer Zeitfragen frei und offen zum Austrag zu bringen. Aber bei der Aussprache ergab sich eben, daß man in den grundlegenden Voraussetzungen und in den Zielen und vor allem auch in der politischen Gesamtstimmung durchaus eines Sinnes ist.

Es gibt doch gar schmurrige, weisfremde Käuze im Freisinn.

Die Wahlentrichtung in Plauen i. V.

Unter Bruch der Geschäftsordnung ist Dienstagabend von den Stadtverordneten die Mehrheit der Bürger in Plauen entrecht worden. Der Entrechtungsentscheid des Oberbürgermeisters, der ein Fünftelklassenwahlrecht für die Gemeindevorwahlen forderte, ist nach achtstündiger Sitzung mit 37 gegen 15 Stimmen angenommen worden. Der Oberbürgermeister erklärte, seine Vorlage müsse sofort angenommen werden, weil sonst die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen nach dem alten Wahlgesetz vorgenommen werden müßten und die Sozialdemokraten ein Drittel der Stadtverordneten bekommen würden. Die Stadtverordneten kamen dieser Meinung nach. Um ja die Vorlage unter Dach und Fach zu bringen, wurden durch eine einzige Abstimmung sämtliche Abänderungsvorschläge abgelehnt. Ein Antrag auf namentliche Abstimmung, obwohl er genügend unterstützt war, wurde kurzweg verworfen. Die Stadtverordnetenmehrheit lehnte sich nicht daran, daß dieses Verfahren gegen den klaren Wortlaut der Geschäftsordnung verstößt.

Höher war das Plauer Stadtparlament sozialistischer. Trotz des Fünftelklassenwahlrechts werden aber zu Anfang nächsten Jahres wahrscheinlich die ersten Sozialdemokraten dort einziehen.

Landtagswahl in Halbe-Wehrleben.

Zu der heutigen Landtagswahl für den verstorbenen Grafen Douglas (Freilich) im Kreise 7 Roggeburg (Halbe, Queblinburg, Wehrleben) wurden insgesamt 600 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Landrat v. Jacobi-Quedlinburg (Kons.) 344 Stimmen und auf Amtsgerichtsrat Reich-Sachsburg (Kons.) 216 Stimmen. Landrat v. Jacobi ist somit gewählt.

Germanisierungspraktiken in Nordschleswig.

Die Missionsbewegung in Nordschleswig, die die gläubigen Schafe deutscher und dänischer Zunge im Interesse der Staatserhaltung vereint, hat es jetzt auch mit der deutschen Regierung verstanden, seit beim dänischen Flügel dieser Bewegung die Gewaltpolitik der schmachvollen Räterepole politische Reaktionen wachgerufen hat. Ganz besonders läßt sich der Vorsitzende, Pastor Tomlesen, vom „Wohltun“ der Behörden betroffen. Er hat seinen Vorken niedergelassen, nachdem er von seinen Vorstandscollegen im Kampf gegen unbedeutende Eingriffe der Behörden im Stich gelassen worden war. Trotzdem will er den Kampf nicht aufgeben, und in einer öffentlichen Erklärung sagt er, es sei nicht nur das Recht, sondern die Pflicht einer Bevölkerung, für die Erhaltung ihrer Nationalität zu kämpfen. Er fordert gleichzeitig seine Glaubensgenossen auf, ihm beizustehen und veröffentlicht einige charakteristische Fälle des Eingreifens der Regierung in die Missionsarbeit. Einmal wurde dem Verein eine Forderung religiöser Schriften und Bilder nicht genehmigt; dann wurde die Verkaufserte in der Missionsbuchhandlung in Hadersleben, die durch Heirat das deutsche Staatsbürgerrecht erwarb, ausgewiesen usw.

Anonyme Denunziationen.

In sämtliche Justizbeamte des Landgerichts Wodum, sowie auch an sämtliche dortige Rechtsanwälte sind anonyme Schreiben ergangen, in denen der Staatsanwalt Teimborn (ein Neffe des Kölner Zentrumsführers Teimborn) des Betrugs, der Untreue, der Unterschlagung und des Ehebruchs bezichtigt wird. Gegen Teimborn, der vorläufig beurlaubt wurde, ist Untersuchung eingeleitet worden.

Der Papst und die interkonfessionellen Gewerkschaften.

Wie das „Mainzer Journal“ aus Rom erfahren hat, will der Papst die Gewerkschaftsfrage dadurch lösen, daß die katholischen interkonfessionellen Gewerkschaften nur unter der Bedingung angehören dürfen, daß sie gleichzeitig Mitglieder eines ausgesprochenen katholischen Vereins sind, also einem katholischen Männerarbeiterverein oder Gesellenverein angehören.

Wegen Beleidigung des Statthalters der Reichslande verurteilt.

Vor der Strafkammer des Landgerichts in Offen hatte sich heute der Redakteur der „Aheimisch-Westfälischen Zeitung“ Dreher wegen Beleidigung des Statthalters der Reichslande Grafen Wedel zu verantworten. Die Beleidigung wurde in einer Glosse über den Grafenstabener Hof gefunden, in der das Regime des Grafen Wedel als pflichtvergeßlich bezeichnet wurde. Nach längerer Beratung wurde der Angeklagte zu 200 M. Geldstrafe eventuell 20 Tagen Haft und den üblichen Kosten verurteilt. Dem Statthalter wurde die Publikationsbefugnis in der „Aheimisch-Westfälischen Zeitung“ und der „Straßburger Post“ zugesprochen.

Italien.

Das Urteil gegen d'Alba.

Rom, 9. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts.“) Obwohl die Verteidiger d'Albas auf die geistige Minderwertigkeit des Attentäters hinwiesen, verurteilte das Gericht diesen zu 30 Jahren Zuchthaus. Die Geschworenen, zum größten Teil Staatsbeamte, lehnten mit 5 gegen 7 Stimmen mildernde Umstände ab. Der 27jährige Angeklagte machte einen beschränkten Eindruck und brachte nur allgemeine Phrasen vor. Man hatte allgemein eine Bewilligung mildernder Umstände erwartet.

China.

Die Chinesen in Tibet.

Shanghai, 9. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die „North China Daily News“ aus Tientsin vom 14. September meldet, ist es dem General Tschu, der anfangs September mit 2000 Chinesen von einer starken Abteilung Tibetener bei Holou überfallen wurde, gelungen, sich nach dem einen Tagemarsh entzogenen Litzang durchzuschlagen. Zu gleicher Zeit nahmen andere chinesische Truppen Hsiangtschöng, und eine starke Abteilung Chinesen rückte auf Derga vor, um sich mit einem von Tientsin entlassenen Korps zu vereinigen. Die Chinesen beherrschen jetzt fast ganz Ost-Tibet, 4000 Yamas in Litzang verhalten sich loyal, und die Stellung der Garnison in Chassa ist nach der vorliegenden Meldung sicher. Der dortige chinesische Kommandant Hsiangtingling soll bei den Tibetern sehr beliebt sein.

Gewerkschaftliches.

Eine Vorlage zur Verstaatlichung des britischen Bergbaues.

London, 8. Oktober 1912.

Die Bergarbeiterföderation Großbritanniens hat beschlossen, im ganzen Lande eine systematische Propaganda für die Verstaatlichung des Bergbaues und des Kohlenhandels zu entfalten. Da diese Organisation über große Mittel verfügt und sich auf ihrer eben abgehaltenen Generalversammlung einen sozialistischen Präsidenten zugelegt hat, der ein eifriger Verfechter der Verstaatlichung der Bergwerke ist, kann man wohl annehmen, daß die Frage gebieterisch in den Vordergrund des öffentlichen Interesses treten wird. Die Propaganda soll nicht wie bisher auf Grund rein theoretischer Erörterungen betrieben werden, sondern auf Grund praktischer Vorschläge, die in einem Gesetzentwurf enthalten sind, der am 3. Oktober von der Generalversammlung der Bergarbeiterföderation gebilligt wurde und der Arbeiterpartei zur Einbringung im Parlament überwiesen werden soll. Der Entwurf, der von dem juristischen Ratgeber der Arbeiterpartei ausgearbeitet worden ist und dessen Wortlaut vorliegt, enthält folgende Bestimmungen: Es soll ein Bergwerksminister ernannt werden, dessen Befugnisse, Gehalt usw. einzeln angeführt werden. Der Artikel 2 handelt von der Uebertragung der Bergwerke und Mineralien an den Bergwerksminister als Vertreter des Staates und bestimmt, daß an und nach einem festgesetzten Tage die Bergwerke nebst allen zum Betriebe notwendigen Mitteln und Einrichtungen wie auch alle im Abbau oder nicht im Abbau stehenden Kohlen in den Besitz der Nation übergehen müssen. Der Artikel 3 legt fest, daß der Bergwerksminister die Bergwerke des Landes kaufen soll, daß er jedoch keine Entschädigung zahlen darf für das Recht, Kohlen zu graben und unterirdische Wege (Grundbesitzerabgaben). Um den Wert der Bergwerke festzustellen, soll (Artikel 4) eine Kommission von 10 Personen ernannt werden, von denen drei von dem Verband der Bergwerksbesitzer, drei von der Bergarbeiterföderation und zwei von dem Gewerkschaftskongress zu bestimmen sind. Nach der Annahme des Gesetzes soll die Kommission den Wert der Bergwerke abschätzen. Der Kaufpreis wird bestimmt auf Grund der durchschnittlichen Jahresförderung in den vorangehenden fünf Jahren, doch darf bei einer Förderung von 100 000 Tonnen oder weniger nicht mehr als 12 Schilling die Tonne Kohle bezahlt werden und bei einer Förderung von mehr als 100 000 Tonnen nicht mehr als 10 Schilling die Tonne. Die Besitzer der Bergwerke sollen dreiprozentige Kohlenbergwerksscheine erhalten, die erst nach Verlauf von 20 Jahren und dann al pari einlösbar sind. Der Artikel 15 gibt den in den staatlichen Bergwerken beschäftigten Arbeitern das uneingeschränkte Recht der gewerkschaftlichen Organisation wie auch das Recht zur freien politischen Betätigung. Das Bergwerksministerium soll nicht allein die Kohlenproduktion für die Allgemeinheit übernehmen, sondern auch den Kohlenverkauf. Privatpersonen wird untersagt, Kohlen aufzuspeichern oder zu verkaufen; jede Zuwiderhandlung gegen diese Bestimmung soll mit einer Geldbuße bis zu 20 Pfund Sterling für jede Tonne bestraft werden. Die Uebernahme der Bergwerke und Kohlenhöfe muß am ersten Tage des fünften Jahres nach dem Inkrafttreten des Gesetzes vollendet sein.

Berlin und Umgegend.

Die Zuckerwarenfabrik von Seifert und Haake, Liebmansstraße 20/21, sucht jetzt die Streitenden mit allen Mitteln einzuschüchtern. Auf die Herren Firmeninhaber scheinen die Streitposten zu wirken, wie die rote Farbe auf gewisse Tiere. Krieg es doch der junge Herr Seifert so weit, die Streitposten anzuspucken, und einem andern zuzurufen: „Gehen Sie weg, Sie Lubowig, sonst lasse ich Sie wegbringen.“ Das sollte einmal einer der Streitenden wagen! Wieviel Monate Gefängnis würde es da geben! Die Herren beweisen durch ihre Wutausbrüche nur, wie empfindlich sie sich dadurch geschädigt haben, daß sie in überhebender Weise jede Einigung ablehnten.

Achtung, Bauarbeiter! Zu der Notiz in Nr. 227 des „Vorwärts“, die die Bauarbeiter davon unterrichtet, daß ein Streikbrechervermittler im Lokal Panfstr. 65 Streikbrecher für Wöhner zu werden verhofft, teilen wir mit, daß der Inhaber des Lokals, Genosse Michaelis, uns versichert, daß er von dem Inserat in der „Morgenpost“ keine Kenntnis hatte, wonach sein Lokal als Sammelpunkt für die Streikbrechervermittlung angegeben war.

Wir nehmen keinen Anstand, dies im Interesse des Genossen Michaelis zur Kenntnis zu bringen.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes.
Zweigverein Berlin.

Deutsches Reich.

Der Verband der Steinseher in den Jahren 1910 und 1911.

Der soeben erschienene Bericht für die beiden letzten Jahre konstatiert zunächst, daß im Gegensatz zu den meisten anderen Gewerkschaften das Jahr 1910 für das Steinsehergewerbe noch ein Jahr der Krise und Arbeitslosigkeit war. Wie der Bericht besagt, machen sich die Schwankungen des Wirtschaftslebens im Steinsehergewerbe immer später bemerkbar als in den Gewerben, die mehr direkt von der Lage des Weltmarktes oder des nationalen Wirtschaftslebens abhängig sind. Für die Stabilität des Verbandes spricht es, daß er seine Mitgliederzahl in dieser Krisenzeit zu behaupten vermochte. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl in den letzten zwei Jahren 10 500 und 10 700. Die Fluktuation ist seitlich auch hier noch eine sehr starke. Die Zahl der Aufnahmen betrug in den beiden Jahren zusammen 6007, von denen nur 500 sich als dauernde erwiesen. Es sind besonders die Hilfsarbeiter, die in so hohem Maße fluktuieren; seinen Grund hat das in der stetig wechselnden Beschäftigungsweise derselben. Für die ständigen Berufsarbeiter, Steinseher und Hammer, hat der Verband Tüchtiges geleistet, sind doch in den 25 Jahren, die der Verband nunmehr besteht, die Löhne in sehr vielen Orten durch das Wirken der Organisation um 100 und selbst bis zu 150 Proz. gesteigert worden. Hand in Hand damit ging eine durchgreifende Verkürzung der Arbeitszeit. Nur einen einzigen Tarif gibt es noch, der eine einständige Arbeitszeit vorsieht, sonst beträgt die Arbeitszeit allenthalben 9, 9½ und 10 Stunden, während bei der Errichtung des Verbandes Arbeitszeiten von 11 bis 14 Stunden täglich keine Seltenheiten waren. Der Verband ist in der Vorbereitungsperiode erneut tatkräftig für die Weibehaltung der zollfreien Einfuhr schwedischer Pflastersteine eingetreten und hatte die Verengung zum ersten Male auch weitere Unternehmerfreize für die dem Verufe durch den Zoll drohende Gefahr zu interessieren. Die christliche Organisation, die allerdings praktisch bedeutungslos ist, ist mit phantastischer „Energie“ für den Pflastersteinzoll und somit für die Protzlosmachung der Steinseher eingetreten.

Die Frage des Reichstarfs für das Steinsehergewerbe ist durch einen Antrag des Verbandes, der auf Errichtung eines Tarifamtes oder eines Zentralschiedsgerichts abzielt, erneut in Fluß gebracht worden. Die Verhandlungen darüber sollen demnächst stattfinden. In den beiden Jahren hatte der Verband insgesamt 163 Lohnbewegungen zu führen, an denen 8788 Personen, also nahezu die Gesamtzahl der Mitglieder, teilnahmen. In 281 Orten und 1082 Betrieben mit 14 422 Beschäftigten beteiligten waren. Streiks und Aussperrungen hatte der Verband 54 in 107 Orten und 315 Betrieben mit 3548 Beschäftigten zu führen. Von diesen Bewegungen endeten mit Erfolg 135 mit 9565 Beteiligten. Die Zahl der an den erzielten Erfolgen Partizipierenden ist jedoch erheblich größer, sie beträgt im einzelnen bei: Arbeitszeitverkürzung für 1748 Personen zusammen 4976 Stunden pro Woche; Lohnsteigerung für 9628 Personen zusammen 29 983 M. pro Woche; außerdem wurde abgewehrt: Arbeitszeitverlängerung für 68 Personen zusammen 377 Stunden pro Woche; Lohnberabsetzung für 249 Personen zusammen 936 M. pro Woche. Eine Verschlechterung der Löhne vermochten die Unternehmer in keinem einzigen Fall durchzusetzen. Die Kosten für die gesamten Bewegungen beliefen sich auf 172 024 M., also pro Kopf auf ungefähr 16 M. Insbesondere das Jahr 1911 war ein Kampfsjahr, in dem der Verband drei große Aussperrungen, von denen die im Regierungsbezirk Merseburg nahezu 20 Wochen dauerte, siegreich bestand. Außerdem hat der Verband für Kranken- und Sterbeunterstützung und sonstige Unterstützungszwecke namhafte Aufwendungen gemacht. So für Krankenunterstützung 40 298 M., für Sterbeunterstützung 23 950 M. Am Jahresschluß belief sich das Verbandsvermögen trotz dieser hohen Inanspruchnahme auf 254 701 M. Freilich war das nur dadurch möglich, daß die Mitglieder neben den relativ hohen Wochenbeiträgen im Jahre 1911 noch zirka 50 000 M. Extrabeiträge aufgebracht haben.

Auch für die technische Weiterbildung seiner Mitglieder leistet der Verband Gutes, so besonders durch die seit Dezember 1910 erscheinende fachtechnische Zeitschrift „Die Straße“, für die allein seit dieser Zeit 3150 M. aufgewendet wurden. Der Bericht enthält weiter eine Anzahl interessanter Abhandlungen über Tariffrage der Unternehmer, über Unternehmerererbismus, sowohl gegen Arbeiter, als auch gegen die eigenen Klassenangehörigen, ein Thema, das ja gegenwärtig sehr aktuell ist, ferner „Die königliche Behörden Tarifverträge schätzen“; Behörden als Urheber von Tarifverträgen, Rechtssprechung, Lehrlingswesen, sanitärer Arbeiterschutz und außerdem einige sehr lehrreiche Kapitel „Aus dem Beamten- und Polizeipolizei“.

Eine erfreuliche Entwicklung des Zentralverbandes der Zimmerer, welche zu den besten Hoffnungen auf die bevorstehende Lohnbewegung berechtigen, ist auch für das zweite Quartal zu verzeichnen. Der Verband umfaßt jetzt 779 Zahlstellen, wovon 16 im zweiten Quartal errichtet worden sind. Ihre Zahl hat sich seit 1908 um 78 und nach Beendigung des großen Kampfes im Jahre 1910 um 68 vermehrt. Mitglieder waren am Schluß des Berichtsquartals 64 227 vorhanden. Der Zugang betrug im Laufe des Quartals 13 430. Seit der 1910 erfolgten Aussperrung ist die Zahl der Mitglieder um 10 602 gewachsen; gemessen an der Zahl der Beschäftigten ein immerhin Fortschritt.

Ein ebenso erfreuliches Resultat zeitigt die Betrachtung der Finanzlage. Die diesjährige Gesamteinnahme bis zum Schluß des zweiten Quartals beträgt 872 475,15 M., darunter sind 3814 M. Eintrittsgebühren und 806 905,65 M. an Beiträgen. An Vermögen sind 700 800,04 M. in den Zahlstellen und 2 507 775,26 M. in der Zentralkasse, insgesamt also 3 208 665,30 M. vorhanden. Der Vermögenstand hat sich gegenüber dem gleichen Quartal im Vorjahre um 1 282 284,88 M. erhöht.

Lohnbewegung im Lithographen- und Steindruckgewerbe.

Der große Streit und Aussperrungskampf vom Oktober 1911 bis Januar 1912 führte zum Abschluß loser Vereinbarungen ohne Zeitdauer, die zwischen dem Arbeitgeberverband deutscher Steindruckereibesitzer und dem Gehilfenverband der Lithographen und Steindrucker zum Abschluß kamen. Die Vereinbarungen haben also für die übrigen Unternehmer, die dem Arbeitgeberverbande nicht angehören, keine Gültigkeit. Der Arbeitgeberverband hat es im März dieses Jahres abgelehnt, gemeinschaftlich mit dem Gehilfenverbande einen festen Tarifvertrag mit bestimmter Geltungsdauer für das gesamte Lithographen- und Steindruckgewerbe zu schaffen, wie ein solcher im Buchdruckgewerbe schon seit vielen Jahren besteht, trotzdem eine ganze Anzahl Prinzipale des Steindruck-Arbeitgeberverbandes zugleich der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker angehören! — Der Verband der Lithographen und Steindrucker steht aber schon immer auf dem Boden fester tariflicher Vereinbarungen mit Zeitdauer, er ist Tarifkontrahent der Zentraltarife für das Chemigraphen- und Kupferdruckgewerbe, für das Lichtdruck- und für das Formstichergewerbe, und er hat auch schon mit zahlreichen Betrieben des Lithographie- und Steindruckgewerbes, die dem Arbeitgeberverbande nicht angehören, feste Tarifverträge mit längerer Zeitdauer abgeschlossen. In mehreren Fällen erstreckten sich diese sogar auf alle Betriebe bestimmter Orte oder Bezirke.

In der letzten Zeit sind nun wieder eine ganze Reihe fester Tarifverträge auf bestimmte Zeiten abgeschlossen worden, die ungefähr dieselben Lohn- und Arbeitsbedingungen enthalten, wie die mit dem Arbeitgeberverbande abgeschlossenen losen Vereinbarungen: Arbeitszeit für Lithographen 48 Stunden, für Steindrucker 58 Stunden wöchentlich; Mindestlohn nach vierjähriger Lehrzeit im ersten Gehilfenjahre, nach den örtlichen Verhältnissen steigend, jedoch nicht unter 20,50 M. pro Woche. Lehrlingslohn: auf 1—3 und von da ab auf 1—4 Steindrucker, auf 1—4 und von da ab auf 1—5 Lithographen kann je ein Lehrling ausgebildet werden. Ueberstundenzuschlag wochentags 25 und Sonntags 50 Proz.; Bezahlung der Feiertage und einer Extrarückzahlung für Vorkriegsarbeiten von 50 Pf. täglich; Lieferung des Verbrauchsmaterials, Entschädigung aus § 816 B. G. B. bei Erfüllung der staatlichen und kommunalen Pflichten bis zu drei Stunden; den im Accord arbeitenden Gehilfen wird eine solche von 50 Pf. pro Stunde bezahlt.

Solche Tarife wurden mit einzelnen Firmen in Berlin, Eßlingen, Göttingen, Gießen, Bielefeld, Waldkirch, Jüssenhausen und Darmstadt abgeschlossen.

Alle diese Bewegungen verliefen wieder ohne Kampf. In einer Bekanntmachung vom 17. Mai d. J. berichtete bereits der Verband der Lithographen und Steindrucker in der „Graphischen Presse“ über eine Reihe abgeschlossener Tarife, durch die in 14 Orten mit 85 Firmen für rund 400 Lithographen- und Steindruckergehilfen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich auf längere Zeiten festgelegt wurden. Auch diese Bewegungen fanden ohne Kampf statt. Bemerkenswert ist noch besonders, daß es in allen hier berichteten Fällen sich um Unternehmer handelt, die dem Arbeitgeberverbande und Deutscher Steindruckereibesitzer nicht angehören. Dieser ist beinahe ausschließlich Gegner von Tarifverträgen.

Verkehrte Scharfmacher.

Der Verband Deutscher Stoßindustrieller, der zu Beginn des vorigen Jahres ins Leben gerufen wurde, stellte sich bei seiner Gründung hohe Ziele. Nicht nur, daß er sich vornahm, bei Lohnforderungen und Streiks die Streitenden von der Arbeit in den anderen Betrieben auszuschließen und unter Umständen die Arbeiter der gesamten Stoßindustrie auszusperrten, auch den „Arbeitern“, die sich von den unberechtigten Bestrebungen lösen wollten, er seinen besonderen Schutz angedeihen lassen. Er ist aber nicht dazu gekommen. Es fiel den Stoßarbeitern gar nicht ein, ihre Organisation, den Deutschen Holzarbeiterverband, im Stich zu lassen, und mit dessen Hilfe haben sie auch in der Folge an der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage gearbeitet, ohne vor Lohnkämpfen zurückzufahren. Der Verband Deutscher Stoßindustrieller, der sich inzwischen korporativ dem Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe angeschlossen hat, ist schließlich zu der Ueberzeugung gekommen, daß seine Nachmittler nicht ausreichen, den Deutschen Holzarbeiterverband unterzujügen und daß eine friedliche Verständigung mit der Arbeiterorganisation auch ihm zum Vorteil gereicht.

Die Unternehmerorganisation wandte sich an den Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes mit dem Anerbieten, ein Abkommen dahin zu treffen, daß auftauchende Streitfragen stets erst von

Verband zu Verhandlung in objektiver Weise gemeldet und der Versuch einer Einigung gemacht werden soll, ehe eine Aussperrung oder Arbeitsniederlegung stattfinden darf. Auch sollen von beiden Seiten öffentliche Polemiken in Zeitungen und Zeitschriften über aufgelauchte oder bevorstehende Differenzen unterlassen werden, da solche einer Einigung nur hinderlich sind. Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes hat dieses Anerbieten angenommen, wodurch das Abkommen perfekt ist. — Die „Holzarbeiter-Zeitung“ weist darauf hin, daß man die Bedeutung dieses Abkommens nicht überschätzen soll, da die natürlichen Gegensätze zwischen Unternehmer und Arbeiter dadurch nicht aus der Welt geschafft werden, aber sie bekräftigt es als ein wertvolles Instrument zur Erzielung von Fortschritten unter möglicher Vermeidung von Opfern, wenn sie auch abwarten will, ob es die herein gesetzten Erwartungen rechtfertigt. Die hauptsächlichste Bedeutung dieses Vorganges liegt unseres Erachtens in dem stillschweigenden Zugeständnis der Unternehmerorganisation, daß mit törichtem Scharfmacherei gegenüber einer kraftvollen Gewerkschaft nicht auszukommen ist. Der Deutsche Holzarbeiterverband kann stolz darauf sein, daß er die Unternehmerorganisation zu dieser Anerkennung genötigt hat.

Lohnbewegung der Chemiker Strumpfweber.

Seit einigen Wochen stehen die in den Chemiker Strumpfwebervereinen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in einer Lohnbewegung. Zunächst hatten sich die Beteiligten betriebsweise ausgesprochen und schließlich wurde in einer großen öffentlichen Versammlung beschlossen, die von einer eingesetzten Kommission ausgeführten Forderungen durch die Leitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes den Unternehmern einzureichen. Der allgemeine Vertreter der Lebensmittel- und Bedarfsartikel entsprechend wurde für sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen eine zehnprozentige Lohn- und als Mindestlohn für männliche Arbeiter 50 Pf., für weibliche 30 Pf. Stundenlohn verlangt. Weiter wird die Abschaffung des Rabelgeldes, Beschaffung ausreichender Garderobenräume, Ausbesserung der Lohnlisten und Beendigung der Arbeitszeit für Sonnabends nachmittags 2 Uhr gefordert. Die Mehrzahl der Fabrikanten hielten es nicht einmal für notwendig, auf das höflich geballene Schreiben zu antworten. Am 27. September ging bei dem Bevollmächtigten des Deutschen Textilarbeiterverbandes ein Schreiben des Arbeitgeberverbandes der sächsischen Textilindustrie ein, in dem abgelehnt wurde, mit dem Verbands zu verhandeln; nur mit den in dem Betriebe beschäftigten Personen würden die Mitglieder der Chemiker-Strumpfgewerkschaft verhandeln. Sonst wurde zur Sache nichts gesagt. Unterzeichnet war das Schreiben: Der Syndikus Ernst Köhlig. Die Arbeiterorganisation ist gut organisiert. Sie hat unter der Lebensmittellieferung ungemein zu leiden. Ihre Forderungen sind gerade; deren Bewilligung würde noch nicht einmal einen genügenden Ausgleich schaffen. Deshalb ist die Arbeiterorganisation nicht geneigt, sich mit leeren Redensarten einhalten zu lassen. Wenn die Unternehmer der Arbeiterorganisation kein Entgegenkommen zeigen sollten, ist es nicht ausgeschlossen, daß es in nächster Zeit zu ernsthaften Differenzen kommen wird. Die wirtschaftlichen Kämpfe werden notwendig durch die unglückselige Zoll- und Steuerpolitik, die gerade von den Vertretern der Unternehmer mitgemacht wird.

Hausland.

Brauereiarbeiterbewegung in Oberbayern.

Wie in München, so hat auch der Verband der Brauer- und Mälzearbeiter den mit dem Kreisverband oberbayerischer Landbrauereien abgeschlossenen Zonen-tarif am 1. Oktober für 1. Januar 1913 gekündigt. Mit München kommen insgesamt 59 Betriebe mit rund 5300 Personen in Betracht. In ganz Oberbayern sind die Brauereiarbeiter bis zu 96 Proz. organisiert. Bei der kommenden Bewegung sollen insbesondere eine Reihe von Brauereien, die bis jetzt noch nicht unter dem Zonen-tarif gestanden, in den Bereich des Zonen-tarifs einbezogen werden. Im übrigen streben auch die in den Landbrauereien beschäftigten Arbeiter dem gleichen Ziel zu wie ihre Münchener Kollegen: nämlich Beseitigung der Sonntagsarbeit und Erhöhung der Löhne; ferner geht das Bestreben dahin, daß sämtliche in den Brauereien beschäftigten Arbeiter in den Zonen-tarif einbezogen werden.

Die Lage auf dem Balkan.

Ein heftiger Zusammenstoß.

Saloniki, 9. Oktober. (Meldung des Wiener I. F. Telegr. Corr.-Bureaus.) Essad Pascha, der den Marsch von Attische-Hissar nach Skutari fortgesetzt hat, hatte in der Gegend von Berane ein Bataillon zur Sicherung der Straße zurückgelassen. Dieses ist von starken Arnautenscharen angegriffen worden und hat schwere Verluste erlitten. Die Arnauten sind aber mit empfindlichen Verlusten zerstreut worden.

Antwerbung von Freiwilligen in Rußland.

Moskau, 9. Oktober. (M. T. B.) Heute haben sich auf einer großen Sympathieversammlung für Serbien dreitausend Freiwillige eingeschrieben.

Obssa, 9. Oktober. (M. T. B.) Mit Genehmigung der Regierung hat das griechische Konsulat mit dem Einschreiben von Kriegsfreiwilligen begonnen. Es haben sich bereits 150 gemeldet.

Der Krieg das einzige Mittel?

Sofia, 9. Oktober. (M. T. B.) Das Blatt „Mir“ schreibt in einem Leitartikel: Die Forderungen der Verbündeten Balkanstaaten sind seit langer Zeit bekannt. Die Mobilisierung ist eine Folge des Unvermögens der Türkei, in ihren Provinzen Ordnung herzustellen. Wenn die Halbinsel aufhört, Europa zu alarmieren, so können die Mächte den Balkanstaaten für diesen Dienst nur dankbar sein. Der Türkei eine neue Frist für die Durchführung von Reformen durch sie selbst geben, heize den Krieg wünschenswert. Der Schlüssel der Situation liegt in der Einführung einer wirksamen internationalen Kontrolle für die Durchführung der Reformen in der Türkei.

Letzte Nachrichten.

Der „Befehl des Polizeipräsidenten“ und die Berliner Feuerwehrlente.

Berlin, 9. Oktober. (M. T. B.) Infolge der bekannten Verfügung des Polizeipräsidenten sind 600 Feuerwehrlente aus dem Verein Berliner Feuerwehr ausgeschieden, sie haben jedoch ihrer Austritts-erklärung sämtlich die Bemerkung hinzugefügt: „Auf Befehl des Polizeipräsidenten“. Auf einigen Feuerwehren soll dieser Zusatz beanstandet worden sein. Darauf erklärten die betreffenden Feuerwehrlente ihren Austritt auf eigenen Wunsch, teilten ihrer Organisation aber gleichzeitig mit, daß die Austritts-erklärung „auf eigenen Wunsch“ erzwungen worden sei.

Eingemeindung mehrerer Landgebiete in die Stadt Hamburg.

Hamburg, 9. Oktober. (M. T. B.) Die Hamburger Bürgerschaft genehmigte in ihrer heutigen Sitzung das Gesetz betreffend den Anschluß einzelner Teile des Landgebietes an die Stadt Hamburg. Es kommen in Betracht: die Landgemeinden Groß-Borsdorf, Alsterdorf, Ohlsdorf, Fuhlsbüttel und Klein-Borsdorf. Ferner genehmigte die Bürgerschaft die Vereinigung der Elbinseln Steinwärder und Waldsöhl zu einem Stadtbezirk.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Quittung.

Im Monat September gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- 2. Von vier jungen marxistischen Akademikern in München 25.— 3. Straßburg-Land 4. Ca. 100,33. Berlin A. P. Danzabiertel 3.— 5. Köln Reg. B. 20.— 7. VI. Hannov. Kr. 650.— 9. Berlin W. 50. A. L. 30.— Bezirk Nordbayern für 21 Kreise 4 Ca. (Amberg 33,40; Neumarkt i. O. 10,92; Neustadt a. W. R. 65,76; Hof 437,86; Bayreuth 439,12; Forchheim 147,98; Neuenburg v. W. 2,70; Kronach 104,20; Bamberg 172,16; Nürnberg 3531,10; Erlangen 989,—; Ansbach 336,72; Eichstätt 34,38; Dinkelsbühl 52,46; Rotenburg 39,36; Rüggingen 24,54; Neustadt a. S. 23,22; Schweinfurt 248,10; Würzburg 341,20; Aschaffenburg 118,74; Lohr 31,98). Sa. 7484,90. Dresden, 4. säch. Kr. a. Konto 1912/13 1500.— Heberich des „Vorwärts“ 2. Ca. 1912 83 722,40. 11. Jallenberg D./S. A. L. 3.— 12. Berlin Dr. L. A. 100.— 16. Zur Deckung einer Schuld von A. L. 5.— Schloffer der Firma J. Scheibe, Weig 3,20. 23. Berlin, Abt. Mahlschneider d. Fa. Veel u. Clöppenburg, Grünstr., 3. Parteitag 15.— Chemnitz a. Konto 2000.— 24. Berlin, Kollegen d. Fa. Niebe, Augell.-Fabr. Weizenfee 3. Parteitag 20,05 26. Hannover a. Konto 3000.— 27. Berlin, Gesamtpersonal d. Firma Sittenfeld u. Co., Gehmanns Verlag, 3. Parteitag 66,25; Bern. P. L. 50.— 28. Berlin, Machetes 10.—; Anabe 3.—; M. Schw. 10.— 30. Weste-Schlachtense 10.—; Berlin, v. d. G. Grauerischen Koll. d. Vieh-Abt. 2 Alt-Straßau, 3. Parteitag 29,35; A. B. 50.—; G. S. 50.—; Hennig-Argentinien 5.—; Hamburg I 5000.—; Hamburg II 5000.—; Hamburg III 25 000.—; Groß-Berlin a. Konto f. 8 Kr.: 15 000. Darunter: Lotterieverein „Immer Wech“, Pafewaller Str. 1 5.—, d. Vogel 1.—, Heberich, v. Raffel, d. Frauen d. 12. Abt. 6. Kr. 6.—, Aug d. Goffe 10.—, Pahr 10.—, A. W. Müller 1.—, Heberich, d. Frauen d. 6. Abt. v. Raffel, 13,65, Bez. 517a 5,07, John, Dinge, Kirke 25.—, Heberich, d. Raffel, d. 15. Abt. 5,80, Heberich, e. Geburtsstagsbuletts in Chemnitz 3.—, Arbeiter d. Firma J. P. C. G. 2,50, Einsegnung Venzin 2,10. Aus d. Scherfasse d. Fa. Müller, Alte Jakobstr. 78, 10.—, Werkstatt Möhler u. Schmidt, Kopernikusstr. 85, 30.—, Son d. Arb. d. Fa. Ebenstein 20.—, Gutenberg 33,80. Zellerfammlung v. 29. Sept. i. d. Germania 127,15. Zellerfammlung v. 29. Sept. im Stadttheater Moabit 168,73. Zellerfammlung v. 29. Sept. i. d. Brauerei Köpenickstadt 300,17. Zellerfammlung v. 29. Sept. i. d. Concordia 184,26. Zellerfammlung v. 29. Sept. i. d. Neuen Welt 212,26.

Berlin, den 8. Oktober 1912.

Für den Parteivorstand:

Otto Braun, Lindenstr. 3.

Wir haben unter Nr. 7918, A. Gerich, F. Ebert, O. Braun, Berlin, Lindenstr. 3, beim Postfachamt Berlin ein Postfachkonto und ersuchen daher dringend, alle Geldsendungen mittels Zahlkarte auf unser Postfachkonto zu bewirken. Es können darauf an jedem Postschalter Beträge bis 10 000 M. portofrei für uns eingezahlt werden. Zahlkarten mit eingedruckter Adresse senden wir auf Wunsch zu.

Preußischer Städtetag.

Düsseldorf, 8. Oktober 1912.

Der Preussische Städtetag, dem kein Mensch, kein konservativer, kein Hypo-Agrarier antiagrarische oder regierungsfeindliche Opposition vorwerfen kann, raffte sich am Dienstag doch zu einem Protest, nein zu zwei Protesten gegen die herrschende Richtung im Reich und in Preußen auf. Das wirkt ein bezeichnendes Licht auf unsere politischen Verhältnisse. Man denke nur: eine vorwiegend aus Bürgermeistern, Magistratsmitgliedern und ähnlichen „genehmigten“ Vertrauensmännern des dominierenden Regiments zusammengesetzte Körperschaft erklärte und zwar fast einstimmig: Wir demonstrieren in schärfster Weise gegen einen Entwurf der Regierung; wir verlangen Änderungen, obwohl die Regierung diesen gegenüber bereits ein „Unannehmbar“ postuliert hat. — Das ist nämlich füngemäß die Entscheidung des Preussischen Städtetages in der Frage des

Wassergesamtwurfes. Der Städtetag fordert die Ablehnung der von der Regierung hartnäckig verteidigten Gebührenhebung, ferner die nach den Beschlüssen der Verständigungskommission immer noch vorhandene ungerechtfertigte Bevorzugung der Landwirtschaft und die schwere Schädigung der Gemeinden sowie der Industrie. Der Hauptreferent zu dem Thema, Senator Dr. Weber-Hannover, betonte, daß es notwendig sei, die Abgeordneten aufzufordern, der entgegenstehenden, kategorischen Regierungserklärung zum Trotz, die auf die Gebührenhebung nicht verzichten wolle, solcher entschieden die Zustimmung zu verweigern. Nach einer eingehenden Erörterung der juristischen Seite des Entwurfes der Regierung kam er zu dem Resultat, daß das, nun mit verdächtiger Eile seinem Abschlusse entgegengeführte Gesetzgebungswerk an Mangelhaftigkeit und Zukunftslosigkeit kaum zu übertreffen sei. Es sei nicht geeignet, die Verhinderung weiterer Verschmutzung der Flüsse durch industrielle Abwässer zu sichern, dagegen bedeute es eine Schädigung der Gemeinden und der Industrie, die man jetzt kaum übersehen könne. Ein Manko bestiehe auch noch in dem Fehlen von objektiven Merkmalen für die Bestimmung, zu welcher Rangordnung die meisten Flüsse gehörten. Der zweite Referent, Stadtrat Dr. Luther-Magdeburg, lehnte den Entwurf ab, weil die Bestimmungen über das Grundwasserrecht geeignet seien, die Interessen der Gemeinden in erheblichem Umfang zu verletzen. Meist verwaltungstechnische Bedenken erhoben gegen den Entwurf der dritte Referent, Dr. Weder-Minden, sowie verschiedene Diskussionsredner. Mehr oder minder deutlich wurde dabei die Befürchtung ausgesprochen, daß eine Willkür der Behörden zu befürchten sei. Raum ein Wort der Verteidigung für den ganzen Regierungsentwurf wagte sich heraus, obwohl auf dem Städtetage das konservative Element ziemlich stark vertreten war. Sanft in der Form, aber sachlich doch bemerkenswert scharf, kam der Gedanke zum Ausdruck: wir protestieren dagegen, daß man den Städten Unrecht zufügt; sie schädigt, in der offenkundigen Absicht, der Landwirtschaft Vorteile, Liebesgaben zuzuwenden. — Der Städtetag erklärte sich mit dem Vorgehen und den Vorschlägen seines Vorstandes, der die angebotenen Forderungen bereits geltend gemacht hat, vollständig einverstanden.

Von der Strapaze erhobte er sich dann wieder etwas durch die reaktionäre Grundlage, die er dem Städtetag als Organisation gab. Ueber die Anstellung und Befolgung eines Geschäftsführers entscheidet der Vorstand. Zwar muß dieser auf Antrag der Hälfte seiner Mitglieder einen Städtetag einberufen, aber Anträge aus den Kreisen der Mitglieder können nur dann zur Erörterung gelangen, wenn sie dem Vorstande mindestens 4 Wochen vor der Tagung unterbreitet worden sind. Mit dieser Sperre will man sich offensichtlich gegen liberale oder gar demokratische Einbrüche in das Reich der Verwaltungsbürokratie sichern. Sogar der liberal angehauchte Oberbürgermeister Walgraf-Köln hielt es für notwendig, sich gegen „Heberrumpelungen“ zu schützen.

Nachdem man so der preussischen Tradition gepflegt, sah sich der Städtetag nochmals zur einer Demonstration gegen das Junkerregiment in Preußen-Deutschland genötigt. Oberbürgermeister Bernuth gab der Versammlung den Beschluß des Deutschen Städtetages in Sachen der Fleischnot bekannt und erklärte dazu, der Vorstand des Preussischen Städtetages habe sich dem erwähnten Beschlusse vollinhaltlich angeschlossen. In der Begründung dazu bemerkte er, daß die Beschlüsse des Bundesrates unzureichend seien, der Umstand komme dazu, daß von den genehmigten Einfuhrerleichterungen nicht alle Städte Gebrauch machten, überhaupt wenig zur Abhilfe der Not geschehe. Gegen die Städte werde man dann später den Vorwurf erheben, sie trügen die Schuld für den Notstand! Ohne Widerspruch zu finden, konnte der Redner konstatieren, daß der Städtetag sich auf den Vorden der Beschlüsse des Vorstandes stelle. Damit waren die Verhandlungen des ersten Tages beendet. Der Regierung und dem schwarzblauen Schnapsblock werden sie nicht viel Freude bereiten.

„monastischen Klöstern“ etwas mehr sehen will, als gemeinnützige Einrichtungen von höchst bescheidener Wirksamkeit, wenigstens so lange, als das kapitalistische Interesse, ob „dualistisch“ ob „monistisch“, die Welt regiert.

Die Rodin Victor-Hugo-Denkmal entstand. Auf dem Schlachtfelde von Waterloo ist bekanntlich vor kurzem ein Victor-Hugo-Denkmal enthüllt worden; das ist jedoch nicht das einzige und erste Denkmal, das dem Dichter errichtet worden ist: Paris allein besitzt mehrere Standbilder Victor Hugos, darunter ein von Rodin Meisterhand geformtes im Palais Royal. Dieses Denkmal, das den Dichter in etwas merkwürdiger Pose — er hat sich auf die Seite gelegt — darstellt, ist seinerzeit scharf kritisiert worden; durch den „Soleil“ erfährt man jetzt, daß Hugo in dem Tonmodell des Bildhauers nicht auf der Seite lag, sondern, fast fünf Meter hoch, aufrecht stand. Das Tonmodell war beinahe fertig, als eines schönen Morgens bei Rodin ein paar Kunstkritiker erschienen, um sich seine neuesten Werke anzusehen; natürlich wollte er ihnen auch seinen Hugo zeigen. Man öffnet die Tür, und Rodin entdeckt zu seinem Schreck, daß der Dichter während der Nacht zusammengebrochen ist: der ähnerne Hugo hat sich auf die Seite gelegt! Die Kritiker aber brechen, als sie den scilicet liegenden Dichter erblickten, in Rufe der Bewunderung aus und scheinen die Verlegenheit und das Entsetzen des Bildners gar nicht zu bemerken. Sie sprechen in Tönen höchster Begeisterung von der allgewaltigen Originalität des Meisters, der immer etwas Eigenartiges schaffe, und erklären einstimmig und mit dem Bruchstücken der Heberzeugung, daß man es hier mit einem wunderbaren Werk, mit einer einzigartigen Darstellung zu tun habe. „Das wirkt wie ein Erdbeben, wie ein katastrophales Ereignis“, schwärmen sie, „und man hätte das vollkommene Genie unseres großen Dichters gar nicht besser verkörpern können.“ Sie phantasierten so lange und so eindringlich, daß auch Rodin sich überzeugen ließ und tatsächlich einen liegenden Hugo, anstatt eines aufrecht stehenden, in Marmor bildete.

Madama Lucrezia. Aus Rom wird der „Köln. Ztg.“ geschrieben: Seit einiger Zeit ist das Vangerüst am Palazzo die Venezia verschwand und der dem Viktor-Emanuel-Denkmal zuliebe verlegte Balazetto zeigt sich neu aufgebaut in frischem Gewande den Blicken. Und mit ihm ist auch Madama Lucrezia wieder ans Licht gekommen, jener kolossale Oberleib eines antiken Marmorweibes mit dem römischen Anmendenbusen und den durch die Umbriden der Zeit und der Gassenbuben verwitterten Gesichtszügen, eines der populären Wahrzeichen des alten Straßengewirrs von Rom. Madama Lucrezia hat durch den Umbau entschieden gewonnen; vordem stand sie jahrhundertlang, an die Mädieite des venezianischen Palastes gelehnt, in einer engen, schmutzigen Gasse, jetzt aber schaut sie aus ihren eingelenkten hohlen Augen auf einen grünen Schmuckplatz und darüber hinaus auf die weißen Treppen und Säulen des Nationaldenkmals. So ist sie in ihrem Alter wieder in bessere Verhältnisse gekommen, und das war ihr zu gönnen, denn in ihrer Jugend hatte sie bessere Zeiten gesehen. Sie soll ursprünglich, als sie noch hübsch und gut befaßten war, in dem Zirkel am Marsfeld gestanden und wohl gar göttliche Verehrung genossen haben. Aber das ist schon so lange her, daß die Römer nicht

Aus der Partei.

Das Internationale sozialistische Bureau

wird Montag, den 28. Oktober, im Volkshaus zu Brüssel zu einer Sitzung zusammentreten. Die vorläufige Tagesordnung ist folgendermaßen festgelegt:

- 1. Vertagung des Wiener Kongresses im Jahre 1914 (Vorschlag der holländischen Sektion);
- 2. Eventuell, Festlegung der Tagesordnung für den Kongreß 1913;
- 3. Die politische internationale Lage;
- 4. Das Vertretungsrecht im Bureau und auf den Kongressen (Vorschläge Hillaquit und Kautsky);
- 5. Die Aufnahmebeschlüsse: Der direkte Anschluß der British Socialist Party; der S. D. P. von Holland; der Social-democratic Party von Kanada; der South African Labour Party; der West Australian Socialist Party; der United Labour Party von New-Zealand; der Socialist Party von New-Zealand; der Socialist Party von Victoria; der United Socialist Party — Süd Afrika; Tschechische Zentralistische Arbeiterpartei in Brünn (Mähren).

Zum Fall Hilbrand

schreibt Genosse Franz Mehring in der Chemnitzer „Volkstimme“:

In der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ veröffentlichte hundert und einige Parteigenossen einen Protest gegen den Ausschluß Hilbrands aus der Partei. Der „Vorwärts“ bemerkt dazu, daß er schon das Nötige gesagt habe, und verweist die Protestler an die höhere Instanz des Genossen Kautsky: Kardinal, ich habe das Meinige getan, tun Sie das Ihre. Und der Kardinal tut das Seine.

Die Chemnitzer „Volkstimme“ hat die Freundlichkeit gehabt, mir ihre Spalten zu öffnen, nachdem mir der Ort, wo ich mich so viele Jahre lang über Parteifragen äußern durfte, verschlossen war und ist. Ich möchte von dem Anerbieten, für das ich dankbar bin, wenigstens insoweit Gebrauch machen, als ich mich über Fragen auslasse, an deren richtiger Erledigung alle in der Partei vorhandenen Richtungen das gleiche Interesse haben oder doch haben sollten. Eine solche Frage liegt in dem Falle Hilbrand vor.

Als orthodoxer Marxist, wenn auch nur noch in partibus infidelium beginne ich damit, zu sagen, daß Marx und Engels den Ausschluß Hilbrands auf scharfste mißbilligt haben würden. Es sind wirklich nicht immer die Kardinalt, die die Päpste am besten verstehen. Luther verstand auch mehr vom heiligen Augustin, als der Dr. Ed. Marx und Engels haben allemal so viel Vertrauen auf die Kraft ihrer Gedanken gehabt, daß sie alle äußeren Mittel verschmäht haben, um innerhalb der Partei entgegengesetzte Meinungen unwirksam zu machen.

Doch es mag gestattet sein, einige Beispiele anzuführen. Kein Gegner Hilbrands hat dessen Parteilichkeit je für so gemeinschaftlich gehalten, wie Marx und Engels die Parteilichkeit Lassalles eingeschätzt haben. Sie warfen ihm nicht mehr und nicht weniger vor, als frivolos Kautskieren mit dem Absolutismus und Feudalismus. Aber sie haben ihn niemals exkommuniziert. Sie haben niemals öffentlich erklärt: Du gehörst nicht mehr zur Partei. Und das war nicht nur gerecht von ihnen, sondern auch klug, wie die gerechteste Politik immer die klügste ist. Denn hätten Marx und Engels sich öffentlich von Lassalle abgetrennt, weil er Parteilichkeit schädlich für sie war, so würden sich heute nicht einmal drei Leute finden, um ein Kollegium zu bilden, das an ihre Unfehlbarkeit glaubte.

Oder wenn man Hilbrands Stellung zu den Kolonialkriegen für parteischädlich hält, so hielten Marx und Engels die Stellung Liebknechts zum deutsch-französischen Kriege ebenfalls für parteischädlich. Aber es ist ihnen deshalb nicht eingefallen, zu sagen: Sinaus mit Liebknecht aus der Partei! Oder man lese einmal den Einführungsartikel der „Zukunft“ von 1877, der allen Aufschauungen ins Gesicht schlug, die Marx und Engels seit Jahrzehnten vertreten hatten. Gleichwohl sagten sie nicht: Fort mit Hochberg aus der Partei! Sie verließen sich allein auf ihre gerechte Sache, und damit sind sie auch lieblich vorwärts gekommen.

So weit ich ihre Geschichte kenne, haben sie sich nur ein einziges Mal zu einer Ausschließung bequemt: zur Ausschließung

mehr davon wissen. Für das römische Volk begann die Bekanntheit dieser wohlbeleibten Marmorame mit dem Bau des Palazzo Venezia, an dessen Südmauer sie im 15. Jahrhundert sozusagen ihren Witwenwohnstz fand. Denn die Einwohnner des päpstlichen Roms erkannten in ihr keine Imperatorengattin oder antike Gottheit, sondern taufen sie auf den Namen einer Madama Lucrezia von Fleisch und Blut, die um die Zeit der Erbauung des Palazzo in der Nähe wohnte, eine gefeierte Schönheit und Freundin vornehmer Persönlichkeiten gewesen ist. Sogar der Kardinal Pietro Barbo, später Papst Paul II., der den venezianischen Palast erbaut hat, soll etwas für sie übrig gehabt haben; wenigstens ist urkundlich beglaubigt, daß er ihr wertvolle Gegenstände aus seiner Kunstsammlung geschenkt hat. Diese Dame hieß mit dem vollen Namen Lucrezia di Krugno, stammte aus Neapel, wo sie die Geliebte des Alfonso von Aragon war, ließ sich 1457 in Rom nieder und starb hier 1487, nachdem sie Kardinal, Prälaten und Literaten mit ihrer Günst beglückt hatte. So kam es, daß der bodhafte Volkswitz in dem spöttigen Marmorweib am Rückengang des Palazzo Venezia die Madama Lucrezia sah. Man leistete sich am Karfreitag, wenn in der Kirche nebenan das Fest des Patrons von Venedig gefeiert wurde, sogar den Scherz, die Kolossalbüste der verstorbenen Republikanerin festlich aufzuputzen, ihre Haare, Schärpe und dergleichen anzuziehen und das Gesicht rot zu schminken. Später wurde es üblich, ihr satirische Verse über öffentliche Angelegenheiten in den Mund zu legen bezw. anzuhängen, und besonders in den Tagen der römischen Republik 1798 pflog Madama Lucrezia eifrige witzige Unterhaltungen mit Paduino und Marforio über die neue Freiheit und die demokratischen Ideen.

Notizen.

Musikchronik. Wily D'elert spielt mit seinem Trio am 12. Oktober im Saal der Großen Landesloge ein Trio von Eduard Behm, drei Phantasiestücke von Friedrich E. Koch und ein Quartett von Franz Votke, dem Dirigenten des Arbeiterfängerbundes.

Konrad Dreher, der bekannte bayerische Schauspieler veranfaßt Montag, den 14. Oktober, im Wiltshersaal einen lustigen Vortragabend.

Ergebnisse eines Igl. Kapellmeisters nennt Felix Weingartner eine Flugchrift, die demnächst in Verlage von Paul Cassirer in Berlin erscheinen wird. Im wesentlichen gibt sie das Material der bekannten Prozesse Weingartner gegen die Berliner Generalintendantur mit teilweise neuen und überarbeiteten Aufschlüssen wieder; zugleich enthält sie eine memoirenhafte Darstellung der künstlerischen und gesellschaftlichen Zustände, die Weingartner in seiner Stellung kennen lernte.

Japanische Musik in Europa. In Japan wird gegenwärtig von einer Truppe der bekanntesten Musiker des Landes eine Tournee durch Europa organisiert, deren Aufgabe es sein soll, dem Abendlande die orientalische Musik näherzubringen. Wenn dieser Versuch gelingt, so hofft man die exotischen Instrumente, die Kompositionen und die Sotomusik Japans in größerem Umfang in Europa einführen zu können.

Kleines feuilleton.

„Anekdota“. So soll das erste monistische „Kloster“ heißen, das ihnen kurzem auf Thüringer Boden entstehen wird. Auf der diesjährigen Monistenversammlung zu Magdeburg wurde die Kindstaube vollzogen (in der Weltprache Jdo bedeutet das Wort: die Erste), und der Bundespräsident Wilhelm Ostwald kündigte die neue Siedelung als kein zukünftiger monistischer Lebensformen an. „Das Monistische Jahrhundert“ berichtet über die Aufgaben der zu gründenden Kolonie: Die Kolonie würde sich aus den Erträgen intensiven gartenwirtschaftlichen Betriebs sowie einiger geeigneten technischen Unternehmungen verschiedener Art selbst erhalten können und so den Raum für ihre sozialen Absichten gewinnen. In erster Linie steht hier die Kindererziehung, die Aufzucht einer neuen monistischen Generation. Dabei sollen aber auch fremde Jüglinge mit aufgenommen werden, insbesondere die durch die herrschende falsche dualistische Moral geächteten und zumeist der Verwahrlosung preisgegebenen unehelichen Kinder. Der Unterricht selbst soll nach der besten modernen pädagogischen Methode erfolgen. Dies zukünftige Unterrichtsweisen würde sich durch alle Stufen anwärts bis zur Spezialschule und freien Akademie entwickeln lassen, und späterhin auch die zukünftigen monistischen Lehrer und Sprecher ausbilden können. — Den Erwaachsenen würden diese Kolonien Erholungs- und Schutorte bieten und Plätze einer wahren, fruchtbareren Geselligkeit. Natürlich würden sich alle diese Pläne nicht an einer einzigen Stätte verwirklichen lassen, sondern voraussichtlich würden bald eine ganze Anzahl solcher Gruppen über ganz Deutschland zerstreut entstehen, jede mit einer nach Lage und Organisation gegebenen Sonderaufgabe. Alle aber im Gegensatz zu dem weltlichstigen Charakter der christlichen Klöster als bewusste Pflanzstätten irdischer Arbeiterkultur.

Soweit der Bericht des Monistenorgans. Nun ist gewiß das menschenfreundliche Beginnen des Monistenbundes, — vorausgesetzt natürlich, daß solche Erziehungsheime auch Leuten mit schwachen Mitteln zugänglich sein werden, — sehr lobenswert und von allen Kulturfreunden zu begrüßen. Man braucht schon deswegen den Verdammern des neuen Werkes nicht zu zürnen, wenn sie den Wein etwas überkönnen lassen und in solchen Kolonien den Keim erblicken, der „eine Wirksamkeit über Jahrhunderte und Jahrtausende entfalten soll“. Wehrlicher aber ist es, — und zwar gerade vom Standpunkte des Ideenkampfes, den der Bund Monisten führt, — wenn er mit solchen Mitteln sein Jahrhundert in die Schranken fordern und jedem einzelnen ein würdiges und angenehmes, wenn auch von Arbeit erfülltes Leben verschaffen will. Ist die Leitung des Monistenbundes von der Wichtigkeit der sozialen Pflichten wirklich durchdrungen, so sollte sie sich doch hüten, dabei einen Standpunkt einzunehmen, der schon mehrere Jahrzehnte tot und begraben ist. Es lag ein weltgeschichtlicher Zug in den Unternehmungen der utopistischen Sozialisten, die durch Gründung von sozialistischen Gemeinwesen die franske Menschheit zu heilen hofften. Es ist — mit Bedauern sprechen wir das harte Wort aus — nunmehr lächerlich, wenn man in den

Bakunins aus der Internationalen Arbeiter-Assoziation. Jedoch das geschah nicht wegen Bakunins Ansichten, sondern wegen Bakunins Intrigen, die bereits zur Sprengung der Internationale geführt hatten. Es war ein Akt der äußersten Notwehr und sozusagen auch nur ein symbolischer Akt. Was Marx und Engels gerade in der Internationale an den unglücklichsten Konfessionsräten gebildet haben, das geht sozusagen auf seine Kuhhaut.

So handelten Marx und Engels aber nicht aus gutmütiger oder kopflöser Schwäche; sie waren vielmehr von äußerster Schärfe in ihrem Urteil selbst über ihre besten Freunde, wenn diese — nach ihrer Ansicht — irrtümliche Meinungen vertraten. Sie waren dabei so „unerbittlich“, wie echte Kämpfernaturen zu sein pflegen. Sie handelten vielmehr so als Hinge Feldherren, die ganz wohl wissen, daß zum Schlagen und Siegen mehr gehört, als das Feldweibelaugen, das an den Knöpfen irgendeines Rekruten irgendwelche Etüden entbedt.

Die entgegengesetzte Methode befolgte leider die Partei in ihrem ersten Jahrzehnt. Ich brauche mich nicht erst gegen den Verdacht zu vermahnen, als ob ich die inneren Konflikte der damaligen Zeit auf persönliche Intrigen zurückzuführen möchte. Allein verpönt sind diese Konflikte allerdings aufs äußerste durch die üble Sitte, jeden Andersdenkenden sofort zu exkommunizieren. Ganz sind die unerquicklichen Folgen noch nach vierzig Jahren nicht überwunden. Man kann heute noch böse Erfahrungen machen, wenn man den — nach Ansicht von Marx und Engels — „energischsten und intelligentesten“ der damaligen Führer, der jedenfalls die heutigen Tendenzen der Partei klarer und schärfer vertrat, als seine damaligen Gegner, nicht als Agenten von Bismarck betrachtet.

Man sagt nun noch: Aber Hilkebrandts Ansichten sind doch unglücklich töricht und lassen sich mit den Parteigrundsätzen ein für allemal nicht vereinen. Davon bin ich auch überzeugt und meines Wissens ist es ebenso die große Mehrheit der Parteigenossen. Jedoch nicht minder ehrlich waren Marx und Engels davon überzeugt, daß Lassalle ein unheilvoller Parteischädling sei. In solchen Fragen fehlt eben jeder objektiver Maßstab — leider, wie mancher Kardinal sagen und sich mit Hilke über den „modernen Giordano Bruno“ helfen, wovon der Kohl jedoch auch nicht fett wird. Man sagt ferner: Aber Hilkebrandt schädigt doch die Partei. Ja, wie der Spatz den Wauer, an dessen Weinbeeren er nascht. Allein wenn der Bauer nun eine Batterie requiriert, um den Spatz zu verschrecken, so wird ihn weder die Witte, noch die Nachwelt für einen besonderen Helden lazieren.

Jedenfalls wäre jeder möglichen Schädigung der Partei vorgebeugt gewesen, wenn der Parteitag den Antrag Laufenberg angenommen hätte. Was darüber war, das war vom Hebel. Und es ist vollends töricht, sich nachträglich auf den Rührkeiß zu verweisen. Um ihn als solchen zu erkennen, braucht man sich nicht „von der liberalen Presse verblüffen“, sondern nur von den führenden Geistern der Partei, einem Marx, einem Engels, einem Lassalle, erleuchten zu lassen.

Dierzu geht und folgende Zuschrift zu:

Eine Reberziehung.

Als die Hundertfünfundzwanzig ihren Protest gegen die Ausschließung Hilkebrandts veröffentlichten, ahnten sie nicht, welche unerwarteter Verbündeter ihnen erstehen werde. Franz Mehring stellt sich die Aufgabe, sie herauszuheben, und als Organ dazu wählt er sich die „Chemnitzer Volksstimme“, redigiert vom Genossen Heilmann.

Franz Mehring, plantiert auf der einen Seite von Wolfgang Heine, auf der anderen von Huberrimus — dies Triumvirat ist die neueste Ueberreifung unseres Parteilebens. Unter den vielen Wandlungen seines wechselreichen Lebens ist diese neueste Schwelung Mehrings vielleicht die hübschste.

Man wird erwarten, daß nur die dringlichsten und triftigsten Gründe ihn dazu bewegen können. Welches sind sie? Er schreibt:

„Die Chemnitzer Volksstimme“ hat die Freundlichkeit gehabt, mir ihre Spalten zu öffnen, nachdem mir der Ort, wo ich mich so viele Jahre lang über Parteifragen äußern durfte, verschlossen war und ist.“

Diese Behauptung und sie allein ist es, die mir jetzt gegen Mehring die Feder in die Hand drückt. Denn wenn ich sie unwiderprochen ließe, müßten die Genossen zu der Meinung kommen, sie sei wahr.

Es ist aber das Gegenteil davon wahr.

Ich konstatiere hier, daß die Redaktion der „Neuen Zeit“ der Mitarbeit Mehrings nie das geringste in den Weg gelegt hat. Wir haben noch nie irgend einen Beitrag von ihm abgelehnt oder auch nur eine Zeile aus einem seiner Beiträge gestrichen, außer zweifels dreimal innerhalb eines Zeitraums von zwanzig Jahren, und da bloß aus juristischen Gründen.

Der Konflikt zwischen Mehring und mir in diesem Frühjahr entspringt nicht daraus, daß ich ihm seine Erwiderung gegen Bebel ablehnte. Ich hätte sie vielmehr wohlwollend zum Abdruck akzeptiert. Der Zwiespalt erwuchs mir daraus, daß ich die Erwiderung nicht im gleichen Heft wie Bebel's Erklärung veröffentlichte. Meiner Auffassung nach hat ein Mitarbeiter das Recht, es sich zu verbitten, daß seiner Einbringung die Redaktion eine Erwiderung auf dem Fuße folgen läßt. Wenn ein Mitarbeiter einen Wunsch in diesem Sinne äußert, habe ich darin stets eine Bindung für mich und damit auch für meine Mitredakteure gesehen. Ich müßte Mehring nicht mehr zu, als was ich für mich selbst anerkannt habe. Trotz des Konflikts, den Mehring dann vor die Öffentlichkeit geriet, habe ich seiner weiteren Mitarbeiterschaft nie das mindeste in den Weg gelegt.

Ganz aus freien Stücken hat dieser den Parteivorstand ersucht, ihn von der Verpflichtung zur regelmäßigen Lieferung von Spigenartikeln für die „Neue Zeit“ zu entbinden. Im Einverständnis mit der Redaktion ging der Parteivorstand auf das Begehren ein, und das ist das einzige, was sich in dem Verhältnis Mehrings bei der „Neuen Zeit“ geändert hat. Er ist nicht mehr verpflichtet, Spigenartikel zu liefern, aber es steht ihm frei über jedes beliebige Thema zu schreiben, selbstverständlich auch über jede Parteifrage. Und er bezieht dafür nach wie vor das gleiche Jahresgehalt, das er ehedem bezog. Wenn er für uns nur Artikel über hundert Jahre alte Vorkommnisse schreibt, so ist das seine freie Wahl und nicht im geringsten Auftrag oder auch nur Wunsch der Redaktion. Das ist die Wahrheit über die von Mehring behauptete Verschlechterung der „Neuen Zeit“ für ihn.

Ueber die sachlichen Gründe, die dann Mehring gegen den Ausschluß Hilkebrandts vorführt, kann ich mich erheblich länger fassen, denn sie sind unmöglich ernst zu nehmen.

Mehring weiß genau, daß Marx und Engels den Ausschluß Hilkebrandts „auf schärfste mißbilligt hätten“, weil sie — nie einen Versuch machten, Lassalle und Liebknecht aus der Partei auszuschließen, die für sie ebenso große Parteischädlinge waren, wie Hilkebrandt für uns!

Diese ständige Entbindung aus der Parteigeschichte sei noch durch eine weitere Mitteilung bereichert. Marx und Engels veröffentlichten nie eine Zeile gegen die Parteitätigkeit Lassalles und Liebknechts.

So behandelten sie die ärgsten Parteischädlinge. Sollte ihr Verhalten zu Lassalle und Liebknecht uns vorbildlich sein für unser Verhalten gegenüber Hilkebrandt, dann müßten wir uns hüten, eine Zeile der Kritik gegen ihn zu veröffentlichen!

Wie reimt sich aber damit die Befürwortung des Antrags Laufenberg durch Mehring? Dieser Antrag wollte erklären, Hilkebrandt sei durchaus ungeeignet, als Interpret und Wortführer der deutschen Sozialdemokratie aufzutreten.

Da das Verhalten von Marx und Engels gegenüber Lassalle und Liebknecht unser Verhalten zu Hilkebrandt bestimmen soll, so zwingt uns Mehrings Empfehlung des Antrags Laufenberg zur Annahme, daß unsere Altmeister einmal an einen deutschen Parteitag das Ansehen gestellt haben, er solle erklären Lassalle und Liebknecht seien durchaus ungeeignet, als Interpret und Wortführer der deutschen Sozialdemokratie aufzutreten.

mecht seien durchaus ungeeignet, als Interpret und Wortführer der deutschen Sozialdemokratie aufzutreten.

In den bisherigen Auflagen von Mehrings Parteigeschichte konnte ich nichts darüber finden.

S. Kautsky.

Kommunalwählerfolge.

In Heisterzen (Schleswig-Holstein) gelang es, den ersten Sozialdemokraten ins Stadtparlament zu wählen. Genosse Reuenburg erhielt 158, der Gegner 131 Stimmen. — Auch in Husum wurde zum ersten Male ein Sozialdemokrat gewählt.

Eine Parteikonferenz der Sozialdemokratie Rußisch-Polens und Litauens.

Die Parteikonferenz der Sozialdemokratie Rußisch-Polens und Litauens — die angesichts der Unmöglichkeit, bei den gegebenen Verhältnissen einen Parteitag einzuberufen, tatsächlich einem Parteitag an Bedeutung gleichkommt — tagte vom 11. bis 17. August. Es waren außer der eigentlichen Parteiorganisation auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften durch Delegierte mit beratender Stimme vertreten.

Der mächtigste Aufstieg der Arbeiterbewegung in den letzten Jahren erlegt der Partei neue Aufgaben auf. Neben der Abwehr ununterbrochener Attacken der Konterrevolution muß bereits eine rastlose Rüstung zu neuen Angriffskämpfen gegen die Festungen des Formalismus zum Kernpunkt der Tätigkeit der Partei werden. Demgemäß waren die Fragen des Ausbaus und der Konsolidierung der Organisation das Wichtigste, wozüber die Konferenz zu entscheiden hatte.

Als erster Grundgedanke der Organisationspolitik der Partei wurde die rücksichtslose Bekämpfung der Tendenzen nach der veränderten Verhältnisse Abgegebenheit von den Massen und der die Tatkraft der Partei beeinträchtigenden Zirkelmerei festgelegt für die die maßlosen polizeilichen Verfolgungen einen günstigen Boden schaffen. Sorgsamste Verbeibaltung des Charakters einer Massenpartei, enge Fühlung mit dem Leben und Streben der unorganisierten Arbeitermassen — das ist die Parole.

Von den weiteren Beschlüssen der Konferenz über die Organisations- und Agitationsfragen sind hervorzuheben: weisliche agitatorische und organisatorische Ausnutzung der Tätigkeit der sozialdemokratischen Dumafraktion; tatkräftige Förderung der politischen Aktivität der Arbeitermassen mittelst Durchführung in den Fabriken und Werkstätten an die sozialdemokratische Dumafraktion zu übermittelnden Resolutionen in allen die Lebensinteressen der Arbeiterklasse berührenden Zeitfragen; Ausnutzung der sogenannten „legalen Möglichkeiten“ unter der unumgänglichen Bedingung, daß in den betreffenden legalen Arbeitergesellschaften womöglich Parteizentren gebildet und die Tätigkeit der an ihnen beteiligten Genossen den lokalen Parteinstanzen unterworfen sein muß; Durchführung revolutionärer Maßnahmen in der Form politischer Streiks, Straßendemonstrationen, Massenversammlungen usw. — je nach den Umständen.

Von den übrigen Beschlüssen der Konferenz sind von einem allgemeinen Interesse die über die Stellung der Soziald. R. P. u. L. innerhalb der russischen Gesamtpartei und über die Wahlen zu der IV. Duma.

Die Konferenz konstatierte, daß trotz eifrigster Bemühungen der um die Einigkeit der Gesamtpartei eifressenen Gruppen, und insbesondere des Vorstandes der Soziald. R. P. u. L., der endgültige Zerfall der Gesamtpartei in lose Fraktionen und Fraktionchen sich vollzogen hat.

Die Konferenz empfiehlt dem Vorstände bei jeder Gelegenheit die Wiederherstellung der Einigkeit der Partei zu erstreben. Als ersten Schritt dazu betrachtet die Konferenz eine Annäherung aller auf dem Boden des revolutionären Marxismus stehenden Gruppen des linken Flügel der Partei.

Eingehend wurden von der Konferenz verhandelt die taktischen wie auch die technischen Fragen der bevorstehenden Dumawahlen. Es begreut die ganze innerliche wie äußerliche Situation des Parteireiches, daß die Ursachen, die den Ausbruch der Revolution im Jahre 1905 bewirkt hatten, ungeändert weiterbestehen. Andererseits zeigt die Entwicklung der Konterrevolution in den letzten Jahren tröster denn je, daß zur Niederschwerung des Formalismus die Arbeiterklasse allein berufen und fähig sein kann. Alle bürgerlichen Parteien sind in den letzten Jahren noch weiter nach rechts gerückt.

Die Aufgabe der Arbeiterklasse bleibt demnach wie zuvor: Niederschwerung der Herrschaft der zarischen Schergenbande und der mit ihr verbündeten bürgerlichen Parteien, — Errichtung der demokratischen Republik im Reiche unter Gleichberechtigung aller Nationalitäten und mit Autonomie für Polen.

Demnach muß sich auch die Wahltaktik der Partei richten. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Dumafraktion wie auch die Wahlen selbst sind vorerst eines der wirksamsten Mittel der revolutionären Aufklärung und Organisation der Massen. Nicht etwaige partielle Forderungen — das gesamte Programm gilt für die Wahlparole der Partei.

Demgemäß sind im ersten Wahlstadium (die Wahlen sind zweibezugsweise) jedwede Vereinbarungen mit den bürgerlichen Parteien ausgeschlossen. In dem letzten Wahlstadium (Deputiertenwahlen) ist, falls die sozialdemokratischen Stimmen zwischen zwei bürgerlichen Kandidaten zu entscheiden hätten, ein Progressist gegen die Nationalisten und Konservativen zu unterstützen, wenn er sich öffentlich verpflichtet: a) dem polnischen Nationalklub nicht beizutreten; b) das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, Koalitionsrecht, Presz-, Versammlungs-, Rede- und Gewissensfreiheit wie auch die Forderung der Autonomie Polens zu verteidigen; c) gegen das Budget zu stimmen.

Der erste sozialdemokratische Kreistagsabgeordnete im Herzogtum Anhalt wurde von dem Gemeinderat in Coswig gewählt, und zwar in der Person des Genossen Stachmann. Unsere Genossen haben im Coswiger Gemeinderat die Mehrheit, daher der sozialdemokratische Erfolg bei der Kreistagsvertreterwahl. Die anhaltischen Kreistage sind durcweg reaktionäre Gebilde, in denen die Grundbesitzer unumschränkte Herrschaft sind, sehr zum Schaden der industriellen Bevölkerung. Die Rolle eines sozialdemokratischen Deputierten in solch einem Korpulentisch ist daher von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Von der Parteipresse. Die seit dem 1. Oktober dieses Jahres als Kopfblat der „Dressauer Volksstadt“ erscheinende „Diegenitzer Volkszeitung“ hat seit ihrem Erscheinen über 1400 neue Abonnenten gewonnen. An den nächsten Sonntagen wird die Hausorgination auch auf dem Lande fortgesetzt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Gerichte und die Presse.

In einem Bericht über eine Gerichtsverhandlung, in der der Redakteur des „Gothaer Volksblattes“ zu 150 M. Geldstrafe verurteilt wurde, war dem Schöffengericht gesagt worden, daß das Urteil falsch und zweifellos unhaltbar sei. Diese Kritik nahm sich der beteiligte Amtsrichter sehr zu Herzen und stellte Strafentwurf wegen Verleumdung gegen den verurteilten Redakteur, der deswegen am Dienstag vor der Strafkammer stand. Das Urteil des Schöffengerichts liegt noch bei der Berufungskammer. In den Worten: Der Vorbesitzer des Schöffengerichts mache die Feststellungen, wie es ihm beliebt usw., wurde eine schwere Verleumdung gefunden. Der Angeklagte und sein Verteidiger hielten sich auf das Recht der Kritik. Wie jede Behörde, so müsse sich auch ein Gericht Kritik gefallen lassen, zumal der Angeklagte über das Urteil in Erregung geraten mußte. Das Gericht erkannte an, daß der Angeklagte sich in gutem Glauben befand, doch könne ihm der § 193 nicht zugesprochen werden, er habe keine berechtigten Interessen wahrzunehmen gehabt. Das Urteil lautete auf 100 M. Geldstrafe, der Staatsanwalt hatte einen Monat Gefängnis beantragt.

Die Teuerung.

Am unrechten Ort.

Die Abgg. Dr. Friedberg und Schiffer haben mit Unterstützung der nationalliberalen Fraktion folgende Interpellation im preußischen Abgeordnetenhaus eingebracht:

Ist die königliche Staatsregierung in der Lage, darüber Auskunft zu erteilen,

a) in welcher Art und mit welchem Erfolge die von ihr angeforderten vorübergehenden Maßregeln gegen die Fleischteuerung zur Ausführung gelangt sind,

b) welche Maßnahmen sie im einzelnen zur Steigerung der inländischen Fleischproduktion zu treffen gedenkt, um der Fortdauer oder baldigen Wiederkehr der Fleischteuerung vorzubeugen.

Es ist bezeichnend genug, daß nicht nur die Konservativen im Abgeordnetenhaus die Regierung über ihre Maßnahmen zur Rede stellen wollen, sondern daß auch die Nationalliberalen ins Dreiklassenparlament flüchten, um gegen die Fleischteuerung zu — reden.

Die Fleischnot ist allerdings wirksam nur durch die reichsgerichtlichen Maßnahmen zu bekämpfen. Aber gerade deshalb fürchten beide Parteien die freie Kritik an der Haltung der Zollwächter und der Regierung im Reichstag. In dem Hause, das in seiner jetzigen Form alles andere als ein Volkshaus darstellt, will man mehr in der Stille einen Druck auf die Reichsregierung ausüben, die schon längst der Resolution des Reichstags und dem Wunsch mehrerer Bundesstaaten auf Aufhebung des § 12 hätte entsprechen müssen. Die zu erwartende künftige Behandlung der brennenden Volksfrage im Abgeordnetenhaus wird aber nur die Erbitterung des Volkes gegen dieses Parlament verstärken.

Bundesstaaten gegen die Teuerung.

Der sächsische Finanzminister ordnet an, daß die Ende dieses Jahres ablaufenden Ausnahmetarife für frisches Fleisch, die wesentliche Verbesserungen enthalten, bis Ende 1913 verlängert werden. Außerdem wird für Gemeindebehörden, gewerbliche Unternehmungen und gemeinnützige Organisationen eine weitere Ermäßigung von 20 Proz. gewährt. Diese Ermäßigungen gelten auch für Gefrierfleisch und für den Bezug von Seefischen. Auch für Futtergerste und Futtermais sind die Tarife bis Ende 1913 ermäßigt worden.

Auf eine Eingabe verschiedener Städte und Gemeinden des Herzogtums Sachsen-Meiningen betreffend die Fleischnot hat die meiningische Staatsregierung ihre Bereitwilligkeit erklärt, ähnlich wie in Gotha und Schwarzburg-Rudolstadt, beim Bezug von ausländischem Fleisch unter gewissen Bedingungen den Zoll auf die Staatskasse zu übernehmen. Voraussetzung ist, daß die Einfuhr auf Kosten der Gemeinde erfolgt und der Abfall des Fleisches innerhalb der Gemeinde zu den von der Gemeindeverwaltung festgesetzten, zur Milderung der Fleischteuerung geeigneten Preisen erfolgt.

Nachdem Preußen nennenswerte Maßregeln gegen die Teuerung nicht ergreift, sehen auch die übrigen Bundesstaaten davon ab und beschränken sich auf die gleichen Maßnahmen. Um so notwendiger ist es, daß dem Reichstage Gelegenheit geboten wird, die Initiative zu ergreifen und auch Preußen vorwärts zu treiben.

Bundesratsvorlage über Fleischversorgung.

Der Bundesrat wird sich, wie die „Germania“ erfährt, am nächsten Donnerstag mit dem Gesetzentwurf über die Fleischversorgung befassen. Im Rahmen dieses Gesetzes über die Rostenmähigung für Gemeinden wird auch die in dem amtlichen Kommentar zu den Regierungsbeschlüssen erwähnte behördliche Mitwirkung für die Bildung der Preise für das eingeführte Fleisch in den Städten enthalten sein.

Auf der Konferenz mit Städtevertretern im Ministerium des Innern ist von einer Anzahl von Vertretern der Ansicht Raum gegeben worden, daß eine behördliche Preisfestsetzung starke Bedenken erwecke. Voraussichtlich wird diesem Wunsch Folge gegeben werden, so daß die Gemeinden im Einvernehmen mit den Fleischern die Festlegung der Preise ohne behördliche Mitwirkung vornehmen können. Was den Zusammenschluß der großen Städte anbelangt, so stellen sich diesem Vorhaben nach Ansicht der Konferenz gleichfalls Schwierigkeiten entgegen. Wahrscheinlich ist, daß die Kommunen einzeln versuchen, möglichst geringe Höchstpreise für eingeführtes Fleisch festzusetzen.

Woher die Regierung Informationen holt.

Unter dem Vorsitz des Grafen von Schwerin-Löwig hat die ständige Kommission des Landes-Oekonomie-Kollegiums sich mit der Teuerung befaßt und in einer Resolution unter großem Bedauern ausgedrückt, daß die Regierung Maßnahmen zur Milderung der Fleischteuerung ergreifen hat; es sei aber dankbar zu begrüßen, daß die Regierung wenigstens den § 12 des Fleischbeschaugesetzes nicht geändert hat. Bei einer Aufhebung des § 12 müßte von der Landwirtschaft verlangt werden, das ganze Fleischbeschaugesetz zu beseitigen. Die preussische Landwirtschaft sei bereit, den fortgesetzten starken Preischwankungen auf dem Schweinemarkt durch feste Lieferungsverträge mit den Stadtverwaltungen oder anderen Korporationen zu einem mittleren, die Produktionskosten bedeckenden Einheitspreise für mehrere Jahre zu begegnen. Dagegen verlangen die Agrarier, daß die Einfuhr von Fleischerfleisch nicht gestattet werden dürfe. In einer weiteren Resolution wird die Regierung ersucht, dem Bundesrat einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen den Landesregierungen die Befugnis erteilt wird, zum Zwecke der Erhebung und Feststellung der Preise wichtiger Lebensmittel Vorschriften zu erlassen, nach denen die Handelstreibenden auf Erfordern der Polizeibehörden wahrheitsgemäße Auskünfte zu erteilen haben.

Wie sich die Agrarier sonst die Linderung der Fleischnot denken, geht aus der weiteren Forderung hervor. Sieh nach der Weide zu ermäßigten Sägen auf der Eisenbahn zu befördern.

Der Sitzung wohnte auch der Landwirtschaftsminister bei. Wenn er nur auf diese Stimmen hört, wie er schließlich selbst glauben, daß der Regierungserlaß etwas Wesentliches gegen die Teuerung tun wolle.

Die Preise steigen.

Die neuesten Antilich Preisberichte der Statistischen Korrespondenz bestätigen, daß in der zweiten Hälfte des September die Fleischpreise weiter gestiegen sind. Am größten war charakteristischerweise die Steigerung beim Pferdefleisch; sie betrug nicht weniger als 7,8 Pf. innerhalb zweier Wochen! Einen kaum nennenswerten Rückgang, der bei der Unsicherheit der statistischen Erhebung und der ansehbaren Berechnung von Durchschnittsziffern keine Bedeutung hat, weisen die Preise für Schinken und Speck auf. Offenbar hält aber die Regierung es nicht doch für ein Zeichen der Besserung, daß Schweineschinken jetzt 1/10 Pf. und Speck 1/10 Pf. billiger ist als Anfang September. Welch horrenden Aufschlag die Preise seit drei

Jahren erfahren haben, zeigen folgende Angaben der Korrespondenz. Man zahlte (in Pf.) für ein Kilo

	Rindfleisch	Kalb- fleisch	Lamm- fleisch	Schweine- fleisch	Pferde- fleisch
September 1909	157	175	170	194	75
2. Hälfte Sept. 1912	195	206	199	205	91
in diesem Jahr mehr	38	31	29	21	16

Wohin die hohen Fleischpreise führen.

Die Käufer die jetzige Fleischnot und die hohen Fleischpreise auf die Bevölkerung lassen und wie alle gesundheitslichen Bedenken rücksichtslos bei Seite geschoben werden, um in den Besitz eines Stückchens Fleisch zu kommen, zeigt folgendes Vorkommnis. In der vorigen Woche mußte der Mühlenseliger Brüdner in Hermsdorf, Kreis Glogau, ein Kalb schlachten, dessen Fleisch vom Kreislerarzt als für die menschliche Nahrung ungenießbar bezeichnet wurde. Das geschlachtete Tier wurde in der Scheune aufgehängt und sollte am nächsten Morgen vom Abdecker abgeholt werden. Als dieser kam, fand er nur noch die Knochen vor. Das Fleisch war während der Nacht von armen Leuten, wahrscheinlich von den Arbeiterfamilien des Besitzers abgeholt worden.

Protestversammlungen.

Zwei Frauenversammlungen fanden am 8. Oktober mit dem Thema: „Der Kampf der Junter gegen Völlerei und Reichstag“ in Treptow-Baumhuldenweg statt. In Treptow-Baumhuldenweg sprach die Genossin Anna Diez. In der Diskussion wurde besonders auf die Mißstände der Fleisch- und Viehhändler hingewiesen, da deren Organisationen den Fleischtransporten zugestimmt haben und sich auch heute noch vielerorts gegen die Fleischzufuhr wehren.

Im Sportrestaurant in Treptow folgten die aufwendenden Frauen den Ausführungen der Genossin Wöhm-Schuh mit großem Interesse. Mehrere Frauen traten der Partei als Mitglieder bei.

In Breslau protestierten über 1000 Frauen gegen die Hungerpolitik der Regierung und die hohen Fleischpreise. 105 Frauen erklärten nach dem Referat der Genossin Luise Siez ihren Beitritt zur politischen Organisation.

Achter Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Dritter Tag.

Telegraphischer Bericht.

Dresden, 9. Oktober.

Zu Beginn der heutigen Sitzung sprach Gesamtverbandssekretär Waltrusch-Köln über:

„Stellung und Aufgaben der Bezirks- und Ortskartelle in den christlichen Gewerkschaften“.

Er betonte die hohe Bedeutung der Gewerkschaftskartelle im inneren Organisationsleben und für die Werbung neuer Mitglieder. Die Beteiligung der Kartelle als solcher an politischen Wahlen erscheine nicht wünschenswert. — In der Debatte beklagte sich Knebel-Waxman darüber, daß den Arbeitersekretären von Konfessionellen Vereinen verboten worden sei, für die christlichen Gewerkschaften zu agitieren. Am Schluß der kurzen Debatte erklärte derselbe Sekretär in persönlicher Bemerkung, daß sich seine Ausführungen nicht auf die Arbeitersekretäre des Volksvereins für das katholische Deutschland beziehen sollten. Er habe seine Bemerkung nur gemacht, um auch den letzten Rest von Mißtrauen, soweit Ursache dazu vorhanden sein mag, zu beseitigen.

Es folgt ein Vortrag vom Geschäftsführer Gutsche-Elberfeld über:

„Staatsangestellte und Arbeiter in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung“.

zu dem der Vizepräsident der Generaldirektion der sächsischen Eisenbahnen, Kettig, erschienen ist. Redner billigt die Maßnahmen des preussischen und sächsischen Kriegsministeriums gegen den von ihm als sozialdemokratisch verurteilt bezeichneten Militärverband und tritt scharf in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Eisenbahner und des Reichskartells des Verbandes der Angestellten und Arbeiter der staatlichen Lehranstalten namens der angeschlossenen 60 000 Staatsarbeiter für folgende Resolution ein:

Der 8. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands begrüßt die günstige Entwicklung der christlich-nationalen Staatsarbeiter und Angestelltenverbände und ihrer erfolgreiche Standesarbeit, wie auch die von planmäßigem und großem volkswirtschaftlichen Verständnis und nationaler Bistandertung zeugende Tätigkeit, die von den genannten Verbänden staatsbürgerlicher Erziehung entfaltet ist. Der Kongreß hofft, daß das Streben der Staatsverbände nach stetiger Lösung der wirtschaftlichen Lage der Staatsbediensteten, reichsgelehrter Regelung der Dienst- und Aufsteiger im staatlichen Verkehrgewerbe und weiteren Ausbau der Arbeiterauschüsse in den Staatsbetrieben und Errichtung von Personalausschüssen bei den Verbänden der Regierungen, den Verwaltungen der Reichs- und Staatsbetriebe und bei allen bürgerlichen Parteien das notwendige Einverständnis und sozialpolitische Verständnis finden möge. Da die Arbeiter der staatlichen Verkehrgewerbe der Reichsgewerbeordnung nicht unterstellt sind, hält der Kongreß die Schaffung eines den eigenartigen Verhältnissen der Staatsbetriebe entsprechenden Staatsarbeiterrechts für dringend notwendig.

In der Debatte wies Gwering-München, vom bayerischen Eisenbahnerverband, darauf hin, daß der Verzicht der sächsischen Eisenbahner auf das Streikrecht nicht als Ausdruck aufrichtiger Ueberzeugung angesehen werden könnte. Es sei vielmehr eine gewisse Spiegelschere. Im Ernstfall würde es anders werden. Das gehe auch aus den Äußerungen der sozialdemokratischen Presse hervor. So habe der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Kolb an den Reichstisch „Vollstreng“ geschrieben, daß man für den Fall außerordentlicher Zustände den Streik durch Verbot ebenso wenig unmöglich machen könne, wie die Revolution. Deshalb sollten wir schließlich die Erklärung der Sozialdemokraten in dieser Frage ernst nehmen als sie selbst es tun? (Sehr wahr!) Redner betonte dann darauf, daß die Lohnerböhrungen für die Arbeiter durch die fortgesetzte Teuerung und Mietsteigerungen wieder wettgemacht werden, weshalb die bayerischen christlichen Eisenbahner zur Gründung von Baugenossenschaften übergegangen seien.

Erst G. Stuttgart: Ebenso wie die Sozialdemokraten in Stuttgart dem Gesetz zum Tzuz und der Polizei zum Hohn nach einer Teuerungssammlung Straßendemonstrationen gemacht und die verheerendsten Reden auf offener Straße gehalten haben, ebenso leicht ist es möglich, daß der Sächsischen Eisenbahnerverband seinem Verzicht zum Trost streifen wird. Um so unbegreiflicher aber ist es, daß die württembergische Regierung im Landtag erklärt hat: sie habe an einer Förderung der christlich-nationalen Organisationen kein Interesse. — In diesem Sinne sprachen sich noch mehrere Diskussionredner aus, die sich zum Teil auch gegen die neutralen Verbände wenden, die in bezug auf die christliche Arbeiterbewegung nicht neutral seien, sondern die religiös gesinnten Arbeiter angreifen und die sich zum Teil nicht einmal an einem Kartellhoch beteiligen.

Nach einem Schlußwort des Referenten Gutsche-Elberfeld wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Vorsitzender Reichstagsabgeordneter Schrems: Ich stelle namens des ganzen Kongresses fest, daß die Stellung, die wir zu den Rechten der Staatsarbeiter einnehmen, abweicht von der Stellung, die wir zu den Rechten der Privatarbeiter einnehmen. (Beifall.)

lung, die wir zu den Rechten der Privatarbeiter einnehmen. (Beifall.)

Es folgt das Referat des Gesamtverbandssekretärs Bergmann-Köln über:

„Arbeitsnachweis und Arbeitslosenfürsorge“.

Redner legt dem Kongreß folgende Resolution zur Annahme vor: „Der 8. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hält die Lösung der Arbeitslosenfrage für eine der bedeutendsten Aufgaben der zukünftigen Wirtschaft- und Sozialpolitik. Durch die Schwankungen der Wirtschaftskondition und die Unübersichtlichkeit des Arbeitsmarktes werden fortlaufend eine Anzahl von Gewerkschaften ohne eigenes Verschulden arbeitslos und damit ihrer einzigen Einkommensquelle beraubt. Für die Betroffenen und deren Familien, wie für die Volkswirtschaft der bisherigen Bestrebungen der christlich organisierten Arbeiterchaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit empfiehlt der Kongreß den christlichen Berufsorganisationen den weiteren Ausbau bzw. die Einführung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung. Seitens der öffentlichen Gewalt sind alle Bestrebungen zu fördern, durch die eine größere Stabilität des Arbeitsmarktes herbeigeführt werden kann. Dringend notwendig ist ein besserer Schutz der nationalen Arbeitskraft. Der bisherigen schrankenlosen Schmutzkonkurrenz mit billigen ausländischen Arbeitskräften sind gesetzliche Schranken zu ziehen. Die Arbeitsvermittlung ist durch Reichsgesetz zu regeln. Die Arbeitsvermittlung muß der staatlichen Aufsicht unterstellt und jeder Mißbrauch verboten werden. Die öffentlichen (kommunal-gemeinnützigen) Arbeitsnachweise sind, vorausgesetzt, daß auch den Arbeiterorganisationen ein entsprechender Einfluß eingeräumt wird, nachdrücklich zu unterstützen. Generell abzulehnen ist jeder Zwang bei der Arbeitsvermittlung, durch den die Freiheit des Arbeitsvertrages, die Freizügigkeit und sachliche Weiterbildung unterbunden werden. Für die unverschuldet Arbeitslosen zu sorgen, ist Pflicht der Allgemeinheit und die höchste dringliche Aufgabe unserer Sozialpolitik. Eine befriedigende Lösung kann nur in einer reichsgelehrten Arbeitslosenversicherung auf beruflicher Grundlage gefunden werden. Im praktische Unterlegen zu gewinnen, sind als Uebergang zur reichsgelehrten Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in allen größeren Gemeinden in Anlehnung an die gewerkschaftliche Arbeitslosenfürsorge freiwillige Arbeitslosenversicherungen zu schaffen. Die Bundesstaaten sollen die Gemeinden zur Einführung kommunaler Arbeitslosenversicherungen anhalten und bestehende Einrichtungen durch Zuschüsse aus Staatsmitteln fördern und unterstützen. Grundsätzlich und praktisch ist bei der Arbeitsvermittlung wie bei der Arbeitslosenfürsorge die Mitwirkung der Gewerkschaften unentbehrlich, weshalb ihnen allgemein ein entsprechender Einfluß einzuräumen ist.“

Nachdem zahlreiche Redner, darunter besonders der Vorsitzende des christlichen Holzarbeiterverbandes, Kurzschied-Köln, lebhaft Klagen über die angeblich illoyale Ausnutzung der paritätischen Arbeitsnachweise zum Vorteil der sozialdemokratischen freien Gewerkschaften erhoben hatten, wurde die Resolution angenommen.

Ferner gelangten eine Reihe von Anträgen zur Annahme. Es wurde beschlossen, an den Reichstag eine Petition zu richten, in welcher die reichsgelehrte Regelung des Arbeitsvermittlungswesens in dem Sinne gefordert wird, daß a) Minimalforderungen und Vorschriften für alle Arbeitsnachweise, ähnlich wie für die Krankenversicherung, erlassen, und b) Mißbräuche bei der Krankenversicherung verboten werden. Weiter soll bei den geschiedenden Körperschaften dahin gewirkt werden, daß die geheime Kennzeichnung mitleidiger Arbeiter durch Ausgabe von verschiedenen an sich gesetzlich zulässiger Abkürzungen, im Gegensatz zu den sogenannten Verbandsabkürzungen der Arbeitgeberverbände, wie sie in der deutschen Glasindustrie üblich sind, unmöglich gemacht wird. Zur Annahme gelangte dann ein Antrag des Zentralverbandes christlicher Keram- und Steinarbeiter: „Mit Rücksicht auf die oft geradezu menschenwürdigen Zustände in den Wohn- und Unterkunftsstätten der Arbeiter in der Ziegelindustrie hält der Kongreß eine durchgreifende gesetzliche Reform des Wohnungs- und Kantinenwesens in der Ziegelindustrie für dringend geboten. Er verlangt darum von den Staatsregierungen baldigst eingehende amtliche Erhebungen.“

Ein anderer Beschluß verlangt, daß dahingewirkt werde, daß in erster Linie in Deutschland das einheimische Steinmaterial verwendet und ein weiteres Zurückdrängen der Steinproduktion aus den deutschen Hochgebieten hintangehalten werde. Für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter in Glashütten usw. wird ein vollständiges Verbot der Nachtarbeit und eine sechstündige Höchstarbeitszeit am Ofen mit abwechselnder Schmelze, sowie für alle Arbeiter in den Glashütten ein Verbot der Sonntagsarbeit verlangt. Auf Antrag des Reichsverbandes deutscher Kellner-Lokalvereine sollen die Ortsvereine überall da, wo sie einen Einfluß besitzen auf geregelte Arbeits- und Lohnverhältnisse der Gasthausangestellten drängen. Sodann gelangte ein Antrag des Verbandes christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter zur Annahme, der die christliche Arbeiterchaft auffordert, im Interesse der äußerst gering entlohnenden Tabakarbeiter dahin zu wirken, daß beim eigenen Bedarf und in den ihrem Einflusse zugänglichen Konsumvereinen, Kaufstätten und Verkehrslokale die Fabrikate solcher Firmen gekauft und geführt werden, welche die Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Arbeiter mit der Organisation geregelt haben.

Angenommen wird schließlich ein Antrag der Vorsitzenden des Vereins christlicher Heimarbeiterinnen, Prädalein Behm-Düsseldorf, wonach die Behörden ersucht werden, Arbeiten an Heimarbeiter ohne Vermittlung von Zwischenunternehmern zu vergeben. Morgen (Donnerstag) gehen die Verhandlungen zu Ende.

Aus Industrie und Handel.

Kriegserklärung und Börse.

Die Berliner Börse hatte am Mittwoch einen sogenannten „schwarzen“ Tag zu verzeichnen. Durch die Kriegserklärung Montenegro und die Annahme, daß die übrigen Balkanländer dem Vorgehen folgen werden, entwickelte sich ein außerordentlich starkes Verkaufsangebot. Zunächst nahmen die Banken größere Beträge auf. Dennoch sanken die Kurse um 3-4 Proz. Bald aber setzte der Verkaufssturm stärker und stärker ein und ständig sanken die Kurse weiter. Auf den Ulimarkten betrug der Kurs noch 7-9 Proz., und zwar wurden alle Wertkategorien unterschiedslos in Mitleidenschaft gezogen. Auf dem Kassamarkt wichen die Kurse jener Aktien, in denen die Spekulation sich vorher stark engagiert hatte, bis 15 und 20 Proz. Es war allgemein das Bestreben, sich ihrer Engagements zu entledigen, weil man eine weitere Erschütterung durch alarmierende politische Meldungen befürchtete. Auf dem Getreidemarkt bewirkten die Kriegsmeldungen Steigerungen der Preise für Weizen (2 1/2 M. für die Tonne), Roggen (2 M. für die Tonne) und Hafer (ebenfalls 2 M. für die Tonne).

Die Ausfuhr von Feuerwaffen

ist im laufenden Jahre naturgemäß stark gestiegen. In den Monaten Januar bis August dieses Jahres lieferten die heimischen Waffenfabriken 12 070 Doppelgewehr Handfeuerwaffen ins Ausland. Das bedeutet gegen die Parallellzeit des vergangenen Jahres mehr als eine Verdoppelung, denn in den Monaten Januar bis August 1911 bezifferte sich der Export von Handfeuerwaffen aus dem deutschen Zollgebiet auf 5797 Doppelgewehr. Nach China wurden nicht weniger als 6401 Doppelgewehr geliefert gegen nur 288 Doppelgewehr in den nämlichen Monaten des vorigen Jahres. Die Aus-

fuhr nach Brasilien erhöhte sich von 55 Doppelgewehr auf 1576 Doppelgewehr; die Lieferungen nach den Vereinigten Staaten von 20 Doppelgewehr auf 1324 Doppelgewehr. Weniger bedeutend war bisher die Erhöhung des Exportes in die Türkei; diese empfing in den ersten acht Monaten dieses Jahres 808 Doppelgewehr gegen 121 Doppelgewehr im verflochtenen Jahre. Der Gesamtexport von Handfeuerwaffen in der Berichtzeit repräsentierte einen Wert von 8,98 Millionen Mark. Sägel, Hähne, Läufe usw. sind von Januar bis August d. J. 462 Doppelgewehr von fremden Ländern aus Deutschland bezogen worden; auch hier ergibt sich gegen das Vorjahr eine Vermehrung auf annähernd das Doppelte. Gering ist gegenüber den genannten Quantitäten die Einfuhr von fremden Handfeuerwaffen nach Deutschland. Sie belief sich in den ersten acht Monaten dieses Jahres auf 94 Doppelgewehr, von denen weitaus der größte Teil in Belgien gefertigt war.

Soziales.

Die Anwendung der reichsgelehrten Unfallversicherungspflicht auf Schulkinder.

Die Frage, ob der Unfall des schulpflichtigen Sohnes eines selbstverschuldeten Betriebsunternehmers entschädigungspflichtig ist, ist vom Reichsversicherungsamt mit Recht bejaht, so auch in einer kürzlichen Entscheidung. Der Sachverhalt war folgender:

Der Schmiedemeister L. in G. wollte von einer Eisenstange ein Stück abschlagen. Da er keine Gehilfen beschäftigte, mußte sein Sohn die Eisenstange mit der Zange halten, während er am Weißeln war. Hierbei flog dem Jungen etwas ins rechte Auge. Trotz der Schmerzen, über die das Kind klagte, versuchten die Eltern 14 Tage lang durch Hausmittel Linderung zu verschaffen. Da das nicht half, wurde die Hilfe eines Augenarztes in Anspruch genommen. Dieser konnte aber ebenfalls im Auge nichts entdecken trotz Untersuchung mit dem Eisenpäher und Behandlung mit dem Elektromagneten. Das Auge erblindete und mußte später entfernt werden.

Die von L. bei der Schmiede-Berufsgenossenschaft für seinen Sohn gestellten Entschädigungsansprüche lehnte diese mit der Begründung ab: Unfallverletzte Schulkinder könnten deshalb keine Unfallrenten zugesprochen werden, weil ihnen eine Erwerbsbeeinträchtigung nicht entsteht. Der Verletzte sei zum Schulbesuch verpflichtet gewesen. Ein Ausfall im Gewerbe bzw. ein Schaden sei nicht entstanden. Ein Rentenanspruch bestünde deshalb nicht. — Das Schiedsgericht in L., bei dem L. Berufung einlegte, sprach dem Verletzten eine Teilrente von 25 Proz. zu. Es folgte der Wunsch des Schmiedemeisters, der als Sachverständiger die Meinung vertrat, ein Schied, der sein Handwerk allein betreibt, komme bei gewissen Arbeiten nicht ohne Hilfe aus. In der hier in Frage stehenden Hilfeleistung sei ein 12jähriger Junge geeignet gewesen. Das Schiedsgericht erklärte ferner die Behauptung der Berufsgenossenschaft, daß schulpflichtige Kinder, die einen Betriebsunfall erleiden, keine Erwerbsbeschränkung erleiden, für unbegründet.

Gegen diesen Entschied nahm der Genossenschaftsvorstand die Rekursinstanz in Anspruch. Er vertrat hierbei die Ansicht, daß die fragliche Hilfeleistung des Verletzten keine ernsthafte Tätigkeit, sondern gewissermaßen nur eine Spielerei gewesen sei, auf welche sich nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes die Versicherung nicht erstreckt. Der Rekursant wies diese Einwendungen zurück mit der Begründung: Der Verletzte habe keine ländernde, spielartige, sondern eine ernste Tätigkeit verrichtet. Kinder von 11 und 12 Jahren würden besonders auf dem Lande häufig zu Arbeiten herangezogen, ohne daß dabei der Gedanke der spielerischen Beschäftigung eine Rolle spielt.

Minimalforderungen für Schutzvorrichtungen an Holzbearbeitungsmaschinen.

Das Bestreben der an Holzbearbeitungsmaschinen Beschäftigten um vermehrte Schutz gegen Unfallgefahren hat einen recht beachtlichen Erfolg zu verzeichnen. Nicht zum wenigsten hat dazu beigetragen die vom Holzarbeiterverband veranstaltete Wanderausstellung „Unfallgefahren in der Holzindustrie“, die außer in Berlin in Frankfurt a. M., Darmstadt, Stuttgart und München die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf sich lenkte. In Gemeinschaft mit der Organisation der Holzarbeiter haben 14 Berufsorganisationen Minimalforderungen für Schutzvorrichtungen an Maschinen der Holzbearbeitung aufgestellt, wobei die Wünsche der Arbeiterorganisation volle Berücksichtigung fanden. Diese Minimalforderungen, die sowohl allgemeine Bestimmungen als auch für jede in der Holzbearbeitung in Betracht kommende Maschine spezialisierte Vorschriften enthalten, sollen an die Maschinenfabrikanten und Lieferanten gerichtet und diese verpflichtet werden, nur Maschinen mit diesen Minimalforderungen entsprechenden Schutzvorrichtungen zu verkaufen. Die sich verpflichtenden Firmen sollen auf eine Liste gesetzt und die Mitglieder der Berufsorganisationen verpflichtet werden, Maschinen usw. nur von Firmen zu kaufen, die auf dieser Empfehlungsliste stehen. Die Mitglieder der Berufsorganisationen werden unter Berufung auf Bestimmungen der Gewerbeordnung darauf verwiesen, daß die Gewerbeunternehmer verpflichtet sind, Maschinen usw. so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes zuläßt. Die Berufsorganisationen verpflichten ferner, daß sie die Bemühungen des Personals, das für die Unfallverhütungstechnik dauerndes Interesse und regen Eifer betätigt, durch Geldprämien anerkennen will.

Die an den Holzbearbeitungsmaschinen Beschäftigten dürfen sich dieses schönen Erfolges freuen, und sie brauchen sich diese Freude auch nicht durch den Umstand trüben lassen, daß die Sächsischen und die Norddeutsche Holzberufsgenossenschaft sich nicht an der gemeinsamen Aktion beteiligen. Die Aufstellung der Minimalforderungen bedeutet die schriftliche Anerkennung der auf Unfallschutz gerichteten Forderungen der Arbeiter durch die Berufsorganisationen der Unternehmer. Mögen diese dabei auch von anderen Gesichtspunkten ausgehen als die Arbeiter und andere Interessen für sie ausschlaggebend gewesen sein, mögen die Minimalforderungen zunächst auch nur auf dem Papier stehen; der in der Holzarbeiterorganisation herrschende lebendige Geist wird dafür sorgen, daß die Forderungen auch in der Praxis durchgeführt werden.

Gewerbegerichtsklage gegen die „Victoria“.

Gegen die Versicherungsgesellschaft „Victoria“ klagte vor dem Gewerbegericht der frühere Einnehmer K. auf Zahlung eines Restbetrags von 110 M. mit einmonatlicher Kündigung als Einnehmer angestellt. Am 15. Februar wurde er plötzlich entlassen, weil er angeblich öfter betrunken zum Dienst erschienen sei, sich Vorgelegten gegenüber ungebührlich betragen sowie Kunden belästigt haben soll. Die Beklagte glaubte daher Grund zur sofortigen Entlassung zu haben. Ihre Angaben wurden durch einen Angestellten als Zeugen zum Teil bestätigt. — Dem standen jedoch eine Reihe Aussagen anderer Zeugen gegenüber, bei denen der Kläger Beiträge lassiert hatte und auch sonst verkehrte. Sie alle betonten, daß Kläger nie betrunken gewesen wäre, auch habe er nie niemals belästigt.

Nach diesem für die Beklagte jedenfalls recht ungünstigen Verlauf der Beweisaufnahme beantragte ihr Vertreter die Anstündigung des Gewerbegerichts. Aus den Anstellungsunterlagen geht hervor, daß die Einnehmer Verpflichtungen zu erfüllen hätten, die nicht gewerblicher, sondern kaufmännischer Art seien, mithin sei das Gewerbegericht nicht zuständig.

Das Gericht hat jedoch seine Zuständigkeit bejaht. Im übrigen wurde die Beklagte antragsgemäß verurteilt. Die Beweisaufnahme habe ergeben, daß die sofortige Entlassung zu Unrecht erfolgt sei.

Die Bundesratsverordnung für die Glasindustrie.

Die Ausnahmebestimmungen für die Glasindustrie wurden bekanntlich vom Bundesrat auf die Dauer von zehn Jahren erlassen und am 5. März 1912 um ein weiteres Jahr verlängert. Gegenwärtig machen die Industriellen die verzweifeltsten Anstrengungen, um den Beweis zu erbringen, daß ohne diese Bestimmungen die Glasindustrie dem Ruin zugeführt würde. Doch selbst die Berichte der Gewerbeinspektoren sprechen sich entschieden gegen die Nacharbeit aus. So sagt der Gewerbeaufsichtsbeamte für Pommern in seinem Jahresbericht:

„Vom Standpunkt des Arbeiterschutzes ist jede Nacharbeit, insbesondere eine regelmäßige, in hohem Grade als schädlich und beklagenswert anzusehen, und da 45 (von insgesamt 47) Hohlglashütten des Regierungsbezirks ohne sie fertig werden können, muß namentlich für die Jugendlichen ein strenges Verbot der Nacharbeit auf das Wärmste befürwortet werden.“

Doch das macht den Glasindustriellen wenig Sorge. Auf allen in den letzten Wochen zu diesem Zweck einberufenen Generalversammlungen der Unternehmerorganisationen forderten sie mit allem Nachdruck, daß der Bundesrat ihren Wünschen zu entsprechen habe, und die Ausnahmebestimmungen um weitere 10 bis 15 Jahre zu verlängern seien. Bei dem Einfluß, den die Industriellen auf die Regierung haben, ist wohl anzunehmen, daß ihrem Verlangen entsprochen wird. Dabei ist vor allem daran zu denken, daß die jugendlichen Arbeiter von 12 bis 14 Jahre eine fast ununterbrochene Arbeitszeit (in einigen Betrieben bis zu 12 Stunden) haben, denn auch während der Pausen werden die jugendlichen Arbeiter zu außerordentlichen Arbeiten herangezogen, so daß sie oft genug ihre Speisen während der Arbeit einnehmen müssen. Daß die Nacharbeit auf die Gesundheit der Arbeiter sehr nachteilig einwirkt, zeigen die Krankheitslisten. Und nach einer vom Verband der Glasarbeiter aufgenommenen Statistik beträgt das Durchschnittsalter der Glasarbeiter 37 Jahre und 14 Tage.

Der Schutz der Arbeiter müßte der Regierung höher stehen als die Privatinteressen des Kapitalismus. Dabei gehört die Glasindustrie zu demjenigen Industriezweig, die sehr hohe Gewinne bringen. Dividenden von 14 bis 20 Proz. sind nicht selten. Auch müßten die Glasarbeiter selbst nicht einmal eine völlige Pfeifung, sondern nur eine Einschränkung der Nacharbeit. Sie fordern, daß die Arbeit nicht vor 4 Uhr morgens beginnen und nicht nach 10 Uhr abends enden darf. Besonders Gewicht wird von den Arbeitern darauf gelegt, daß die Arbeit an Sonn- und Feiertagen gänzlich beseitigt wird, und auch an diesen Tagen nicht am Abend beginnen darf, damit dem Arbeiter eine ausreichende und genügende Sonntagsruhe gegeben wird.

Nach den jetzt geltenden Ausnahmebestimmungen darf die Gesamtzahl der Beschäftigten innerhalb einer Woche 60 Stunden nicht überschreiten. Diese Bestimmungen werden besonders in den großen Betrieben überschritten. Wohl beträgt die eigentliche Arbeitszeit einschließlich der Pausen auch des Nachts nicht mehr als zwölf Stunden, aber da ein ständiger Mangel an Hilfsarbeitern in den Glashütten vorhanden ist und die Bezahlung nur eine geringe ist, so müssen selbst die jugendlichen Arbeiter Ueberstunden machen. Dies System besteht vor allen Dingen in den großen und recht bedeutenden Flachglashütten der Aktiengesellschaft für Glasindustrie vormals Fr. Siemens in Dresden und Döhlen. Es wäre in erster Linie Pflicht der Gewerbeinspektion, hier mit aller Energie einzugreifen, um der Ausnutzung der jugendlichen Arbeitskraft vorzubeugen.

Da die Glasindustriellen in Deutschland nicht genügend jugendliche Arbeiter unter so schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen finden, haben besonders die großen Werke zu einem etwas unsauberen Mittel gegriffen. Sie senden Agenten in die österreichischen Kronländer, besonders nach Böhmen und Ungarn, um jugendliche Arbeiter anzuwerben, die allem Anschein nach noch unter 14 Jahre alt sind. Da diese ausländischen jugendlichen Arbeiter oft nicht lesen und schreiben können, so kann ihnen oft nicht plausibel gemacht werden, in welcher Art sie ausgebeutet werden. Auch diese noch im Kindesalter stehenden Burschen müssen Ueberstunden machen; unter der schweren Nacharbeit, die durch Ueberstunden bis zu 18 Stunden ausgedehnt wird, drohen sie zusammenzubrechen.

Alle diese Ueberreibungen wurden von der Organisation der Glasarbeiter wiederholt festgestellt und gebrandmarkt; trotzdem wird die Ausnutzung der jugendlichen Arbeitskraft in systematischer Weise fortgesetzt. Würden die Industriellen eine anständige Behandlung und Bezahlung für die schwere Arbeit in Glashütten geben, so würden sie in Deutschland genügend erwachsene Arbeiter finden. Die Verpflanzung der aus dem Ausland herangezogenen jungen Arbeitskräfte ist eine sehr mangelhafte. Gewöhnlich wird die Kost aus den Fabrikantinnen bezogen, deren Besitzer aus dem Allerärmsten auch noch Profite herauszuschlagen. Die Schlafräume in den Betrieben spotten oft jeder Beschreibung; Reinigung und Ventilation läßt sehr viel zu wünschen übrig.

Die Lebenshaltung der in der Glasindustrie beschäftigten jugendlichen Arbeiter ist durch die übermäßig ausgedehnte Nacharbeit auf einen Tiefstand herabgedrückt, der als unbeschreiblich bezeichnet werden muß. Der Bundesrat hat geradezu die Pflicht, dem Verlangen der Glasarbeiter zu entsprechen und die Ausnahmebestimmungen so festzusetzen, wie von den organisierten Arbeitern vorgeschlagen. Die Nacharbeit kann mit der einzigen Ausnahme, der Bedienung und Unterhaltung der Feuerungs- und Schmelzöfen, auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Für die Verarbeitung der geschmolzenen Glasmasse genügt die Zeit von 4 Uhr morgens bis 10 Uhr abends vollkommen. Da es dürfte sich nach ganz kurzer Zeit von selbst ergeben, daß diese Einschränkung der Nacharbeit einen wesentlichen Vorteil für die Industriellen selbst bietet, dann werden die Glashütten zum Schmelzprozeß mehr Zeit, denn wird das zur Verarbeitung kommende Glas in bedeutend besserem Zustand abgeschmolzen werden können und die Verarbeitung wird sich besser und vorteilhafter als bisher vollziehen.

Wer da weiß, wie schwer die immerhin recht bedeutende Zahl der jugendlichen Arbeiter in der deutschen Glasindustrie zu leiden hat, wird verlangen, daß eine durchgreifende Reform geschaffen werden muß. Nur die Regierung und der Bundesrat diese Hände, dann muß dem Verlangen der organisierten Glasarbeiter entsprochen werden.

Gerichts-Zeitung.

Titulatur „Jahnklini“.

Der Polizeipräsident von Charlottenburg hatte durch Verfügung dem Jahnkliniker Altmann aufgegeben, von seinem Hausbesitzer die Aufschrift „Jahnklini“ zu beseitigen, sowie die Worte: „Behandlung durch Arzt, Zahnarzt“ zu entfernen.

Der Bezirksausschuß lehnte die Verfügung außer Kraft. Das Oberverwaltungsgericht hob jedoch kürzlich das Urteil auf und wies die Klage als endgültig ab. Begründend wurde ausgeführt: Unter Jahnklini versteht man eine Anlage, die von einer approbierten Medizinischen Person unternommen werde. Da das hier nicht der Fall sei, dürfe jene Bezeichnung auf dem Schild nicht gebraucht werden. Was die Worte: „Behandlung durch Arzt, Zahnarzt“ angehe, so müßten sie beim Publikum die Vorstellung hervorzurufen, daß das Publikum jederzeit in dem Betriebe eine derartige Medizinische Person vorfinde. Das sei auch nicht der Fall gewesen, denn nach den Behauptungen seien mit solchen Zeichen nur Beiträge abgeschlossen, wonach sie, wenn sie es für erforderlich halte, auf telephonischen Anruf erscheinen müßten. So rechtfertigte sich das polizeiliche Einschreiten auch in dieser Beziehung.

Streitbrecher pfui!

Das Reichsgericht verwarf am Dienstag die Revision der Bergarbeiterfrau Ebel, die am 27. März vom Landgericht Dortmund wegen vermeintlicher Beleidigung auf einer Woche Gefängnis verurteilt war, weil sie zwei Arbeitswilligen zugerufen hatte „Streitbrecher pfui!“

„Streitbrecher pfui!“
Ist's hier erlaubt, gefittet pfui zu rufen?

§ 153 G.-O.

Eine Woche Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung erhielt vor der Strafkammer des Landgerichts Mülhausen i. G. als Berufungsinstant der Gauleiter Bäcker des Deutschen Gemeindearbeiterverbandes in Straßburg. Das Vergehen soll in einem von Bäcker in der „Mülhauser Volkszeitung“ veröffentlichten Situationsbericht über einen im Februar d. J. stattgefundenen Streik von Elektricitätsarbeitern bei den ober-schlesischen Kraftwerken in Mülhausen i. G. liegen. Das Schöffengericht hatte auf drei Tage Gefängnis erkannt, gegen welches Urteil sowohl der Staatsanwalt wie der Verurteilte Berufung an die Strafkammer eingelegt hatten.

Strafangelegenheit der Ehefrau?

Durch § 139 des Strafgesetzbuchs ist mit Gefängnis bedroht, wer von dem Vorhaben eines Hochverrats, Landesverrats, Münzverbrechens, Mordes, Raubes, Menschenraubes oder eines gemeingefährlichen Verbrechens (Brandstiftung, vorsätzliche Ueberschwendung mit gemeiner Gefahr für Menschenleben oder Eigentum, vorsätzliche Gefährdung von Eisenbahnen oder Eisenbahnanlagen, vorsätzliche Zerstörung von Schiffen, vorsätzliche Strandung, Brunnenvergiftung und dergl.) zu einer Zeit, in welcher die Verhütung des Verbrechens möglich ist, glaubhafte Kenntnis erhält und es unterläßt, hiervon der Polizeibehörde oder der durch das Verbrechen bedrohten Person zur rechten Zeit Anzeige zu machen. Das Schwurgericht in Göttingen hatte die Ehefrau eines wegen Brandstiftung verurteilten Mannes auf Grund dieses Paragraphen verurteilt. Das Reichsgericht verwarf am Montag die Revision und erkannte dadurch, daß die Denunziationspflicht aus § 139 St.G.B. auch für die Ehefrau ihrem Manne gegenüber besteht.

Aus der Frauenbewegung.

Ein Gebet streikender Arbeiterinnen.

In einer Niederfabrik von Kalmazoo (Michigan in Nordamerika) traten, wie das Gewerkschaftsorgan der Textilarbeiter berichtet, 350 Mädchen vor einigen Wochen in den Streik, weil sie bei den Hungerlöhnen, die dort gezahlt werden, nicht existieren können. Sie verlangten eine bescheidene Lohnerhöhung und eine menschenwürdige Behandlung, wurden aber vom Fabrikanten abgelehnt. Die streikenden Mädchen stellten dann Streikposten auf, um die arbeitswilligen Arbeiterinnen, die der Fabrikant angestellt hatte, durch gütliche Ueberredung vom Streikbruch abzuhalten. Die Streikposten wurden verhaftet und von einem Richter zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt. In ihrer Not wandten sich die Mädchen an den lieben Gott im Himmel, damit er die Streikbrecherinnen befehle und den Fabrikanten bestrafe. Josephine Casan, Führerin der streikenden Mädchen, versuchte ein Notgebet für ihre Kolleginnen, das diese in der Nähe der Niederfabrik dreimal täglich verrichteten. Es heißt darin:

„Unser lieber Vater, unser guter Gott, der du so barmherzig bist und gefast hast, „wer bittet, dem wird gegeben“, wir bitten dich demütig, daß du uns bessere Löhne verschaffst, damit wir uns halbwegs anständig kleiden und ernähren können. Unser Arbeitgeber ist zwar sehr reich, weigert sich aber, unsere Bitten zu erfüllen und hat die Hilfe der Polizei angerufen, um uns vollständig zu erdrücken. . . . Beschütze unsere Streikposten, welche von gottvergessenen, herzlosen Polizisten brutal angegriffen wurden. . . . Wir haben uns an die Pastoren, an die Presse und an das Publikum gewandt, aber sie haben uns nicht geholfen. . . . Segne unsere Union, damit sie stark wird und wir in den Stand gesetzt werden, den herzlosen Arbeitgebern Widerstand zu leisten und wir uns nicht immer an dich um Hilfe wenden müssen. Du siehst unsere kleinen Kinder hilflos und leidend und du siehst die streikenden Mädchen, welche die Sünde hoffen und doch durch die Armut gezwungen werden, zu sündigen. . . . Unsere Arbeitgeber sind so herzlos und profitgierig, wie die Buhener, die du aus dem Tempel getrieben hast, und unsere Richter und Polizisten sind so grausam wie Pilatus, Herodes und ihre Schergen. Herr, verlasse uns nicht!“

So weit das Gebet. Die Anspielung auf die Sünde ist wohl so zu verstehen, daß viele Mädchen dem Vorgefetzten zu Willen sein müssen oder weil der Verdienst so gering ist, ihren Leib an andere Männer, die sie nicht lieben, verkaufen müssen.

Das Gebet scheint zwar nicht erhört worden zu sein, denn die Arbeiterinnen sandten Vertrauenspersonen nach Detroit und anderen Städten Michigans, um Gelder für Streikunterstützung zu sammeln. Dieser Schritt hatte mehr Erfolg als das dreimal täglich zu Gott in den Himmel gesandte Gebet.

Immerhin empfehlen wir unseren „christlich“ Organisierten eine gleiche Verurteilung der Arbeitgeber, Streikbrecherinnen und Polizisten.

Aus aller Welt.

Der nationale Hungerstreik der Frauen.

Freiwilliger Hungerstreik oder politische Freiheit ist das neueste Losungswort, das, wie bereits kurz gemeldet wurde, die englischen Suffragetten geprägt haben, um ihren Stimmrechtsforderungen erhöhten Reiz zu geben. Wenn es nach dem Wunsch und Willen von Miss Mary Gathorpe, der Führerin in diesem Hungerstreik zur Erzwingung des Frauenstimmrechts, geht, sollen am ersten Weihnachtstages nach dem letzten Schlage der Mitternachtsstunde in ganz England die politisch mündigen Frauen zum Zeichen des Protestes gegen ihre Unterdrücker die Ehearbeit einstellen und sie nicht eher wieder aufnehmen, bis ihnen ihr Recht geworden ist. Miss Gathorpe ist es mit ihrer verrückten Idee, die nur dazu beitragen kann, die Sache der englischen Stimmrechtlerinnen weiter zu kompromittieren, heiliger Ernst, wie der folgende, von ihr veröffentlichte Aufruf beweist:

„Wir stehen am Vorabend einer neuen Parlamentssession. Wenn diesmal unsere Erwartungen wieder getäuscht werden, schlage ich vor, in ganz England einen weiblichen Generalhungerstreik zu inszenieren. Und zwar soll dieser am 25. Dezember um 12 Uhr nachts beginnen. Ich fordere deshalb alle Frauen, denen die Erkämpfung der politischen Freiheit am Herzen liegt, auf, mir unverzüglich ihre Zustimmung zu erklären. Es bedarf zu dem Zweck keiner langen Erweise und Auseinandersetzungen, es genügt die Ueberzeugung einer Postkarte, die am Kopf das Gelübde „Ich verspreche“ und den Namen und die Adresse der Frau trägt, die entschlossen ist, sich dem freiwilligen Hungerstreik zu unterziehen. Besonderen Wert lege ich auf die Beitrittsklärung von Ehefrauen, Schwestern, Müttern und Familienangehörigen von Mitgliedern des Parlaments und der Regierung, von Bekannten und Freundinnen aller in hoher sozialer Stellung befindlichen Männer, von gesellschaftlich und beruflich angesehenen Suffragetten, von Schriftstellerinnen, Künstlerinnen, Wissenschaftlerinnen und Lehrerinnen. Wenn angefaßt der Einmütigkeit der zum äußersten entschlossenen Frauenwelt das Parlament in seiner ablehnenden Haltung verharrt, wird der Hungerstreik eine Notwendigkeit, und es ist dann eine unabweisbare Pflicht für uns Frauen, den Streik mit Entschlossenheit und mit dem vollen Bewußtsein, daß er für viele von uns den Tod zur Folge haben kann, durchzuführen.“

Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Da bekanntlich nichts so albern ist, daß es nicht begeisterte Anhänger fände, steht zu erwarten, daß auch Miss Gathorpe die Welttrommel nicht umsonst gerührt hat.

Explosionskatastrophe in Mexiko.

Eine verheerende Pulverexplosion meldet der Telegraph aus der Stadt Tampico in Mexiko. In dem Warenhaus der Stadt brach ein Brand aus, der die in einem Speicher aufbewahrten Schießpulverbörräte erfaßte und zur Explosion brachte. Durch die Explosion wurde das Warenhaus vollständig zerstört, über 100 Menschen unter den Trümmern der Wandschichten begraben und etwa ebensoviel durch umherliegende Balken und Steine verletzt. Bisher sind aus den Trümmern 51 Leichen geborgen worden.

Wenn Kinder mit Feuer spielen.

Auf dem Gute Ahrensberg bei Neustrelitz spielten zwei Kinder eines Vorknitters in einer Scheune mit Streichhölzern. Es geriet die Scheune in Brand, wobei das eine vierjährige Kind so schwere Brandwunden erlitt, daß es nach kurzer Zeit im Neustrelitzer Krankenhaus verschied. Auch die Mutter des Kleinen erlitt bei der Rettung ihres Kindes schwere Brandwunden. Ein anderes Brandunglück wird aus Deuthen gemeldet: Während die Frau des Hüttenbeamten Orłowski vom Vorknitter auf dem Markt ihre Einkäufe besorgte, beschäftigte sich in der elterlichen Wohnung die siebenjährige Tochter in der Küche am Herdfeuer. Die Kleider des Kindes gerieten hierbei in Brand und wurde letzteres nur noch als verkohlte Leiche aufgefunden.

Eine mysteriöse Geschichte.

Das rätselhafte Verschwinden zweier Frauen hält seit längerer Zeit schon die Gemüter in der Gegend von Schwaben in Aufregung und beschäftigt gegenwärtig auch den Untersuchungsrichter am Landgericht München I. Danach ist Ende vergangenen Jahres die Schwiegermutter eines in einer Ortschaft am Weißen Schwaben wohnenden Waldarbeiters plötzlich verschwunden. Dieser Tatsache wurde erst keine weitere Bedeutung beigelegt, bis anfangs Februar d. J. auch die Frau des Waldarbeiters, Mutter von fünf Kindern, auf rätselhafte Weise verschwand. Seine nach der Mutter fragenden Kinder soll der Waldarbeiter am ersten Tage damit getröstet haben, daß er sagte, sie sei zur Kirche gegangen; am zweiten Tage soll er ihnen gesagt haben, die Mutter sei zu Verwandten nach Passau. Kurz, die Mutter blieb verschwunden. Das gab der Frau allerlei Stoff zu Ratmachungen, die sich schließlich zu direkten Anschuldigungen verdichteten. Nun kam der Waldarbeiter im Wirtshaus mit einigen Bauern in Streit, wobei ihm ein Götter jurist: „Sei stad, ich weiß, wo 'Dei Alte ist!“ Der Waldarbeiter entsetzte sich aus der Wirtshaus, und als später auch der Götter den Heimweg antrat, wurde plötzlich in stockfinsterner Nacht ein Revolverknall auf ihn abgegeben, der den Götter nur leicht verletzte. Dieser hielt den Angreifer fest und leuchtete ihm mit einem Streichholz ins Gesicht. Er erkannte nicht wenig, als er in dem Revolvergehenden den Waldarbeiter erkannte, mit dem er vorher in Streit geraten war. Obwohl ihn der Götter genau erkannte, leugnete der Waldarbeiter am anderen Tage dem recherchierenden Gendarmen gegenüber, auf den Götter einen Schuß abgegeben zu haben. Der Waldarbeiter wurde wegen eines Verbrechens des Totschlags verhaftet und stellte nach wie vor hartnäckig in Abrede, auf den Götter geschossen zu haben. Dieses Zeugnis kommt den Behörden verdächtig vor, weshalb vermutet wird, daß der Waldarbeiter Frau und Schwiegermutter gewaltsam beseitigt, die Leichen eventuell vergraben hat und daß der Waldarbeiter auch den Götter, in dem er einen unbequemen Zeugen vermutete, durch seinen Angriff beseitigen wollte. Auf Anordnung des Untersuchungsrichters wird in den nächsten Tagen das Terrain, insbesondere die umliegenden Wälder mit Hundshunden abgesehen.

Kleine Notizen.

Bei der Arbeit erstickt. Auf der Zementfabrik in Neubulm (Westfalen) sind zwei italienische Arbeiter, die an der Erweiterung eines Kellerraumes vier Meter tief unter der Erde beschäftigt waren, durch Einatmen von Erdgasen erstickt.

Familien-drama. Am Mittwochmorgen hat in seiner Wohnung in Offenbach der Ladiere Adam Zipp auf sein elf Monate altes Kind geschossen und sich dann selbst durch einen Revolverknall entleert. Das Kind wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Als Grund der Tat gibt der Mann in einem hinterlassenen Briefe an, daß er sich von seiner Frau hintergangen fühlte.

Revolte in einem rumänischen Zuchthaus. Im Zuchthaus zu Galatz revoltierten die Sträflinge gegen die Verwaltung. Zur Unterdrückung des Aufstandes wurde Gendarmarie herangezogen. In dem Kampfe zwischen den Gendarmen und Zuchthauslern wurden ein Gendarm und sieben Sträflinge getötet und 17 schwer verletzt.

Folgeschwerer Veräufers. Auf einem Neubau in Buenos Aires stürzte das Baugerüst ein und begrub zahlreiche Arbeiter unter sich. 27 Arbeiter erlitten Verletzungen, zwei davon liegen im Sterben.

Absturz eines russischen Fliegers. In Petersburg stürzte Mittwoch morgens der Aviatiker Rajeowski bei Flugversuchen mit einem neuen Apparate ab. Rajeowski wurde so schwer verletzt, daß sein Zustand hoffnungslos erscheint.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

- Berlin C. O. Hahnisch, Adersstr. 174.
- W. G. Schmidt, Rindbachstr. 14.
- O. R. Hadelbusch, Vierzehnter Platz 4. Gustav Vogel, Roppenstr. 92. R. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120.
- NO. 2. Zucht, Zimmereisenstr. 12. J. Reul, Barnimstr. 42.
- N. 2. Baumann, Heilmannstr. 67. G. Richter, Ballianstr. 6.
- R. W. Mars, Grefenlager Str. 27. J. Hahnisch, Regardstr. 49.
- S. Vogel, Lortzingstr. 37.
- H. Tietz, Invalidenstr. 124.
- S. Dehann, Rubeplatzstr. 24.
- NW. Karl Anders, Salzweberstr. 8.
- SW. G. Werner, Neuenaustr. 72. Dachs, Gabelberger Str. 27.
- S. St. Frit, Pringelstr. 31. G. Lehmann, Kottbuser Damm 8.
- SO. Paul Böhm, Lankner Weg 14/15. V. Horich, Engelstr. 15.
- Adlershof. Karl Schwarzkopf, Bismarckstr. 50.
- Baumgartenweg. G. Forst, Marienbaderstr. 13. L. Horschwald, Paul Riensch, Rindbachstr. 10.
- Charlottenburg. Gustav Schwarberg, Seidenheimer Str. 1.
- Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 13.
- Grünau. Franz Klein, Friedhofstr. 10.
- Johannisthal. Weidke, Rother-Waldem-Platz 6.
- Karlshorst. Richard Ritter, Adelsstr. 9. H.
- Köpenick. Emil Wähler, Regerstr. 6. Laden.
- Lichtenberg. Otto Seiffel, Hartenbergerstr. 1.
- Nieder-Schöneweide. W. Haruh, Bräunerstr. 10.
- Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedhofstr. 7.
- Ober-Schöneweide. Alfred Sauer, Wilhelmshofstr. 17 II.
- Pankow. Otto Rißmann, Wahlenstr. 30.
- Reinickendorf. W. Gursch, Pringelstr. 56. Laden.
- Neukölln. W. Heinrich, Redarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.
- G. Rohr, Siegfriedstr. 28/29.
- Rummelsburg. A. Rosenkranz, III-Borsigstr. 56.
- Schöneberg. Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
- Spandau. Köppen, Breitestr. 64.
- Steglitz. G. Bernsee, Altenstr. 5.
- Tempelhof. Joh. Strohm, Borsigstr. 62.
- Troptow. Robert Gramenz, Rindbachstr. 412. Laden.
- Wilhelmssee. Rudmann, Sedanstr. 103. Schillerstr. Berliner Allee 253.
- Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilmersdorf 27.

Druckerei u. Verlagshaus Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Die Berliner Parteigenossen zum Parteitage.

Erster Wahlkreis.

Die Generalversammlung des Wahlvereins für den ersten Berliner Reichstagswahlkreis fand in den Corona-Festsaal, Kommandantenstraße 104. Der Vorsitzende Schwabedahl gab dem Genossen Petermann sofort das Wort zum

Bericht vom Parteitage.

Mit großer Befriedigung sprach sich der Redner über den Verlauf des Parteitages aus, der alle Hoffnungen erfüllt habe, die die Partei auf ihn setzen konnte. Eine innere Förderung und Erhellung sowie eine Erhöhung der Stimmkraft nach außen sei der Partei um so nötiger, als die Verhärtung der Klassenverhältnisse und die mannigfaltigen Erscheinungen der kapitalistischen Entwicklung die Macht der arbeitenden Klasse immer mehr herausfordern. Stark und gerüstet stehe die Partei da, um allen Widerstrebungen zu begegnen, das habe auch der jüngste Parteitag wieder gezeigt. — Auf die einzelnen Punkte der Tagesordnung übergehend, schilderte Redner den Verlauf der Verhandlungen, wobei er verschiedene große Momente der Tagung hervorhob. So gedachte er mit Wärme der Rede Quas über die furchtbaren Gefahren des Bergbaues, die in einer wichtigen Anklage gegen das Grubenkapital ausfließen, die alle Zuhörer tief ergriffen habe. Mit großem Ernst sei der vorgelegten Protestresolution in dieser Frage zugestimmt worden. Die größte Aufmerksamkeit fand auch Scheidemanns Referat über die Stichwahlen und die Frage der Dämpfung. Die Zuhörerpläne wurden gestärkt, und seiner wurde eintauscht von dieser Rede, die des Interessanten so viel bot und dann die lebhafteste Diskussion hervorrief. — Von Stadthagens Referat über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion war der Redner weniger befriedigt, dagegen sprach er sich sehr begeistert aus über Haases Vortrag, der den Imperialismus behandelte. Hier habe man über ein bekanntes Thema mal wieder etwas anderes, Großes und Neues gehört, als sonst geboten wird. — Auf die Frage der Waisefer ging der Redner dann ein und betonte, daß bei der Abstimmung eine gewisse Verwirrung geherrscht habe und die Aufhebung des Kürnberger Beschlusses viel bedauert wurde. Auf den Fall Hildebrand wollte der Redner nicht eingehen, damit habe sich der Parteitag 1/2 Stunden beschäftigt und man sollte sich bei der getroffenen Entscheidung beruhigen. Die Erklärung im „Vorwärts“ von Krons, Heine und Genossen könne er nicht billigen und verhehe auch nicht, warum Bernstein hier noch besonders seine Stimme erhebt. — Der Parteitag habe alle Kräfte anspannen müssen, um die reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Die den Delegierten zugewiesene Arbeit sei so groß gewesen, daß sie unter anderen Umständen gestreift hätten, aber sie dürften jetzt auch mit Befriedigung auf ihre Arbeit blicken. (Beifall.)

Zu der lebhaft eingehenden

Diskussion

über den Bericht meldete sich zuerst Genosse Abbell, der im Gegensatz zum Referenten betonte, daß man sich noch recht viel mit dem Fall Hildebrand beschäftigen müsse. Der Parteitag habe mit dem Ausschluß Hildebrands ein Unrecht begangen, was hoffentlich der nächste Parteitag wieder gutmachen werde. Bei der Lektüre von Kautskys Artikel zu diesem Fall werde man das Gefühl nicht los, daß etwas faul ist in der Partei. Hildebrand habe die Wahrheit gesucht, man dürfe den Wissensdrang in der Partei, wenn man hier verurteilt. Hildebrands Buch sei den meisten seiner Richter unbekannt gewesen. Der Redner ergeht sich in längerer Betrachtung über das für und wider des Ausschusses und findet dann, daß man Hildebrand überhaupt nicht ausschließen dürfe. Mit Feuer verteidigt er den Ausschluß und ruft zum Schluß begeistert aus: „Die Zweifelsucht und die Kezerei in der Partei, sie sollen leben!“ (Abwehrende Rufe: Na, na, na!)

Genosse Petermann erwidert darauf, daß der Parteitag gar nicht anders konnte, als Hildebrand auszuschließen, da er sich mit seiner Rede vor dem Parteitag selbst außerhalb der Partei gestellt habe. Um das Buch Hildebrands, das der Vortrager vielleicht selber nicht gelesen hat, handelte es sich nicht so sehr, als um die Haltung Hildebrands seit Jahren schon; er gehörte in Wirklichkeit schon lange nicht mehr zur Partei.

Genosse Publiß wendet sich ebenfalls gegen Abbell und gegen die Erklärung von Krons und Heine und hält den Ausschluß für gerecht. Man dürfe erwarten können, daß Hildebrand es überhaupt nicht erst auf den Ausschluß ankommen ließe, sondern freiwillig seine eigenen Wege ginge. Da er nicht ging, hätte der Ausschluß schon viel früher geschehen sollen. Mit den Ergebnissen des Parteitages ist der Redner vielfach sehr unzufrieden. Den Einfluß der Reichstagsfraktion auf Parteitag hätte man unbedingt eindämmen müssen; bei der Stärke unserer Fraktion sei dieser Einfluß zu groß. Der Beschluß betreffend die Waisefer sei bedauerlich. Der Parteitag sei mehrfach um Entscheidungen herumgegangen und hätte manche Ueberraschung gebracht, so in der Frage des Ausschusses, gegen den zuerst so viele Stimmen sich erhoben, dann in der Frage der Dämpfung des Wahlkampfes, gegen die scharfe Proteste auch von anderen Seiten erhoben wurde und nicht nur aus den beteiligten Kreisen, wie häufig behauptet wird. In das viele Lob auf diesen Parteitag kann der Redner nicht einstimmen und wünscht lieber, daß sich weniger „Einigkeit“, aber mehr grundsätzliche Festigkeit gezeigt hätte.

Genosse Samuël bespricht die Parole der „Dämpfung“ und meint, wir hätten etwas zu viel, die Freisinnigen aber etwas zu wenig bei diesem Handel gegeben. In bezug auf die Haltung der Fraktion zum Kaiserhof wünscht er, daß unsere Abgeordneten im Saale bleiben, aber ihre Plätze behalten. Im Fall Hildebrand hält er den Ausschluß für durchaus gerechtfertigt und wendet sich gegen die Äußerungen vom „Rebhergericht“ in der liberalen Presse.

Genosse Lucht fragt: Warum so große Aufregung über den Fall Hildebrand? Wir haben dergleichen schon öfter erlebt, zum Beispiel mit Schippel und Raurenbrecher. Diese Leute sollen ruhig dahingehen, wo sie ihre Meinungen vertreten können, wir hindern sie nicht. Mit dem Parteitag könne man im großen und ganzen zufrieden sein, wenn auch manche Beschlüsse die Kritik herausfordern scheinen, so die Aufhebung des Kürnberger Beschlusses über die Waisefer. Da sei es aber mehr zu bedauern, daß durch das Verhalten vieler Genossen diese Aufhebung gefordert wurde. Die starke Vertretung der Reichstagsfraktion auf den Parteitag hält Redner auch für bedenklich und hätte eine bessere Lösung der Frage gewünscht. Die Maßnahmen des Parteivorstandes im Wahlkampf verteidigt er und stellt schließlich den Antrag, daß der Wahlverein des ersten Kreises sich mit den Beschlüssen des Parteitages im allgemeinen einverstanden erkläre.

Genosse Schwabedahl erinnert an das reichbewegte Parteileben im vergangenen Jahre, auf das der Parteitag zurückblicken konnte, er würdigt das Verhalten des Parteivorstandes, das Anerkennung verdient. Viele Delegierte, die nach dem Parteitag kamen, um dem Vorstand „eins anzuschreiben“, seien „umgekippt“ und hätten sich bald überzeugen lassen, daß der Parteivorstand das Beste getan, was in seiner Kraft stand, daß er sehr geschickt verfahren und Ehre und Ansehen der Partei gewahrt habe. Der Parteitag habe viel gute Arbeit geleistet, und es sei nun Aufgabe der Genossen, den erhaltenen Anregungen nachzugehen. Auf den Fall Hildebrand geht Schwabedahl noch kurz ein, ebenso wie die nachfolgenden Redner Langner und Hegewald, aber außer dem ersten

Diskussionsredner findet Hildebrand keine Verteidiger weiter. Hegewald verteidigt ebenfalls die Parole der Dämpfung im Wahlkampf und hält jede Besorgnis für unbegründet, daß eine Verwirrung in der Partei durch dergleichen Maßnahmen hervorgerufen werden könnte. So schlecht dürfe man die Parteigenossen nicht einschätzen.

Nach einem Schlußwort des Genossen Petermann, der nochmals die reiche und fruchtbare Arbeit des Parteitages hervorhebt, läßt der Vorsitzende über den Antrag Lucht abstimmen. Der Antrag, der die Uebereinstimmung der Versammlung mit den Beschlüssen des Parteitages befundet, wird gegen wenige Stimmen angenommen.

Schwabedahl fordert zum Schluß dazu auf, die Partei in ihrem Vortreiben mit allen Kräften zu unterstützen, wenn es sich in der nächsten Zeit darum handelt, eine mächtige Agitation für die Erreichung des freien Wahlrechts zum preussischen Landtage zu entfalten. (Beifall.) Er macht dann auf Vereindangelegenheiten aufmerksam und hofft auf eine reiche Beteiligung der Mitglieder bei den Veranstaltungen des Wahlvereins.

Zweiter Wahlkreis.

In der Volkbrauerei am Tempelhofer Berg nahm eine schwachbesuchte Versammlung den

Bericht vom Parteitag

entgegen. Als erster Delegierter referierte Schwahn, der eingangs seiner Ausführungen den Wunsch aussprach, daß in Zukunft nicht erst am dritten Dienstag die Berichte über den Parteitag gegeben werden sollten. So wie es jetzt geübt werde, gehe der frische lebendige Eindruck zum großen Teil verloren. Redner gibt eine eingehende Schilderung von der Chemnitzer Tagung. Was die Genossen in Chemnitz bemerkt hätten, sei Paul Singer, an dem wohl alle gedacht haben werden und dessen Wirken auch bei der Leitung des Kongresses gefehlt habe, wemgleich auch diese eine gute war. Die Behörden seien so entgegenkommend gewesen, wie man es in Preußen kaum je erwartet dürfte. Vielleicht hätten die Genossen des zweiten Berliner Reichstagswahlkreises erwartet, daß die drei Delegierten sich auf dem Parteitag auch — etwa durch Neben — bemerkbar machen würden. Dies ginge auf Parteitag jedoch nicht so ohne weiteres, und mit Rücksicht auf die vorliegenden Reden geschulter und bekannter Genossen hätten sie, die drei Delegierten, davon abgesehen, sich an den Debatten zu beteiligen. Die Referate seien darübergut gewesen, besonders der Bericht von Ebert, und es sei kaum zu erwarten, daß die Wirkung und der Eindruck dieser Referate im Protokoll so gut wiedergegeben werden. Bei der Besprechung des Göppinger Falles hält er der Redner für vollkommen ausgeschlossen, daß der Parteivorstand irgend einen Druck ausgeübt habe. Des weiteren meint der Redner, daß die Art, wie der Parteivorstand zu allen Nebenarbeiten Stellung genommen habe, z. B. Frauenbewegung, Jugendbetreuung, zeige, wie viele Arbeit von ihm bewältigt worden sei, und daß er das Bestreben habe, noch intensiver und dieselbiger zu wirken.

Feststellen müsse er, Redner, daß Scheidemann keine Aushereit antisemitischen Charakters getan habe. Wenn das von einzelnen Kongreßteilnehmern angenommen worden ist, so war daran jedenfalls die schlechte Akustik schuld. Was die Dämpfung anbelange, spricht Redner die Hoffnung aus, daß man in Zukunft bessere Wege finden werde. Ob aber in Fällen, wo rasch gehandelt werden muß, ein Weg gefunden wird, der alle befriedigt, sei fraglich. Was den Fall Landsberg anbelangt, so ist dem Genossen Landsberg ungewidmet gesagt worden, daß das nicht wieder vorkommen soll. Uebrigens denke man im Süden über derartige Vorgänge anders als im Norden.

Der Bericht der Reichstagsfraktion durch Stadthagen sei kurz und prägnant, aber auch interessant gewesen. Sonderkonferenzen und Doppelmandidaturen zu verbieten, sei praktisch nicht gut durchführbar, doch habe der Parteitag ausgesprochen, daß es möglichst unterlassen werden sollte. Stadthagen habe ja die Sonderkonferenzen als ein notwendiges Uebel bezeichnet, während nach Wehels Meinung dieselben möglichst zu unterbleiben haben. Die Abstimmung darüber habe beinahe zu Konflikten Anlaß gegeben. Nach dem genauen Wortlaut des Beschlusses darüber heiße es: sie sind zu unterlassen. Zieht man diesen Beschluß in Betracht, dann versteht sich schon Heines Erklärung in der Parteipresse zum Fall Hildebrand dagegen, denn die Sammlung von Unterschriften gehe nicht ohne eine Art von Sonderkonferenz ab. Heines Erklärungen werden noch viel böses Blut machen, und wenn es so weiter gehe, werde der Beschluß wenig Wirkung haben. Zweifellos sei die Erklärung Heines ein großer Verstoß gegen den Chemnitzer Beschluß, der die Sonderkonferenzen verbietet. Die Vorstandstätigkeit habe auch nach der Seite der Frauenbewegung ein erfreuliches Bild gezeigt, besonders, wenn man demgegenüber die Debatten auf dem soeben stattgefundenen fortschrittlichen Parteitag vergleiche. Mit dem Parteivorstand, wie er jetzt zusammengesetzt ist, könnten wir zufrieden sein. Ein ungewöhnlicher Vorgang war es, daß der Parteivorstand fast alle Referate selbst besetzt hat. Das sollten die Genossen, die ihm mangelnde Aktivität vorwerfen, mit Ruhe der Zukunft entgegensehen lassen. (Beifall.)

Hierauf erstattete Becke den zweiten Teil des Berichts. Er glaube, daß die Delegierten des zweiten Kreises im Sinne ihrer Auftraggeber gehandelt haben, indem sie, was die Zulassung der Reichstagsabgeordneten zu den Parteitag anbelangt, für den alten Zustand eingetreten sind. Bei der Waisefer hätten sie alle drei gegen den Antrag auf Aufhebung des Kürnberger Beschlusses gestimmt, hätten es aber nicht verhindern können, daß der Antrag doch angenommen worden ist. Der Beschluß hätte unbedingt beibehalten werden müssen, und man könne sich nur der Erklärung des Hamburger anschließen, daß man nunmehr lieber gar keine Waisefer mehr haben wolle. Er, Redner, wisse nicht, warum die Namen der Abstimmer nicht in der Parteipresse erschienen seien, wo dies doch sonst, z. B. im „Vorwärts“, üblich gewesen sei. Bezüglich Hildebrands Ausschluß ist Redner der Meinung, wenn ein Genosse soweit abweicht vom Parteiprogramm wie Hildebrand, sei es nur recht und billig, wenn er ausgeschlossen werde. Was auf die Aufhebung des Kürnberger Beschlusses könne man mit den Arbeiten des Parteitages zufrieden sein. (Beifall.)

Rapp als erster

Diskussionsredner

bezeichnet den Ausschluß Hildebrands als eine unerfreuliche Erscheinung. Eine Partei, die für Wahrheit und Freiheit kämpfe, hätte doch normalerweise nur dürfen, zumal Hildebrand nur in einzelnen Teilen des Parteiprogramms abweiche. Redner geht des längeren auf die einzelnen strittigen Fragen, insbesondere auf die Agrarfragen, ein, in der wir auch der Weisheit letztem Schluß noch nicht gefunden hätten. Außer Hildebrand seien aber auch noch andere Genossen da, die vom Parteiprogramm abwichen, z. B. Lensch in den Militärfragen. Dieser sei aber nicht ausgeschlossen worden. Es habe kein Grund vorgelegen, Hildebrand auszuschließen, weil er in Fragen, die noch offene seien, zu anderen Voraussetzungen komme. Es habe jeder das Recht, mit geistigen Waffen seine Meinung zu vertreten. (Widerspruch.) Nach Ansicht der Genossen Zeitlin aber gehe die Freiheit der Meinung gerade soweit, wie es der Partei paßt, so ungenügend könne man ihre Ausführungen auf dem Parteitag auslegen. (Lebhafter Widerspruch.) Der Weg, den die Partei im Hildebrand sehen solle eingeschlagen haben, führe auf die schiefe Ebene. Es zeige sich aber

doch, daß die Partei seit Jahrzehnten nach und nach immer mehr zum praktischen Reformwert übergegangen sei. (Unruhe und Rufe: „Die Partei hat immer praktisch gearbeitet!“) Auch das Stichwahlabkommen sei ein Schritt auf dem Wege zum Reformismus. Redner spricht unter großer Unruhe weiter. Der Ausschluß Hildebrand werde auf die zurückfallen, die dafür eingetreten sind. (Widerspruch und Beifall.)

Clajus führt den schlechten Besuch der Versammlung auf die am Tage vorher stattfindenden Jahrlabende zurück. Man solle künftig den Fehler nicht mehr machen, die Verichterstattung vor einen Jahrlabend zu setzen. Dem Parteitag habe der geschlossene Zug und der kraftvolle Ausdruck des Volkswillens gefehlt. (Rufe: Sehr richtig.) Scheidemanns Rede über die Lebensmittelsteuer sei gut gewesen; aber es hätte noch etwas Einbrudwolleres und Größeres gemacht werden müssen in dieser Frage. Resolutionen rühren die Regierung wenig. (Zuruf: Was hätte denn gemacht werden sollen?) Es sei nicht zu verkennen, daß die Delegierten trotz allem nicht mit der Dämpfung des Wahlkampfes einverstanden gewesen seien. Da der Parteivorstand aber sonst gut gearbeitet habe, so habe man wohl Abstand davon genommen, später vorzugehen. Mit der Dämpfung sei unsere alte Politik preisgegeben worden. Der Freisinn habe bei der Sache mehr gewonnen als wir. Hätten wir die Dämpfung nicht mitgemacht, so hätten wir jetzt vielleicht zehn Mann weniger im Reichstage, und das würde unseren Einfluß dort nicht schwächen machen. In der Angelegenheit Hildebrand habe der Parteitag richtig gehandelt. Wer das Parteiprogramm nicht anerkennen könne oder wolle, sollte von selbst ausscheiden. Was die Aufhebung des Kürnberger Beschlusses betrifft, sei es geradezu ein Skandal, daß Leute, die nicht einmal das kleine Opfer bringen wollen, noch heute in der Partei sind. Der Kürnberger Beschluß müsse wiederkommen. (Beifall.)

Stadthagen stimmt dem letzten Redner insofern zu, daß dem Parteitag tatsächlich der große, fortreichende Zug gefehlt habe. Das habe aber auch an der ganzen Art des Parteitages gelegen, mit dem man immerhin zufrieden sein könne. Es sei aber auch nicht zu verkennen, daß man in vielen Fragen ein Ausweichen geübt habe, vielleicht, weil manche Kreise sich immer von dem Gedanken leiten ließen: nur keine Aufregung, nur keinen Spektakel. Aus dem immerwährenden Bestreben, jeder hat eine Entscheidung auszuweichen, entspringt die Inaktivität. Seiner Meinung nach sei die übergroße Mehrheit der Delegierten gegen die Dämpfung gewesen; man habe nur keine Differenzen heraufbeschwören wollen und sich von dem Bestreben leiten lassen, ein Bild der Einigkeit zu geben. Nach Redners Meinung wäre es aber besser gewesen, wenn man klipp und klar erklärt hätte: entweder wir bebauen die Dämpfung oder wir billigen sie. Das Ausweichen sei auch bei der Reorganisation festzustellen gewesen. Streitigkeiten werden unter den jetzigen Organisationsverhältnissen wiederkehren. Man hätte schon jetzt mit der Demokratisierung innerhalb der Organisation weiter gehen sollen. Er bedauere auch den Beschluß bezüglich der Waisefer. Die Gründe dafür und dagegen seien verschieden gewesen. Er habe ja auch für Aufrechterhaltung des Beschlusses gestimmt; viele aber seien für Aufhebung desselben eingetreten, weil sie die ewigen Streitigkeiten satt hätten. Es sei unerschwinglich, daß es Genossen gebe, die nicht einmal das kleine Opfer bringen wollten. Das imperialistische Stadium der kapitalistischen Entwicklung mache eine Ausdehnung des Waisefergedankens besonders nötig. Der Imperialismus sei der wesentlichste Punkt der Tagesordnung gewesen, die unter der Ueberlastung gelitten habe. Was den Fall Hildebrand anbelangt, so soll ihm die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung nicht genommen werden; wer aber die Grundzüge einer Partei nicht anerkenne, gehöre nicht hinein. Redner verliest Zitate von Gerlach aus der „Welt am Montag“ und aus der „Deutschen Tageszeitung“, die dasselbe aussprechen. Friedberg sei ein prächtiger Mensch und habe als Mitglied außerordentlich fleißig für die Partei gearbeitet, und wurde doch auch ausgeschlossen. Das habe mit der Freiheit der Wissenschaft nichts zu tun. Eine ungewöhnliche Sache sei die Erklärung gegen den Ausschluß, die gerade von einer Seite käme, welche gegen die Sonderkonferenzen der Radikalen gewesen sei, und die jetzt selber Sonderorganisation mache. Uebrigens sei die Frage mit den Sonderkonferenzen übertrieben aufgeschaukelt worden. Wenn sich Sonderkonferenzen als notwendig herausstellen sollten, wird der Parteitag auch in Zukunft nichts dagegen sagen; aber hier hätte dem Wunsche des Parteitages Rechnung getragen werden müssen. Er bedauere, daß der Parteitag überhaupt Stellung genommen habe zu den Sonderkonferenzen. Auch hier wieder das alte Ausweichen: wir werden keine Sonderkonferenzen mehr abhalten und dann folgt gleich hinterher eine Sonderorganisation. Der Parteitag habe entschieden, daß Hildebrand kein Sozialdemokrat ist, und so sei es geradezu provozierend, wenn Genossen zu Hildebrand sagen, er könne sich nach wie vor Sozialdemokrat nennen. Hildebrand ist der alte nationalsozialistische Imperialist geblieben. Der Imperialismus muß noch viel besprochen werden, und gerade hier müssen wir die Geschlossenheit der Partei unbedingt hochhalten im Kampf gegen den Imperialismus in seinen Wirkungen nach außen wie nach innen. Wenn es sich zeigen sollte, daß die alten Mittel nicht mehr wirksam und neue nötig sind, so werden sich auch andere finden. (Lebhaft Zustimmung und Beifall.)

Hierauf nahm der Vertreter des zweiten Berliner Reichstagswahlkreises M. Fischer das Wort, indem er bedauerte, daß es notwendig gewesen sei, Hildebrand auszuschließen, weil dadurch leicht der Anschein erweckt werden könne, als sei jener wegen seiner wissenschaftlichen Forschungen ausgeschlossen worden, was aber durchaus nicht zuträfe. Hildebrand hätte von selbst gehen müssen. Es haben Schiedsgerichte stattgefunden, und was man auch gegen dieselben einwende, daß nur eine Stimme mehr gewesen sei, so würden die Abstimmungen häufig so erfolgen, weil ja stets zwei Parteien mit drei gegen drei Stimmen stehen. Die Partei sei kein Klub, sondern eine Kampfgenossenschaft und wer damit nicht übereinstimme, müsse eben gehen oder ausgeschlossen werden. Alle Vergleiche mit Staat und Kirche usw. stimmten nicht und hinken. Ohne Hildebrand nachzutreten, könne man ruhig sagen, daß er nicht als selbständige wissenschaftliche Autorität anzusehen sei. Tüftler und Poeten usw. gehörten nicht in die Partei. Wir sind eine Kampfgenossenschaft mit einheitlichem Ziel und einheitlichen Mitteln. Wenn ein Regimentsmarschier, habe sich jeder einzunordnen, und zu mühen wir alle mal auch das Maul halten können, und wer es durchaus nicht kann, gehöre nicht in die Partei. Was die Sonderkonferenzen betreffe, so habe der Parteitag ungewidmet den Wunsch ausgesprochen, daß sie zu unterbleiben haben. Und wenn der Parteitag das ausgesprochen, dann lasse man es eben sein. Von Sonderorganisation bei der Erklärung Heines könne dagegen keine Rede sein, da müßte man die Verstrickung der „konkurrenten Handlungen“ noch überdecken. Radikal und revisionistisch sind veraltete Begriffe. Wir wollen alle Genossen sein, das ist was dem Parteitag die Signatur gegeben hat. Vielleicht habe Stadthagen recht, daß die Mehrheit des Parteitages mit der Dämpfung nicht einverstanden war. Aber die Widmühle, in der der Parteivorstand sah, ließ dessen Maßnahmen erklärlich erscheinen. Das haben die Teilnehmer des Parteitages auch wohl eingesehen. Hätte der Parteivorstand anders gehandelt, so wären die Vorwürfe auch nicht ausgeblieben. Der Parteitag hat politische Weisheit genug besessen, um das einzusehen, und hat sich

gefagt: Parteivorstand, du hast im großen und ganzen recht gehandelt.

Die Raiffeiser ist nicht identisch mit dem Nürnberger Beschluß. Wenn die Raiffeiser davon abhängig sein sollte, ob ein Tagesverdienst der in dem Parteibetrieb beschäftigten Arbeiter abgegeben werden muß, so wäre es besser, man machte Schluß damit. Anders stehe es mit den von der Partei Angestellten. Diese sollten ja nach wie vor ihren Verdienst abliefern. Was als unhalbar sich dabei herausgestellt hat und was auch er, Redner, eingesehen hat, ist der Umstand, daß der Beschluß nicht durchgeführt werden konnte, weil alle Jahre Heineke Streitigkeiten darum entstehen und keine Instanz da sei, die dem Beschluß durchzuführen könne. Er als Geschäftsführer habe noch nie den Versuch unternommen, von Heineke wegen zu seinem Personal wegen des Nürnberger Beschlusses etwas zu sagen, denn die Antwort würde sicher lauten: „Was geht denn dich das an?“ und schließlich würden die Leute mit ihrer Antwort auch recht haben. Angeht es all dieser widrigen Umstände sei die Aufhebung des Beschlusses ein ganz vernünftiger Akt gewesen. Mit der Frage der Arbeitsruhe hätten diese Beschlüsse nichts zu tun. Wenn nicht die Gewerkschaften Hand in Hand mit der Partei gingen, seien die Parteibeschlüsse tote Beschlüsse und eine allgemeine Raiffeiser sei da nicht möglich. Und er, Redner, fürchte, daß sie überhaupt nicht mehr komme. Es hänge auch nicht viel daran, daß gebe man ruhig zu; zumal, wenn die Raiffeiser sein Echo mehr aus den Gewerkschaften finde. Die Raiffeiser habe ihren Zweck erfüllt und damit sei es gut. Wir wollen gemeinsam kämpfen, doch nicht einander gegenüberstehen in Fragen, über die man nach Jahrzehnten nicht mehr reden wird. (Lebhafter Beifall.)

Wurm spricht sein Freude aus, daß Fischer so entschieden für Hildebrand's Ausschluß eingetreten ist, und er wünsche, daß auch die Mehrheit so entschieden für die eingebrachte Resolution einträte und zum Ausdruck bringen würde, daß wir nicht ein Reperiergericht abgeben, sondern einen Schlichter aus der Partei ausschließen haben, dessen Theorie dem Parteiprogramm geradezu ins Gesicht schlägt.

Die nachfolgende Abstimmung ergab die Annahme der Resolution, die hier folgt, gegen drei Stimmen:

Die heute in der Vor-Bräuerlei tagende Generalversammlung erklärt sich mit der Haltung ihrer Delegierten auf dem Parteitag in Chemnitz einverstanden. Insbesondere hält sie die Entscheidung im Falle Gerhard Hildebrand für die einzig richtige und mögliche und erwartet, daß derartige Kundgebungen gegen einen Beschluß des Parteitages, wie die in der letzten Sonntagsnummer des „Vorwärts“ veröffentlichte, sich in Zukunft nicht wiederholen werden.

Die Generalversammlung für den dritten Wahlkreis

tagte im Gewerkschaftshaus.

In die

Berichterstattung vom Parteitag

teilen sich die Delegierten Genosse Venkert und Genossin Wittag.

Genosse Venkert führte u. a. aus: Man könne mit dem Ergebnis, mit den Beschlüssen und Maßnahmen des Parteitages zufrieden sein. Daß unsere internationalen Beziehungen von besten Geiste getragen seien und zu den besten Hoffnungen berechtigten, dafür sprachen die Begrüßungsreden der Vertreter unserer ausländischen Bruderparteien. Zu bebauen sei, daß nach getroffenen Feststellungen Berlin im politischen Organisationsverhältnis (Zahl der Organisierten zur Zahl der Wähler) hinter verschiedenen anderen Bezirken des Reiches zurückbliebe. Da sei es eine energische zu verfolgende Aufgabe der Berliner Genossen, diese Scharte auszuweichen. Redner gab dann eine Uebersicht über die Behandlung und den Ausgang der verschiedenen wichtigen Angelegenheiten, welche den Parteitag beschäftigten. Bei Erörterung der Jugendfrage betonte er, daß es eine erste Pflicht sei, im Interesse der proletarischen Jugendbewegung alles zu tun, daß sie gedeihe und emporblühe. Namentlich müsse man sich vor Augen halten dabei die staatliche Unterstützung der bürgerlichen Jugendbestrebungen. Den Beschlüssen in Sachen der Reorganisation könne man zustimmen. Zum Schluß seines Berichtes gab Redner eine Darstellung der Verhandlungen über das Stichwahlabkommen. Dann forderte er noch einmal zu energischer Organisations- und Agitationsarbeit auf.

Genossin Wittag behandelte die Punkte Vergarbeiterklub, Bericht der Reichstagsfraktion, Sonderkonferenzen, Imperialismus und so weiter. In der Frage der Raiffeiser betonte sie, daß die Delegierten des Kreises selbstverständlich gegen die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses gestimmt hätten. Zusammenfassend bemerkte Redner: Man könne wohl sagen, daß die Arbeit des Parteitages schwierig gewesen sei und unter schwierigen Verhältnissen stattgefunden habe. Jeder habe aber versucht, das Beste herauszuholen im Interesse der Partei. Und sie hoffe, daß die Beratungen und Beschlüsse zum Besten der Partei ausschlagen mögen.

Zur

Diskussion

nahm zunächst Genosse Schmolinsky das Wort. Er erachte den Ausschluß Hildebrands nicht für nötig. Wenn man Artikel Hildebrands in den „Sozialistischen Monatsheften“ nachlese, dann finde man, daß es im wesentlichen nur Nuancen seien, in denen seine Ansichten von manchen Parteiansichten abwichen. Redner verliest Teile aus einem Artikel „Entfaltung der Produktivkräfte“. Wenn man sich auch nicht mit den Ausführungen einverstanden erkläre, könne man doch nicht sagen, daß deshalb dieser Theoretiker ausgeschlossen werden müßte.

Genosse Alfred Fröhlich hätte gewünscht, daß in Sachen des Stichwahlabkommens der Parteitag die Resolution der Generalversammlung von Groß-Berlin angenommen hätte. Aus Liebe zum Parteivorstand sei man zur Tagesordnung übergegangen. Eine gedämpfte Stichwahlaktion sei etwas Unnatürliches. Das habe selbst der Abgeordnete Wiemer von der Freisinnigen Volkspartei gesagt. Der Ausschluß Hildebrands sei auch seiner Meinung nach zu Unrecht erfolgt. Für einen anständigen und theoretisch ernst strebenden Menschen wie Hildebrand müsse in einer Viermillionenpartei Platz sein. Seinen Anschauungen stimme er allerdings nicht zu. Aber soweit müsse in der Partei die Meinungsfreiheit gehen, daß ein Genosse auch andere Wege habe, die zum Ziele führten.

Genossin Wittag: Hildebrand sei eigentlich nie Sozialdemokrat gewesen, sondern nur Forscher. Er habe selber nicht gewußt, wo er hingehöre und erklärt, am meisten ziehe es ihn zur Sozialdemokratie. Gewiß könne Hildebrand Sozialist sein. Damit sei er aber noch nicht Sozialdemokrat. Natürlich habe man nichts gegen seine Person. Und vor jedem gebildeten Forscher hätten wir Respekt und würden ihm keine Vorschriften für seine Forscherthätigkeit machen. Aber Hildebrand habe unter unserer Flagge Schriften herausgegeben, die unsere Ziele auf den Kopf stellten. Wenn man ihn unter diesen Umständen nahelegte, selber auszureiten, dann sei das sehr taftvoll gewesen. Hätte er es getan, dann wäre die Angelegenheit auf die taftvollste Art erledigt worden. Durch den Ausschluß, der durchaus notwendig gewesen, habe man nur den treffen wollen, der sich Sozialdemokrat nannte, der aber die Grundzüge der Partei nicht anerkannte.

Genosse Justin Braun: Der teilweise vorgelesene Artikel Hildebrands könne nicht maßgebend sein bei Beurteilung des Falles Hildebrand. Es kämen Gegenfälle zu den verschiedensten grundsätzlichen Anschauungen der Partei in Betracht, so in Bezug auf die Agrarfrage, die Kolonialfrage, die Küstungsfrage. Auf das Entscheidende zu verurteilen sei das Vorgehen der Genossen, welche die Erklärung gegen den Ausschluß Hildebrands unterzeichnet hätten. Kaum habe der Parteitag mit einer Viermillionenpartei entschieden, da kämen eine Anzahl Genossen, darunter Reichstagsabgeordnete, her und erklärten, es sei Unrecht und der Beschluß müßte auf dem nächsten Parteitag wieder aufgehoben

werden. Gegen solches Vorgehen müsse protestiert werden. Ein großer Fehler sei es, daß der Parteitag den Nürnberger Beschluß in Sachen der Beiträge für den Reichstag wieder aufgehoben habe. Redner verurteilt das Verhalten derer, die durch Verweigerung der Beiträge im Sinne des Nürnberger Beschlusses die Grundlage für die jegliche Aufhebung geschaffen hätten.

Genosse Venkert (der Delegierte): Daß es hier keine Freude auslösen würde, daß der Parteitag das Stichwahlabkommen gebilligt habe, das habe er sich gleich gedacht. Aber der Parteivorstand und jetzt auch der Parteitag seien mit Recht davon ausgegangen, daß die Masse der Wähler, die der Graumesser für die Werbekraft der Partei seien, auch eine entsprechende Vertretung im Reichstag haben müsse. Dahin zu wirken, sei die Partei beim ihre Vertretung verpflichtet gewesen. In der gegebenen Situation war das aber nicht anders denkbar als durch den Abschluß des Stichwahlabkommens mit der Freisinnigen Partei. So habe man das Abkommen billigen müssen. Sonst hätten wir gegen unsere Anschauung verstoßen, daß wir im Parlament vertreten sein und tätig sein wollen.

Genosse Alboldt ist auch der Meinung, daß man im großen und ganzen mit dem Resultat des Parteitages zufrieden sein könne. Das Vorgehen der Göttinger bei Gründung der nicht lebensfähigen Zeitung findet Redner geradezu frevelhaft. Er hätte gewünscht, daß man das auf dem Parteitag treffend gekennzeichnete „Dreimänner-Kollegium“ ausgeschlossen hätte. Daß man den Nürnberger Beschluß, Reichstagsbeiträge betreffend, in der fraglichen Form aufgehoben habe, begrüße er. Er habe infolge des Herausgreifens bestimmter Kategorien ungerührt gewirkt. Gerechtere es, zu bestimmten Beiträgen alle zu verpflichten, nicht aber Sonderverpflichtungen zu schaffen.

Genosse Girschfeld: Er glaube, die ganze Diskussion in der Ausschlußfrage Hildebrand sehe nicht auf der Höhe. Nach seiner Ansicht habe man auf beiden Seiten prompt vorbeigekommen. Selbstverständlich könne es Fälle geben, wo die Ansichten eines Mannes soweit abweichen von denen der Partei, daß man ihn ausschließen müsse. Was Hildebrand, nach einem Artikel Kautskys in der „Neuen Zeit“, in einer zweiten Schrift entwickelt habe, daß nämlich Italien und Deutschland sich in die Kolonien der jetzigen portugiesischen Republik teilen sollten, das scheine Redner allerdings soweit zu geben, daß es Hildebrands Verbleiben in der Partei nicht mehr möglich machen würde. Aber dieses Buch sei, soviel er wisse, in der ganzen Diskussion auf dem Parteitag nicht erwähnt worden. Rückwirkende Kraft in dem Sinne, daß dadurch nachträglich der Ausschlußbeschluß gerechtfertigt würde, könne man deshalb dieser Schrift nicht beilegen. Nach dem, was er von dem ersten Buch wisse, könne Redner nicht sagen, ob danach der Ausschluß hätte erfolgen müssen. Es sei ihm zweifelhaft. Was den bei Behandlung der Sache jetzt mehrfach herangezogenen Fall Friedberg angehe, so könne er als Teilnehmer an dem damaligen einstimmigen Beschluß sagen, daß Friedberg ausdrücklich erklärt habe, er werde trotz des gegenteiligen Parteitagbeschlusses nicht an der Landtagswahl sich beteiligen, sondern zu der Zeit an einer antimilitaristischen Demonstration in der Schweiz — die nicht von Sozialdemokraten ausging und antiparlamentarisch war — teilnehmen. Weiter habe Friedberg erklärt, er wisse, daß er es aber auf eine prinzipielle Entscheidung ankommen lassen wolle. Die Dinge hätten also da anders gelegen wie jetzt. — Dagegen müsse er sich verwahren, daß die Genossen auf der äußersten Linken schlechter fahren bei Nachprüfung der Zugehörigkeit zur Partei. Niemand sei feinerzeit von den „Jungen“ (unabhängigen) mehr angegriffen worden als v. Kollmar, und doch habe Kollmar gegen ihren Ausschluß gestimmt. Das Stichwahlabkommen sei gar nicht anders möglich gewesen. Er sei allerdings der Meinung, es wäre konsequenter gewesen, statt der in der „Dämpfung“ liegenden verächtlichen Zurückziehung der Kandidaten eine direkte Zurückziehung einzutreten zu lassen. Die übertriebene But auf Sonderkonferenzen könne Redner nicht teilen. Warum sollten sich nicht eine Anzahl Genossen über gewisse Fragen verständigen dürfen? Sehr bedenklich würde es dagegen sein, wenn sogenannte Sonderkonferenzen die in ihnen enthaltene Minderheit durch Zwangsmittel irgend einer Art binden wollten, in bestimmter Richtung zu handeln oder zu stimmen. Für eine solche Annahme habe aber hinsichtlich der Eisenacher Konferenz keinerlei Anhalt vorgelegen. Die Raiffeiserfrage hält Redner für verfahren. Im Prinzip stehe er vollständig auf dem von Braun vertretenen Standpunkt. Auch er empfinde es unerhört, daß Genossen in dauernden guten Stellungen sich geweigert hätten, nach dem Nürnberger Beschluß zu handeln. Inzwischen ist folgende Resolution eingegangen:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Arbeiten des Parteitages zufrieden, auch im Falle Hildebrand. Auf's schärfste verurteilt jedoch die Anwesenheit die Haltung derjenigen Genossen, die sofort nach dem Urteilspruch wieder für Hildebrand Partei ergriffen haben.“

Genosse Braun hebt noch in einer Erwiderung hervor, daß Friedberg lediglich wegen seines antiparlamentarischen Standpunktes ausgeschlossen worden sei, während gegen Hildebrand seine Stellungnahme in einer Reihe von Fragen (Küstungsfrage, Agrarfrage, Kolonialfrage).

Genosse Schmolinsky erklärt, daß er nach dem, was er aus Girschfelds Ausführungen von dem zweiten Wache Hildebrands gehört habe, sich nicht mehr für ihn erwärmen könne. Er beantragt aber, den Teil der Resolution getrennt abzustimmen, welcher das Tadelvotum für die Genossen enthalte, welche nach dem Parteitag die Erklärung in Sachen Hildebrand veröffentlicht haben. Diesem Tadelvotum würde mancher nicht zustimmen können.

Auf Wunsch der Versammlung wird aber über die ganze Resolution einheitlich abgestimmt.

Die Resolution wird gegen etwa zehn Stimmen angenommen.

In einer längeren, zum Teil sehr lebhaften Behandlung, die sich bis gegen 1 Uhr hinzog, wurde dann eine Angelegenheit erledigt, die in den letzten Monaten die Gemüter der Genossen im Kreise stark erregt hatte. Es handelte sich um eine

Differenz zwischen dem Vorstände und den Funktionären der dritten Abteilung.

Ihren Ausgangspunkt hatte die Differenz darin, daß im Sommer 14 Bezirksführer von ihrem Amt zurückgetreten waren, um nicht gebunden zu sein in ihrer Stellungnahme zu einem einer Generalversammlung vorliegenden Antrage, der abzielte auf Aufhebung eines früheren Beschlusses. Nach diesem früheren Beschlusse waren die Bezirksführer für ihre Stellungnahme in Generalversammlungen gebunden an die Beschlüsse der Bezirksführerkonferenz in den in Betracht kommenden Angelegenheiten. Im Anschluß an die Amtsniederlegung erfolgte die Einsetzung anderer Bezirksführer durch den Vorstand und die Uebernahme der Abteilung durch einen anderen vom Vorstand bestimmten und später sachungsmäßig bekräftigten Abteilungsführer. Um die Erledigung der mit diesem Vorgehen zusammenhängenden Differenzen handelte es sich nun jetzt.

Nach langer Debatte wurde mit 170 gegen 85 Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Die Generalversammlung erkennt das Vorgehen des Vorstandes in Sachen der dritten Abteilung als vollständig korrekt an und erwartet nunmehr, daß die die Partei schädigenden Streitigkeiten endlich einmal aufhören werden. Die Generalversammlung erwartet ferner von den Genossen und Genossinnen, daß sie sich zu gemeinsamer Parteiarbeit zusammenfinden werden.“

Es folgten dann eine Reihe von Erklärungen. Danach soll sich die weitere, den Ausgleich bringende Erledigung der Angelegenheit so vollziehen: Der jetzige Abteilungsführer der dritten Abteilung bleibt bis auf weiteres im Amt. Im Jahlabend (am 9. Oktober) wählen die fraglichen Bezirke aus ihrer Mitte an Stelle der vom Vorstand eingesetzten Bezirksführer neue Bezirksführer. Die meisten

der früheren Bezirksführer, die gemeinschaftlich ihr Amt niedergelegt haben, verzichten auf eine Neuwahl.

Der Vorsitzende Genosse Pohl sprach die Hoffnung aus, daß nunmehr wieder Ruhe und Frieden einkehren werde.

Der vierte Wahlkreis

veranzialisierte zwecks Stellungnahme zum Parteitag eine Reihe von Viertelversammlungen.

Zu

Wörlicher Viertel

hatte Genossin Frieda Buss die Berichterstattung übernommen. Zunächst stellte sie fest, daß die Hoffnungen auf Zerstückelung in unseren Reihen sich nicht erfüllt haben, um dann in einstündiger rein objektiver Rede die bedeutendsten Punkte der Tagesordnung des Parteitages einer besonderen Würdigung zu unterziehen. Sie schloß mit den Worten, daß die Delegierten mit dem Gefühl zu Hause gefahren sind, gute Arbeit geleistet zu haben. Aufgabe der Versammelten ist es, die Beschlüsse des Parteitages zu den ihrigen zu machen, womit sie freudige Zustimmung hervorrief. In der Diskussion war Genosse Adam mit der Lösung des Stichwahlabkommens, der Raiffeiserfrage, insbesondere des Falles Hildebrand nicht zufrieden. Ihm traten die Genossen Keese und Wäde entgegen, die auch die Zustimmung der Versammlung fanden. Genossin Buss konnte nachdem in ihrem Schlusswort konstatierten, daß wohl Einmütigkeit über diesen Parteitag vorhanden ist.

Unter Verschiedenes wurde ein Antrag der Kinderhülfskommission, die nächste Generalversammlung wolle beschließen, der Obmann derselben im engeren Vorstand Sitz und Stimme zu gewähren, nachdem er von der Genossin Pöhl begründet und von den Genossen Keese und Kintorf bekämpft worden war, abgelehnt.

Ferner wurde ein Antrag des 200. Bezirks Teil II, vom Genossen Tschermak begründet, dahin zu wirken, daß bei Teuerungssammlungen Zellerammlungen unterbleiben, angenommen.

Eine Resolution des Genossen Koller, die energisch schon jetzt die Schaffung eines Kreisbildungsausschusses fordert, wurde nach Unterstützung durch Genossen Kintorf einstimmig angenommen.

Für das

Röpenider Viertel

fand die Versammlung in „Süd-Ost“, Waldemarstraße, statt. Den Bericht gab der Genosse Oskar Jensch. Er führte ungefähr folgendes aus: Die sozialdemokratische Partei ist eine Organisation, die einzig besteht in der Geschichte des Menschengeschlechts. Unsere 970 000 Mitglieder sind ein Beweis für die Werbekraft der Partei. Die gewaltigen Mittel, um die uns die bürgerlichen Parteien beneiden, haben ebenfalls bewiesen, was für eine gewaltige Stöckkraft unsere Partei besitzt. Auf den Göttinger Fall will Redner nicht weiter eingehen, er bedauert ihn bloß. Das Stichwahlabkommen, das der Parteivorstand getroffen hatte und das jetzt den Parteitag beschäftigte, billigt er. Ist es doch dadurch möglich geworden, im Reichstage die Schutzvollmehrheit, die dem Bolke so kolossale Lasten auferlegte, zu sprengen. Trotzdem habe er, gebunden durch die vom Kreis angenommene Resolution, dagegen gestimmt. In Bezug auf die Sonderkonferenzen könne man mit der Lösung, die diese Angelegenheit gefunden, zufrieden sein. Die Rede des Genossen Haase über die Frage des Imperialismus war ein Mahnruf, auf den Imperialismus mit seinen Kriegsgefahren ein wachsameres Auge zu haben. Redner bedauert die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses zur Raiffeiser, er sei bei der Abstimmung in der Minderheit geblieben. Den Beschluß über den Ausschluß des Genossen Hildebrand habe auf dem Parteitage eine große Mehrheit gefasst. Eine ehrliche Ueberzeugung habe ihn zustande gebracht. Ein Mensch, der unsere Forderungen nicht anerkennt, hat in der Partei nichts zu suchen. Zum Schluß erwähnte Redner die Uebewesenden, ihre ganze Kraft und ihr ganzes Können in den Dienst der Partei zu stellen, damit wir im nächsten Jahre noch ganz andere Erfolge zu verzeichnen haben.

In der Diskussion bemängelte der Genosse Schiebeler, daß die Jugendbewegung auf dem Parteitage so schlecht weggekommen sei und beantragte folgende Resolution:

„Die Viertelversammlung vom Röpenider Viertel des 4. Berliner Reichstagswahlkreises erwartet vom Vorstände des 4. Kreises Schritte und Maßnahmen, um der unbedingten Notwendigkeit gerecht zu werden, eine Organisation oder Bildungsabteilung für Jugendliche von 18—21 Jahren zu schaffen, wie es vom Parteitage aufs dringlichste empfohlen ist.“

Dagegen wendeten sich die Genossen Jöschel und Beh. Die Resolution wird zurückgezogen, soll aber dem Vorstand überwiesen werden. Dem wird zugestimmt. Die Genossen Wittke und Jöschel bedauern die Aufhebung des Nürnberger Parteitagbeschlusses. Ferner wurde der Antrag der Kinderhülfskommission des 4. Kreises angenommen.

In der Versammlung für das

Frankfurter Viertel

referierte Genossin Demning. Mit Stolz können wir auf den Verlauf des diesjährigen Parteitages zurückblicken, welcher im Zeichen der Teuerung stand, während der vorjährige in Jena im Zeichen der Kriegsdämmerung lagte. Die Begeisterung der Parteigenossen an der historischen Stätte Chemnitz in den am ersten Tage abgehaltenen Versammlungen hebt Rednerin besonders hervor, um alsdann die im Parteitagbericht erwähnte Arbeit nochmals in Erinnerung zu bringen.

In der Diskussion ergänzten Genosse Davidsohn sowohl, als auch Genosse Reher noch verschiedenes an diesen Ausführungen.

Stralauer Viertel

In den Comeniusfäden gab der Genosse Abg. Büchner den Bericht vom Parteitag. Den Göttinger Streit sieht Redner an als einen Streit zwischen Radikalismus und Revisionismus. Er ist der Ansicht, daß die Angelegenheit nicht endgültig erledigt sei und weist auf das Verhalten der württembergischen Landtagsabgeordneten hin. Nach kurzer Schilderung der Behandlung der Bildungs- und Jugendbewegung sowie des Schnapsdiktums auf dem Parteitage bespricht Genosse Büchner die Verhandlungen über die Reorganisation der Parteioorganisation. Er ist der Ansicht, daß an der Organisation selbst durch die angenommenen Anträge nicht viel geändert worden sei. Aus dem Referat des Genossen Scheidemann über die Teuerung hebt Redner besonders die Forderung der Sozialdemokratie hervor, Aufhebung der Zölle, Öffnung der Grenzen, Einführung der Erbschaftsteuer usw. In Bezug auf das Stichwahlabkommen sei er der Meinung, daß eine Dämpfung, wie bei der letzten Wahl, nicht wieder vorkommen werde. Die Annahme des Antrages, in Zukunft keine Sonderkonferenzen mehr abzuhalten, werde nicht viel nützen. Bei der Frage des Imperialismus wendet sich Büchner gegen die Ausführungen der Genossen Dr. Lensch und Pannekoek auf dem Parteitage. In Bezug auf die Raiffeiser bedauert Redner die Behandlung des Antrages Giesel-Wels. Er ist der Ansicht, daß die Annahme dieses Antrages notwendig war, um die Zustimmung unter den Parteigenossen zu besiegeln. Der Ausschluß des Genossen Hildebrand aus der Partei sei notwendig gewesen, da dieser mit seinen Anschauungen nicht mehr auf dem Boden der Sozialdemokratie gestanden, sowie durch sein Verhalten bei der letzten Reichstagswahl die Partei geschädigt habe. Im Anschluß hieran kritisiert Büchner das Verhalten der 126 Genossen, die jetzt in der Presse für Hildebrand eingetreten sind. Zum Schluß gibt Büchner der Meinung Ausdruck, daß der Parteitag gute Arbeit geleistet habe und fordert die Genossen zu weiterer Arbeit für die Partei auf.

In der Diskussion äußerte Genosse Lehner, daß der Parteitag einer der schlechtesten gewesen sei, die wir bis jetzt gehabt haben, und zwar deshalb, weil er bei den einzelnen Streitfragen jeder klaren Stellungnahme aus dem Wege gegangen sei.

Nach einer sehr lebhaften Diskussion, in der eine Anzahl von Genossen verschiedene Beschlüsse des Parteitages kritisierten, und einem kurzen Schlusswort des Genossen Büchner wurde die Ver-

Sammlung geschlossen, nachdem noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt waren.

Die Versammlung für das

Petersburger Viertel

fand in der Löwenbrauerei, Frankfurter Allee 50/51, statt. Ueber den Parteitag referierte Genosse Fahrenwald. Sie führte aus, daß der Parteitag alles in allem ein Parteitag der Arbeit gewesen ist. Schon am ersten Tage kam man zu dem Göttinger Streit, der so viel Staub aufgewirbelt hat. Die Darlegungen der Genossen Ebert, Scheppeler, Kattutat und Westmeyer entrollten den Delegierten ein recht trauriges Bild von dem württembergischen Parteileben. Die Anträge, die eine umfassendere Bekämpfung des Alkohols verlangten, fanden durch Genossen Davidsohn eingehende Begründung. Da man aber von anderer Seite die Undurchführbarkeit derselben darlegte, wurden dieselben abgelehnt, jedoch sollte man mehr wie bisher für den Leipziger Volkslothebeschl. eintreten. Das Referat Scheidemanns bezeichnete Rednerin als ein wichtiges. Sie wünschte nur, daß es recht viele Rätter lesen würden, damit sie sich auch in die Reihen des kämpfenden Proletariats stellten. Auch der große Staatsmann Bethmann Hollweg hätte sich die Anklage des Genossen Scheidemanns anhören sollen. Beim Städtewahlabkommen beharrte der Parteivorstand auf seinem Standpunkt, daß es darauf ankomme, den schwarzblauen Völkern zu spargen. Zu den Anträgen über Sonderkonferenzen nahm auch Weber das Wort und betonte, daß dieselben schon früher, wo die Partei noch ein kleines Häuflein gewesen sei, stattgefunden hätten. Leider hätten sie mit dem Großerwerbenden verachtliche Formen angenommen, daß es besser sei, sie unterbleiben. Das großartige Referat Haase über Imperialismus gipfelte in dem Ausspruch: diesem System keinen Mann und keinen Großen. Beim Punkt Raiffeiser spielte die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses eine Rolle, da derselbe viel Ärger erregt hätte, haben viele im Prinzip für Aufhebung gestimmt. Beim Ausschluß Hildebrands seien die Berliner Delegierten nicht einzig gewesen. Dittmann als erster Redner gegen ihn, schilderte Hildebrand als Person großartig, als Mensch edel, als Parteigenosse inkurabel. (Reicher Beifall.)

Als erster Diskussionsredner sprach Genosse Jäckel. Er könne nicht in die Lobeshymnen der Presse einstimmen. Die Behauptung des Parteivorstandes, daß Kadel nicht Parteigenosse gewesen, sei schon widerlegt worden. Die ganze Göttinger Angelegenheit sei auf dem Parteitag nicht richtig durchleuchtet worden. Mit der Annahme des Reorganisationsstatut könne man zufrieden sein. Redner macht dann längere Ausführungen über Städtewahlabkommen und Aufhebung des Nürnberger Beschlusses. Eingehend behandelt er nochmals den Ausschluß Hildebrands. Entschieden verurteilt er das Vorgehen der Studierten, die nach dem Parteitag gekommen und für Hildebrand ein Pronunciamento veranstalteten. Genosse Adamski bemängelt die Art des Falls Landsberg.

Unter Verschiedenes lag ein Antrag vor: Der Obmann der Aenderungskommission ist im engeren Vorstand Sitz und Stimme zu gewähren. Der Antrag wurde abgelehnt. Für die Zeitungsbeschwerdekommission wurde Genosse Schneider für die Expedition Seikel und Genosse Ehler für die Expedition Hadelbusch gewählt.

Landberger Viertel.

Am „Elysium“, Landberger Allee, referierte Genosse Boehsch. In einem 1 1/2 stündigen Referat erörterte Redner alle Vorkommnisse des Parteitages. Der gegenwärtigen Not des Volkes Rechnung tragend, setzte der Parteitag die Frage der Teuerung mit auf die Tagesordnung. Zum Geschäftsbericht des Vorstandes erörterte der Referent die Göttinger Angelegenheit mit all den häßlichen Begleiterscheinungen, die vor der Tagung schon in der Presse, sowie auf dem Parteitag selbst in die Erscheinung traten. Redner erwähnte die verschiedenen Anträge zum Geschäftsbericht, dabei auch einen Antrag des 4. Kreises, welcher für die „Neue Welt“ besseren Druck und besseres Papier forderte. Zwar sei dieser Antrag der hohen Ankosten wegen abgelehnt worden, inwiefern jedoch der Parteivorstand diesen Anregungen Rechnung tragen dürfte, wird ja die Zukunft lehren. — Mit der Regelung der Frage, betreffend Vertretung der Reichstagsfraktion auf den Parteitagen, sowie der Weisung zum Parteivorstand erklärte sich Redner einverstanden. Bei der Erörterung des Städtewahlabkommens wurde die Dämpfung von allen Rednern verurteilt. Bezüglich der Zweckmäßigkeit des Abkommens ist Redner der Meinung, daß es doch in erster Linie auf die Zahl der Mandate und dann erst auf die Stimmzahl ankommen sollte. Die Finanzreform wäre wohl nicht so ausgefallen, wenn damals schon 110 Sozialdemokraten im Reichstag gewesen wären, ebenso hätte wohl die Reichsversicherungsordnung ein anderes Gesicht bekommen. Alle hierzu vorliegenden Anträge wurden abgelehnt. — Beim Bericht der Fraktion verteidigte Stadthagen die Sonderkonferenzen. Aber sehr mit Unrecht. Sagte doch selbst Bebel, daß die Dinge nicht so weiter gehen könnten. Denn nicht nur in der Fraktion, nein leider auch schon in den Wahlkreisen macht sich dieser gesplitternde Einfluß geltend, ein Beweis, daß diese Dinge nicht mehr so weiter gehen dürfen. — Die Frage des Imperialismus wurde durch das Referat des Genossen Haase vorzüglich erörtert. Die Ausführungen des Genossen Lensch, welcher in der Debatte einer gewissen Zusammenbruchstheorie das Wort redete, dahingehend, daß durch die fortgeschrittenen Kämpfe die Staaten sich einmal selbst dem finanziellen Ruin entgegen treiben, erregten lebhaftes Interesse. — Die Raiffeiserdebatte führte zu erregten Auseinandersetzungen. Neben Beamten und Redakteuren der Partei liegen auch gegen die in Parteidruckereien beschäftigten Druckdrucker, sowie gegen Angestellte der Konsumgenossenschaften eine Fülle von Ausschlußanträgen vor, daß man direkt von einem Fiasko des Nürnberger Beschlusses reden kann. Redner bezeichnet es als einen Skandal, daß Angestellte der Partei, sowie Gewerkschaften sich weigern, den Tagesverdienst am 1. Mai abzuführen. Bei der Abstimmung herrschte ein großer Wirrwarr und mögen viele Delegierte dadurch verlehrt gestimmt haben. Er habe mit anderen Genossen eine Erklärung zu Protokoll gegeben, worin es heißt, daß die Unterzeichner für die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses nur unter der Voraussetzung gestimmt haben, daß nachher der Antrag Giebel und Genossen zur Abstimmung kommt, wonach in Zukunft nur die Partei- und Gewerkschaftsbeamten am 1. Mai den Tageslohn abzuführen haben. — Bei der Erörterung des Ausschlußantrages gegen Hildebrand erklärt Redner, daß er gegen den Ausschluß gestimmt habe. Nicht etwa, weil er mit den Ansichten Hildebrands einverstanden sei, sondern weil Redner der Auffassung binneigt, daß solche Eingänge in einer so großen Partei doch wirklich keinen Schaden anrichten können. Da Hildebrand in seinem Buche doch lediglich Probleme erörtert habe, müßte man in diesem Falle zu einem non liquet kommen. — Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages soll die Agrarfrage sowie die Steuerfrage gesetzt werden. In seinem Schlusswort betonte Redner noch, daß die Chemnitzer Woche das eine Erfolgreiche gezeitigt habe, daß die Richtungen in der Partei durch den Druck von unten auf eine gemeinsame Basis gedrängt worden und nunmehr gestärkt und gefestigt den Kampf gegen Teuerung und Junkerhohn mit Unterstützung des gesamten Proletariats zu einem siegreichen Ende führen werde. (Lebhafte Beifall.)

In der nunmehr folgenden

Diskussion

bedauert Genosse Glah die Entscheidung des Parteitages betreffend die Unterführung der politischen Parteizeitungen. — Daß der Sprachenparagrah beseitigt werden muß, wird doch kein Mensch bestreiten wollen, da dieser Paragrah doch lediglich ein Ausnahmegericht gegen die politischen Arbeiter sei und müsse die Reichstagsfraktion immer wieder die Aufhebung beantragen. — Im Falle Hildebrand war wirklich keine Eile da und hätte man ruhig noch ein Jahr Zeit geben können.

Als nächster Redner meinte Genosse Kelle, daß die Einheit und Geschlossenheit der Partei ja gar nicht so vorhanden ist, wie man es eigentlich erwarten sollte, zeigte uns doch auch der Bericht des Genossen Boehsch, daß es in dieser Hinsicht sehr vieles zu verbessern

gebe. Die Schuld an diesen Dingen trägt Redner den Parteigenossen selbst zu, denn der Personenkultus in der Partei wäre wirklich nicht mehr zu übersehen. Das letzte eingetretene Mitglied brauche bloß ein Akademiker zu sein, um dann in kürzester Zeit mit einer führenden Stellung betraut zu werden. Schier unglaublich sei es, daß Kadel so lange Zeit eine solche Rolle in der Partei spielen konnte. — Die Regelung der Raiffeiser, insbesondere die Weigerung der Angestellten den Tagesverdienst abzuführen, beurteilte Redner auf das allerhöchste, derartige Mitglieder gehören eben nicht in die Reihen der Sozialdemokratie. Der Nürnberger Beschluß hätte unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müssen. Nun zum Fall Hildebrand. Wer die Veröffentlichung der 125 im „Vorwärts“ gelesen, müßte sich doch wirklich fragen, ob denn die Dinge so weiter gehen können. Eben erst hat der Parteitag als höchste Instanz sein Urteil gefällt, da erscheinen schon Erklärungen, die geradezu als eine Verhöhnung der Mehrheit des Parteitages aufzufassen ist. Denn Hildebrand hat sich doch selbst nur als „Sozialist“ bezeichnet, und von allen Parteien der Linken glaube er, den Sozialdemokratie am nächsten zu stehen. Und dann weiche doch Hildebrand in seinen Unterstellungen und Urteilen so himmelweit von unseren Grundsätzen und Programmforderungen ab, daß dieser Mann gar nicht mehr als Sozialdemokrat angesehen werden kann. Unter diesem Gesichtswinkel gesehen, bezeichnete Kelle die Erklärung der 125 geradezu als einen Skandal und betont zum Schluss, daß nun endlich einmal Halt auf dieser schiefen Ebene gemacht werden muß.

Durch Schlußantrag wurde die Debatte beendet.

Fünfter Wahlkreis.

Den Bericht vom Parteitag erstattete der Delegierte Kaste n. Er gab einen kurzen Ueberblick über den Verlauf der Verhandlungen. Insbesondere schilderte er die Debatte über das Städtewahlabkommen, die Sonderkonferenzen und den Imperialismus. Die Abstimmung über die Aufhebung des Nürnberger Raiffeiserbeschlusses würde ein anderes Ergebnis gebracht haben, wenn der Antrag Wels auch zur Abstimmung gekommen wäre, der die Abführung des Tagesverdienstes der Partei, und Gewerkschaftsangehörigen forderte. Empörend sei es, daß sogar Parteiredakteure den Nürnberger Beschluß nicht befolgt haben. Der Ausschluß Hildebrands sei gerechtfertigt, denn Hildebrand habe ja selbst erklärt, daß er nicht auf dem Boden des Parteiprogramms stehe. Es müsse als ungebührlich bezeichnet werden, daß sich jetzt eine Anzahl Genossen herausgenommen haben, gegen den Ausschluß Hildebrands zu remonstrieren. Den Beschluß des Parteitages habe jeder Genosse zu respektieren. Es sei zu wünschen, daß der nächste Parteitag das Vorgehen der Unterzeichner der Erklärung mißbillige. Weise, der erste Redner in der

Diskussion

sagte u. a.: Der Beschluß über die Sonderkonferenzen habe ihn in keiner Weise befriedigt. An den Wunsch, daß Sonderkonferenzen nicht mehr stattfinden sollen, werde sich niemand halten. Man werde immer einen Grund finden, in bestimmten Fällen zu sagen, daß derartige Konferenzen oder Besprechungen notwendig seien. Die jetzt veröffentlichte Erklärung zum Fall Hildebrand zeige ja, daß schon wieder eine Anzahl Genossen darauf ausgehen, den Beschluß hinsichtlich zu machen. Der Parteitag hätte bezüglich der Sonderkonferenzen nicht nur Wünsche aussprechen, sondern bestimmte Direktiven geben sollen. Daß der Parteitag den Antrag Davidsohn zur Alkoholfrage ablehnte, sei zu begrüßen. Ein so aggressives Vorgehen wie es Davidsohn unternahm, sei nicht zu billigen. Der Alkoholenz in Arbeiterkreisen sei seit Jahren bedeutend zurückgegangen, aber nicht infolge der Abstinenzbewegung, sondern durch die erzieherische Arbeit der Partei, und Gewerkschaftsbewegung. Daß der Nürnberger Raiffeiserbeschl. aufgehoben wurde, sei zu bedauern; noch mehr aber müsse es bedauert werden, daß der hierzu gestellte Antrag Wels ein Vergebniß erlief. Man hätte erwarten sollen, daß Genosse Pfaffenluh hätte sagen können, diejenigen Redakteure, die entgegen dem Nürnberger Beschluß sich weigerten, ihren Tagesverdienst abzuführen, nicht mehr auf ihrem Posten seien. Das sei leider nicht gesagt worden. Der Ausschluß Hildebrands sei durchaus gerechtfertigt.

Sonnemann beantragte und begründete folgende Resolution:

„Die hier versammelten Parteigenossen erklären sich voll und ganz mit dem Beschluß des Parteitages zum Fall Hildebrand einverstanden und mißbilligen das Verhalten der Unterzeichner der in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ enthaltenen Erklärung.“

Dr. Weinberg bezeichnete diese Erklärung als einen Verstoß gegen zwei Beschlüsse des Parteitages, nämlich gegen den Beschluß zum Fall Hildebrand und gegen den Beschluß über die Sonderkonferenzen. Die Erklärung gegen den Ausschluß Hildebrands könne nur durch eine Sonderkonferenz zustande gekommen sein. Vom Fall Hildebrand — sagte der Redner — komme ich auf den Fall Hildebrand, der sich herausgenommen hat, im württembergischen Landtag an einer monarchischen Huldigung teilzunehmen. Er hat das selbe getan, was die Partei im Falle Landsberg zurückgewiesen hat. Er hat sich an einem Hoch auf den Landesherren beteiligt. Das war besonders taktlos, nachdem der Parteitag ein derartiges Verhalten als unzulässig erklärt hat. — Weiter wünscht Redner, daß der Internationale Kongress nicht hinausgeschoben, sondern mit Rücksicht auf die gegenwärtigen politischen Ereignisse noch vor dem August 1913 abgehalten wird. Zur Alkoholfrage bemerkte der Redner, der Parteitag würde gutgetan haben, den Antrag Davidsohn anzunehmen. Die Nichtaufnahme von Schnapsinserten in der Parteipresse sei doch die logische Folge des Schnapslothebeschl. Wenn es Gewerkschaftsleiter geben sollte, die ohne Schnapsbetrieb nicht existieren können, dann würde es nicht schaden, wenn sie aufhören zu existieren. — Das wesentlichste des Parteitages sei die Debatte über den Imperialismus gewesen. Es sei außerordentlich erfreulich, daß die in der Abrüstungsfrage von Lensch und anderen Genossen vertretenen Anschauungen, die im Grunde genommen auf revisionistische Argumente zurückzuführen seien, von der Mehrheit der Parteigenossen nicht gebilligt werden. Die Genossen seien gewillt, entschieden für die Rüstungsbeschränkung wie überhaupt gegen den Militarismus zu kämpfen. Gerade die gegenwärtige Zeit sei nicht geeignet für solche Debatten, wie die „Leipziger Volkszeitung“ und die „Bremer Bürgerzeitung“ in der Abrüstungsfrage eröffnet haben. Es müsse dafür gesorgt werden, daß diese Anschauungen in der Partei nicht weiter um sich greifen. — Im ganzen könne man vom Parteitag sagen: Er brachte keine erhebenden Momente, aber er stand auf nicht auf einer niedrigen Stufe. Wollte man dem Parteitag eine schulmeisterliche Zensur erteilen, dann müßte man sagen: „Noch genügend.“

Rosenbluth ersuchte um Ablehnung der Resolution Sonnemann. Man könne hier nicht entscheiden, ob der Ausschluß Hildebrands berechtigt ist, weil man sein Buch nicht kenne. Auch gegen die Verurteilung der Unterzeichner der Erklärung im „Vorwärts“ wandle sich der Redner. Von einer Sonderkonferenz könne in diesem Falle nicht die Rede sein.

Suhr bemerkte, es sei nicht nötig, über die Resolution Sonnemann abzustimmen. Der Parteitag habe gesprochen, damit sei die Sache erledigt.

Robert Schmidt führte unter anderem aus: Die Debatte hat sich hier sehr ins Kleinliche verloren. Zu den Kleinlichkeiten gehört der Fall Hildebrand. Es ist äußerst kleinlich, daß man dem ausgeschlossenen hier noch Felsfuchtritte versetzt. Durch den vom Parteitag beschlossenen Ausschluß ist die Angelegenheit erledigt. Wenn nun die Unterzeichner der Erklärung verurteilt werden sollen, so muß man doch fragen: Soll denn niemand das Recht haben, den Wunsch auszusprechen, ein anderer Parteitag möge in dieser Sache einen anderen Beschluß fassen? Weiter besagt ja die Erklärung nichts. Ich halte die Erklärung für sehr überflüssig, denn jeder Parteitag kann ja die Frage wieder aufrollen, ob Hildebrand wieder aufgenommen werden soll. Es liegt kein Anlaß vor, sich mit Begeisterung über diesen Fall auszusprechen. Es ist immer eine Intoleranz, wenn jemand wegen seiner

Meinung ausgeschlossen wird. Aber man muß auch zugeben, daß die Partei eine Grenze zu ziehen hat, und daß sie in bestimmten Fällen sagen kann: Du hast diese Grenze nicht innegehalten, Du gehörst nicht mehr zu uns. Im übrigen hat der Fall Hildebrand nicht die Bedeutung, daß wir uns einen ganzen Abend darüber unterhalten. — Genosse Weinberg hat die Vorgänge im württembergischen Landtag besprochen. Er weiß zwar noch nichts Bestimmtes darüber; aber es muß doch darüber geredet werden, meint er. Die Sache liegt so: Wenn unsere Genossen im württembergischen Landtag bis zum Schlusse an der Erledigung der Geschäfte teilnahmen, aber vor dem Hoch auf den König sich entfernen wollten, dann müssen sie in größter Eile den Saal verlassen, was sich wohl nicht immer ausführen läßt. Dasselbe was jetzt in Württemberg geschehen ist, haben unsere Genossen im sächsischen Landtag Jahr für Jahr getan. Das weiß Genosse Weinberg allerdings nicht, sonst würde er sich hier im fünften Wahlkreise auch darüber entzündet haben. Die sächsischen Parteigenossen, die doch sehr radikal in ihren Reihen haben, haben sich nicht darüber entzündet. Uebrigens liegen diese Fälle ganz anders wie der Fall Landsberg. Die Reichstagsfraktion hat beschlossen, daß wir vor dem Kaiserhoch alle hinausgehen. Wer sich gegen diesen Beschluß auflehnt, der hat zu erwarten, daß er zur Verantwortung gezogen wird. Etwas anderes ist es, wenn die Fraktion anders beschließt. Das eilige Hinauslaufen ist nichts Erhebendes. Wenn aber unsere 110 Mann im Saale bleiben, sich erheben, aber nicht in das Hoch einstimmen, das wäre eine Demonstration. — Geben wir uns doch nicht immer mit diesen Kleinlichen Dingen ab. Hat denn das Verhalten Bernerstorffs im österreichischen Parlament eine so große Erregung unter den österreichischen Genossen hervorgerufen? Oder haben sich die englischen Genossen so furchtbar entzündet über Handman, als er für die Bewilligung von Kanonen sprach? Ich will diese Beispiele durchaus nicht zur Nachahmung empfehlen, aber ich sage: Halten wir uns nicht immer an so Kleinliche Dinge, die für die Partei und ihre Arbeiten gar keine Bedeutung haben. — Ueber den Beschluß zur Alkoholfrage ist hier ein Irrtum ausgebreitet. Die Wünsche, Schnapsinserten zurückzugeben und den Schnapsausverkauf in Gewerkschaftshäusern zu untersagen, sind den örtlichen Organisationen zur Regelung überlassen worden, weil derartige Angelegenheiten nicht durch einen Parteitagbeschl. für ganz Deutschland erledigt werden können. Es wird möglich sein, diese Wünsche nach und nach durchzuführen. Viel wichtiger wie alle diese Dinge sind die politischen Angelegenheiten, die uns gegenwärtig beschäftigen, die Vorgänge, die der Imperialismus herbeigeführt hat und die zu ernstlichen Konflikten auf dem Balkan Veranlassung gegeben haben. Es gilt, die allgemeine Aufmerksamkeit auf diese Vorgänge zu lenken und die Friedenslieber in den weitesten Kreisen zu propagieren. In dieser Hinsicht sind die Debatten des Parteitages über den Imperialismus von größter Bedeutung. Die Ansichten, welche Lensch, Henke und andere Genossen in der Abrüstungsfrage vertreten, kann man nicht damit abtun, daß man sie zum Revisionismus wirft und damit ihre Unhaltbarkeit nachgewiesen zu haben glaubt. Es sind doch sehr wichtige Momente für den Standpunkt von Lensch vorgetragen worden. Es handelt sich hier um Meinungen, die uns nicht schaden, wenn sie ruhig und sachlich zum Ausdruck gebracht werden. Und sachlich waren die Debatten des Parteitages. Er ist für die Entwicklung der Partei von großer Bedeutung.

Darauf wurde ein Schlußantrag und dann die Resolution Sonnemann angenommen.

Sechster Wahlkreis.

Die in den „Germaniasälen“ abgehaltene Generalversammlung des sechsten Kreises war von 899 Delegierten, 2 Landtags- sowie dem Reichstagsabgeordneten des Kreises besucht; 88 Delegierte fehlten. Die Galerie war von Zuhörern stark besetzt.

Als erster Punkt stand ein Antrag der 13. Abteilung auf der Tagesordnung, der dem

§ 4 der Ausführungsbestimmungen

folgende in der Reichskonferenz vom 4. Juni beschlossene Fassung wiedergeben will:

„Auch der Delegierten haben Sitz und Stimme in der Generalversammlung; der Vorstand sowie alle zur Teilnahme an den Vorstandssitzungen Verpflichteten, die Stadtverordneten, Landtagsabgeordneten und der Reichstagsabgeordnete des Kreises.

Antragsteller, die nicht Delegierte sind, können auf ihren Antrag zur Begründung ihrer Anträge an der Generalversammlung teilnehmen, jedoch ohne Sitz und Stimme. Zur Begründung übereinstimmender Anträge sollen, soweit nicht Delegierte damit beauftragt sind, die Antragsteller bis zur Höchstzahl von 3 zur Generalversammlung zugelassen werden.“

Ein Geschäftsordnungsantrag über diesen Punkt zur Tagesordnung überzugehen, wurde, nachdem Bischof dafür und Ledebour dagegen gesprochen, abgelehnt; ebenfalls abgelehnt wurde ein von Weimann begründeter und von Ledebour beämpfter Antrag, den 1. Punkt der Tagesordnung nach dem Bericht über den Parteitag zu verhandeln.

Der Antrag der 13. Abteilung wurde vom Genossen Steffeler ausführlich begründet. Er gab eine Uebersicht über die Entstehung des Delegiertenystems zur Generalversammlung. Man könne dem Vorstand nicht unterstellen, daß er das Delegierten-system haben wollte; es sei vielmehr durch Urabstimmung beschlossen worden. Durch die jetzige Fassung des § 4 der Ausführungsbestimmungen wäre ein Zustand geschaffen, der ungesund und deshalb unhaltbar sei. Zu allen Fragen habe der Gesamtvorstand Stellung genommen, jetzt würde er jedoch in zwei Hälften gespalten. Ob dies im Interesse der Organisation liege, müsse bestritten werden. Man solle sich doch vor Augen führen, daß bisher stets das beste Einverständnis zwischen Vorstand und Mitgliedern bestanden habe. Die Arbeiten der Organisation müßten in möglichst viele Hände gelegt werden; denn je größer der Apparat, um so größer sei auch die Gewähr, daß die Interessen der Organisation gefördert und vertreten werden. Wenn der Vorstand zur Zufriedenheit der Mitglieder gearbeitet habe, so solle man ihn doch zusammenlassen und nicht teilen. Die Generalversammlung würde aber auch illusorisch gemacht, wenn z. B. der Obmann der Reichsberedemission oder Mitglieder der Propkommission Bericht erstatten oder irgendeine Auskunft geben sollen, aber nicht anwesend seien. Die Abteilungsführer, die die gefassten Beschlüsse in erster Linie vertreten und ausführen müßten, gehören in die Generalversammlung; es gehe nicht an, daß sie sich erst auf den Jahlabenden über das Zustandekommen der Beschlüsse informieren lassen. Aus all dem geht schon die Notwendigkeit hervor, daß die Mitglieder des Gesamtvorstandes in den Generalversammlungen anwesend sein müßten. Es gehe aber auch nicht an, die Mitglieder des Vorstandes erst auf die Mandats-jagd zu schicken; sie hätten doch wichtigeres zu tun, als sich erst um ein Delegiertenmandat zu bewerben. Die Demokratie verlange aber auch, daß alle auf der Generalversammlung Anwesenden das Stimmrecht haben; allen, die mitarbeiten, müsse man auch das Recht geben, mit zu reden. Redner appelliert eindringlich an die Versammlung, im Interesse des gesamten Organismus dem Antrage zuzustimmen. Der Vorstand dürfe nicht abseits stehen, sondern gehöre in die Reihen der Genossen.

Vorsitzender Henschel machte Mitteilung von einer eingegangenen Resolution der 18. Abteilung, die dem Vorstand Anerkennung und Vertrauen ausdrückt. Im Namen des Vorstandes ersuchte er, die Resolution zurückzuziehen, er lehne jede Debatte darüber ab.

Bischof begründete einen Antrag der 18. Abteilung, wonach die Mitglieder des engeren und erweiterten Vorstandes, die Stadtverordneten, Landtagsabgeordneten und der Reichstagsabgeordnete des Kreises auf der Generalversammlung, sofern sie nicht Delegierte sind, nur beratende Stimme haben. Es sei gesagt worden, wenn der Antrag der 13. Abteilung nicht angenommen werde, lege der Vorstand sein Amt nieder. Dem Vorstand komme es weniger auf das Vertrauen an, als darauf, einen Antrag auf die Generalversammlung auszuüben. Man solle sich jedoch nicht einschüchtern lassen. Wir alle vertrauen dem Vorstand. Ein persönlicher Gegen-

Gerichts-Zeitung.

Der Pastor als Erzieher.

Wegen Mißhandlung eines Konfirmanden hatte gegen den an der Pflingtskirche (Petersburger Platz) amtierenden Prediger Ludwig Schlvester auf Antrag des Vaters des mißhandelten Knaben die Staatsanwaltschaft öffentliche Anklage erhoben.

Wieder kam da zur Sprache, daß in der Konfirmandenstunde des Predigers Schlvester eine geradezu tolle Wirtshaft geherrscht hat, gegen die er mit Prügel anknüpfen zu sollen glaubte.

Der Angeklagte erklärte, er habe den Konfirmanden Richard Lenz im Verdacht gehabt, im Konfirmandensaal eine Stinkbombe gelegt zu haben. Solche und ähnliche Streiche seien oft verübt worden, man habe Erbsen im Konfirmandensaal ausgestreut, Speckwürste und Gummi auf den Ofen gelegt, eine Tüte Pferdemehl mitgebracht, dem Pastor die Kleider mit Kreide besamiet usw.

Richard Lenz bekundete eine lange Reihe seiner Mitschüler, daß der Pastor ihn an den Ohren geschüttelt hatte, so daß Blut floß. Diese Bekundung wurde unterstützt durch einige Erwachsene, die den Knaben kurz nach seiner Heimkehr aus der Konfirmandenstunde gesehen hätten.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Kurt Ulrich hatte wieder Beweis dafür angetreten, daß im Konfirmandenunterricht des Pastors Schlvester die tollsten Mißhandlungen verübt worden seien. Sie wurden geschildert vom Kirchendiener Winkel, der über wüsten Madau, über Verstreuerung von Sand, Kieselsteinen, Pferdehaare, über Legung von Stinkbomben berichtete.

Für den Nebenkläger beantragte Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld, den Angeklagten der Mißhandlung schuldig zu sprechen und zu bestrafen. Der Angeklagte habe wahrscheinlich so wenig pädagogische Befähigung, daß er gegen die Mißhandlung der Jungen ohnmächtig war, aber das gebe ihm noch nicht das Recht, zu Mißhandlungen zu schreiten.

daß er sehr erregt gewesen sein müsse. Sonst pflege ein Gericht solche Versicherungen als Anekdote abzulehnen. Mindestens habe der Angeklagte, da er — gegen den Grundsatze guter Pädagogen — in Erregung straffe, fahrlässige Körperverletzung begangen, die nicht straflos bleiben dürfe.

Das Gericht kam zu dem Urteil, die Verurteilung sei zu verwerfen, so daß es bei der Freisprechung verbleibe. Erwiesen sei, daß Pastor Schlvester den Konfirmanden Lenz an den Ohren zog, so daß sie bluteten. Hiermit habe er das Nützlichkeitsrecht, das ihm im übrigen zustehe, überschritten.

Pastor Schlvester, dessen Mißerfolg auf dem Gebiete der Erziehung durch diese Urteilsbegründung schonungslos festgelegt wird, hat inzwischen den Staub der länder Reichshauptstadt von seinen Füßen geschüttelt. Am letzten Sonntag hat er sich von der Pflingts-gemeinde verabschiedet, um in einem Dorf bei Rixdorf das Pfarramt zu übernehmen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — 2. Stock —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt.

C. W. 72. Fordern Sie vom Eigentümer Beilegung der Mängel unter Schung einer etwa zehntägigen Frist. Verweigert diese erfolglos, so kann Klage erhoben werden, die nicht ausbleiben wird. — C. A. 100. Schönberg 100. Verjährung ist nicht eingetreten. — C. 100. 1. Nach Ablauf von fünf Jahren kann der Schuldner erneut zur Abfertigung des Offenbarungselbes geladen werden. — R. 250. 30 Jahre. — F. S. 300. Sie haben nach Ihrer Darstellung ein Recht auf Wiedereinräumung des Kellers. Fordern Sie den Eigentümer dazu auf; bleibt diese Aufforderung erfolglos, können Sie klagen. Die Biete müssen Sie zahlen. — C. G. 68. Die Kostenforderung ist verjährt. — W. S. 1. Sa. 2. Bis zu dem Zeitpunkt, wo das Hund seinen Unterhalt selbst erwirbt, 8. Sa. die notwendigen Kosten. Die Ansprüche können nicht durch Sie, sondern durch den gesetzlichen Vertreter — nämlich die Mutter — geltend gemacht werden. — Jubiläumsfeier. 1. Nach dem von der Duis- frankenlasse festgesetzten durchschnittlichen Tagelohn. 2. Nach dem ortsüblichen Tagelohn. — R. G. 44. Ihre Angaben reichen nicht aus; kommen Sie in die Sprechstunde. — R. W. 99. Nein.

Opferrückst. No. 26541.

... Kaufmanns Malzbrannt
niemals tief befunden für
als Zufuhr zur Milch.

Der Ofenfall muß 6!

Möbel-Lechner

Am Rosenthaler Platz Brunnenstr. 7 Am Rosenthaler Platz

Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar

Riesen-Auswahl

Anzahlungen auf Stuben u. Küchen M. 20.- 35.- 50.- 75.- 100.- Bequeme Abzahlung

Einzelne Möbelstücke von M. 5.- Anzahlung an

Alte Kunden erhalten event. ohne Anzahlung

Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen Vorzeiger dieses erhält beim Kauf von M. 50.- an M. 5.- Rabatt!

Lieferung auch nach auswärts!

Sonntags geöffnet von 12-2.



Zum Jubiläum! sagt Mutter, gebornenmangung unizanda Mantel, in Ulsterform (wie die Großen) und in feinem Tauch u. Pinlaw, für den wir billig sind C&A BRENNINKMEYER GMBH



Samt-Mäntel

aus bestem Küper-Velvet mit reizendem Spitzenkragen od glattem Revers

975 1200 1375 2525 usw.

Kieler Jacken

in marine Cheviot und prima Tuch sehr sauber verarbeitet

360 475 525 750 usw.

Backfische finden bei uns besonders reiche Auswahl in richtigen Ulstern

Ulster

offen und geschlossen zu tragen oder mit dem zierlichen Robespierre-Kragen in Stoffen engl. Art

5 50 6 75 8 00 10 25 usw.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

E. G. m. b. H. — Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 22/26.

In unseren Verkaufsstellen kommen heute

Seefische

zum Verkauf:

Schellfisch . . . 28 Pf. pro Pfd. | Seelachs (ohne Kopf) 26 Pf. pro Pfd.
 Kabliau (ohne Kopf) . 28 " " | Schollen 30 " " "

106/30

Der Vorstand.

Fort mit schlechten Augenläsern!

Schlecht angepaßte oder minderwertige Gläser können den Augen leicht schaden; Kopfschmerzen, Uebermüdung, Nervosität, Schlaflosigkeit sind oft nur eine Folge davon.

Tragen Sie nur Sanoskop-Gläser!

Dann gehen Sie sicher. Diese sind zum Patent angemeldet weil sie die einzigen fast weißen Gläser sind, welche die schädlichen ultravioletten Strahlen erheblich abschwächen. Sanoskop-Gläser werden in korrekter hoch vollendeter Schleifart hergestellt und nur in mei en Geschäften verkauft; nach vorheriger sorgfältiger Prüfung der Sehkräft werden die Sanoskop-Gläser Ihren Augen genau angepaßt unter Ocular!

Folgende Zellen sind mir unangefordert zugegangen:

Kamerun, Motiwo-Pflanzung b. Victoria.

Herrn Optiker Ruhnke, Berlin.

Seit einem halben Jahre trage ich nun von Ihnen verordnete und angefertigte Brillen, nachdem ich mich bereits 12 Jahre lang der von Augenärzten verordneten und in andern optischen Geschäften angefertigten Augengläser bediente. Ich fühle mich veranlaßt Ihnen für die gewissenhafte Anfertigung zu danken, Ihre



Gläser bewähren sich tadellos. Noch nie habe ich beim Tragen so wohl-tuend wirkende Gläser besessen. Augen- und Kopfschmerzen, die ich früher bei längerem Gläsertragen stets hatte, sind beim Gebrauch Ihrer Sanoskop-Gläser gänzlich geschwunden. Auch Ihr Jagdglas bewährt sich vorzüglich. Ich bitte mir Ihre neueste Preisliste zu übersenden.

Mit Hochachtung Hans Gots.

Gerne sende ich Ihnen die Schrift über die neuen Sanoskop-Gläser.

Zentrale: Am Spittelmarkt | Link-Str. 1 | Brunnen-Str. 12 | Tauentzien-Str. 12
 Am Alexanderplatz | Chaussee-Str. 72 | Oranien-Str. 44

Optiker Ruhnke

Josef

JUNO

QUALITÄTS- **2** CIGARETTE

PFG.

Spezialarzt
 f. Haut-, Gyn., Frauenleiden,
 nach. Schwäche, Beinfraktur jeder
 Art, Ehrlich's Gata-Rufen
 u. Co. fong.
Dr. Homeyer
 in der
 Unterfuchung, Fäden i. Gyn. u. G.
 gegenüber
Friedrichstr. 81, Panoptikum.
 Ept. 10-2, 5-8, Sonn. 11-2.
 Honorar mäßig, auch Teilzahl.
 Separates Damenzimmer.

Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassareisen in der seit 33 Jahren bestehenden Möbelfabrik von **A. Schulz**, Reichenberger Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratenzahlung

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 10. Oktober 1912.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Reg. Opernhaus, Bohème.
Reg. Schauspielhaus, Ein Waffengang.
Zirkus Albert Schumann, Gala-Vorstellung.
Zirkus Busch, Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania, Taubenstraße 48/49.
Aufs Matterhorn.
8 Uhr: Konstruktions-Ingenieur H. Kefner: Hoch-Ofenwerke.
Deutsches Sommertheater, Königgräzer Straße. Die fünf Kranfturter.

Stoll, Himmelsauf und Schweiß-Beifang, Parrenlang.
Nammerspiele, Wein Freund Lebby.
Deutsches Schauspielhaus, Geymunt.

Schiller-O. Der Tallisman.
Schiller-O. Charlotrenburg. Flachsmann als Erzieher.
Berliner, Große Hofstra.
Kleines, Der Unerschämte. Der Stral seiner Ehre. Lotzings Geburtstag.

Reifens, Der Herr von Nr. 19.
Thalia, Autolleben.
Theater am Rollendorfplatz, Drehens in der Unterwelt.
Kurfürsten-Oper, Der Kurfürst.
Montis Operetten-Theater.

Metropol, Chaussee - ins Metropol.
Trianon, Liebesbarometer.
Casino, Der Grochfürst.
Wintergarten, Spezialitäten.
Apollo, Spezialitäten.
Vollage, Spezialitäten.
Reichshallen, Die Nacht der Töne.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Friedr., Koll. Schauspielhaus.
Die leuchtende Salame.
Lustspielhaus, Mein alter Herr.
Folies Caprice, Der leuchtende Joseph.
Der Rehdod.

Anfang 10 Uhr.
Neues Goldtheater, Lore.
Die Spieler.
Admiralpalast, Gisballet: Phome.
Zierruarte, Zwalldenstr. 57-62.

Berliner Theater.
 Abends 8 Uhr:
Große Hofinen.

Theater in der Königgrätzer Straße
 Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Deutsches Schauspielhaus
 Abends 8 Uhr: **Egypten.**
 Sonnabend 7 1/2 Uhr: **Rum I. Wal: Der gut sitzende Frack**

Schiller-Theater O. Sadner-Theater.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Tallisman.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Des Pfarrers Tochter von Stralendorf.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Tallisman.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzieher.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal: König Lear.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzieher.

Theater am Rollendorfplatz (Neues Schauspielhaus).
 Täglich abends 8 Uhr:
Wäucher Künstler-Theater: Orpheus in der Unterwelt.

Montis Operetten-Theater (früher Neues Theater)
 Abends 8 Uhr:
Goldener Leuchtturm.

Residenz-Theater.
 8 Uhr:
Der Herr von Nr. 19.
 Schwank in 3 Akten von Terouli und Barré.
 Sonnabend, den 12. Oktober, zum ersten Male: **Gemütsmenschen.**

Luisen-Theater.
 Donnerstag: **Die Weineidgräfin.**
 Freitag (unwiderruflich letzte Aufführung):
Ich lasse Dich nicht.
 Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinder-Vorstellung: **Zwerg Nase.**

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 122.
 Abends 8 Uhr:
Papageno.
 Lustspiel in 4 Akten von R. Ansel.
 Freitag: **Ein Sommernachtstraum.**

Biercabaret
 im Lichtprunksaal der Passage.
 Jeden Abend 1/2 8 Uhr:
Hermann
Funke

Hansy Petra
 Patai Cassani
 Mizzi Drossi
Werner Goldmann
Otto Bellmann
 20 Künstlerinnen u. Künstler.
Einheitspreis 1 M.

Urania
 Taubenstraße 48/49.
 Wissenschaftliches Theater.
 8 Uhr: **Aufs Matterhorn.**
 Das Programm der naturwissenschaftlichen Hörsaalvortrüge im 4. Quartal 1912 ist erschienen u. kostenlos erhältlich.
 Hörsaal 8 Uhr: **Konstruktions-Ingenieur A. Kefner: Hoch-Ofenwerke.**

Metropol-Theater.
 Abends 8 Uhr: **Kauden gefaltet.**
Chauffeur - ins Metropol!!
 Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern von B. Freund, Ruff u. Hub. Welfen. Länge arrang. von Bill Bishop. In Szene gesetzt vom Direktor R. Schulz.

Apollo Theater
 Ab 8 Uhr
 Nie dagewesener Erfolg!
 Lucy König, Wiener Soubrette.
 M. Juanita, Tanz-Idylle.
 Sensationeller Lacherfolg!
Bernhard Morbitz
 als Ehepaar Pietsch und 8 weitere Attraktionen.

Voigt-Theater.
 Donnerstag, den 10. Oktober 1912:
 Guckspiel in Puhmanns Theater, Schönhauser Allee 148:
Der Fehltritt einer Frau.
 Komödie in 4 Akten von Reiflingen.
 Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Folies Caprice.
 Zum 40. Male
Die drei Schläger:
 Der leuchtende Joseph.
 Der Rehdod.
 Der Einbrecher.

Trianon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Siebesbarometer.

Passage-Panoptikum
RAPPO
 der größte Entfesselungskünstler der Zeit.
 Der Mann mit dem eisernen Schlund!
 die anatom. Unmöglichkeit.
 Lebend! Ohne Extra-Entree!

Casino-Theater
 Lotzinger Str. 37. Täglich 8 Uhr:
 Das sensationelle Oktober-Programm
Robert Neesemann,
 Berlin's Liebeshumorist mit neuen Schlägern. Riesen-Lacherfolg des lustigen Stückes
Der Großfürst.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
 Eröffnung der Winter-laison. Gr. Orchester:
 Dirig.: R. Schrader.
Die Nacht der Töne.
 Burleske u. Musik.
 Anf. 8 Uhr.

„Clou“ :: Berliner ::
 Mauerstraße 32. — Zimmerstraße 90/91.
Heute! Großes Doppel-Konzert. Heute!
Berliner Konzerthaus-Orchester
 Musik: **Kaiser Alexander-Regts.**
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
 An allen Wochentagen nachm.
 Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Zirkus Busch.
 Heute Donnerstag, 10. Oktober abends 7 1/2 Uhr:
HOUDINI!
 wird am heutigen Abend den bereits angekündigten Versuch machen, sich aus einer von dem Tischler- u. Packpersonal der Firma W. Wertheim, G. m. b. H., fest verriegelten u. verschlun-ten Kiste zu befreien.
Hierzu das gr. Galaprogramm.
Das Kriegsluftschiff d. Zukunft.
 (Ingenieur H. Böhle).
Unter Gorillas. Gr. Pant.

Zirkus A. Schumann
 Heute Donnerstag, 10. Oktober abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung
 mit einem extra auserwähltem Programm.
 Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
 Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.

Theater Königstadt-Casino.
 Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr. 1
 1. Bild. v. Bahnh. Jannowitzbrücke.
 Tägl. abends 8, Sonn. 5 Uhr:
Das große Novitäten-Program
Papa ist krank.
 Große Besse in 1 Akt.

Concordia-Festsäle.
 Inh.: M. Wendt u. A. Schütz.
 64 Andreasstr. 64.
 Jeden Donnerstag:
Große Soiree
 der allgemein beliebten und bekannten
Hoffmanns Sänger.
 Direktion Fr. Fanthor
 mit vollständig neuem Programm
 Anfang 8 Uhr.
 Nach der **Frei-Tanz.**
 Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Nibles Fest-Säle
 Dennewitzstraße 13.
 Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.
 6400 Nible.
Kumor-Quartett
 Am 11. Berliner No. 2229
 Gg. Treuer Kartanienallee 40

Herrnfeld Theater
 8 Uhr:
 Die mit beispiellosem Lacherfolge aufgenommene Novität
Die Alpenbrüder.
 10 Uhr:
Endlich allein!
 Beide Stücke mit den Autoren
 Anton und Donat Herrnfeld
 in den Hauptrollen.
 Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Neu eröffnet
Café Leitmeyer
 Petersburger Straße, Ecke der Frankfurter Allee.
 Auf das modernste ausgebaut und vergrößert. — Parterre, I. Etage. —
 Gesellschaftszimmer für 100 Personen • Erstklassiges Künstler-Konzert • Tag und Nacht geöffnet.

Nur den Inhalt der Quartett überliefert die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Verein
 I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
 Am Montag, den 7. Oktober, verstarb unsere Genossin Frau
Martha Ott
 (Luriner Straße 3, Bezirk 765.)
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen Nazareth-Kirchhofes in Reinickendorf-West, Köpckeplatz, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenarbeiter
Wilhelm Werner
 Quittenstr. 9
 am 6. Oktober am Schlaganfall gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Charité-Kirchhofes in der Müllerstraße aus statt.
 Ferner starb unser Mitglied, der Schleifer
Wilhelm Stalp
 Raciannastr. 16
 am 7. Oktober an Magenleiden.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten St. Thomas-Kirchhofes in Reutheim, Hermannstraße aus statt.
 Ferner starb unser Mitglied, der Monteur
Karl Libau.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof in Johannisthal statt.
 Ferner starb unser Mitglied, der Dreher
Eduard Schön
 Bohmannstr. 14.
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Blas-Kirchhofes in Hohen-Schönhausen aus statt.
 Ehre ihrem Andenken!
 Rege Beteiligung erwartet
 125/19 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
 Sektion der Putzer.
 Unseren sowie den Mitgliedern des Gesangsvereins der Putzer hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied
Ferd. Meyer
 nach langem Leiden am 7. d. M. im 64. Lebensjahre in der städtischen Anstalt Dalsdorf gestorben ist.
 Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr auf dem Anstalts-Friedhofe in Dalsdorf statt.
 Um rege Beteiligung wird ersucht.
 Am 7. Oktober verstarb unser Mitglied, der Bucher
Wilhelm Helbig
 (Bogel Wilmersdorf).
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. Oktober, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Halle des Gemeindefriedhofes in Wilmersdorf, Berliner Str. 103, aus statt.
 Ehre ihrem Andenken.
 142/11 Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeitsführer
Heinrich Rausch
 am 1. d. Mts. im Alter von 42 Jahren durch Unfall verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Legeler Gemeindefriedhofes aus statt.
 67/11 Die Bezirksverwaltung.

Arbeiter-Turnverein zu Adlershof.
 Allen Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Turngenosse
Karl Libau
 infolge Unglücksfalls am Sonntag, den 6. Oktober 1912, plötzlich verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, in Johannisthal statt.
 Treffpunkt 1 Uhr bei Kauf.
 Rege Beteiligung erwartet
 180/7 Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau
Veronika Kollhoff
 geb. Oratwa
 am 7. Oktober nach kurzem aber schwerem Leiden verstorben ist.
 Beerdigung Freitag nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen, 62a
Karl Kollhoff.

Von der Reise zurück 162/1
Dr. Eugen Haagen.

Sozialdemokratischer Wahlverein Adlershof.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse
Karl Libau
 Gadenbergstr. 17, am Sonntag, den 6. Oktober, durch Abbruch mit der Flugmaschine tödlich verunglückte. 203/1
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Hauptplatz Johannisthal, Hauptpostamt, aus statt.
 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Jahrbüchle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter
Ernst Teller
 Wartenstraße 113, im Alter von 55 Jahren gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. Oktober, vormittags 11 1/2 Uhr, von der Halle des Gogatha-Kirchhofes in der Barfußstraße aus statt.
 89/16 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
 E. H. Filiale Neukölln I.
 Am Montag, den 7. d. M., verstarb nach langer Krankheit unser 38 Jahre langes Mitglied, der Tischlermeister
August Schmidt.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 10. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Friedhof am Mariendorfer Weg statt.
 258/6 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
 Sektion der Putzer.
 Unseren sowie den Mitgliedern des Gesangsvereins der Putzer hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied
Ferd. Meyer
 nach langem Leiden am 7. d. M. im 64. Lebensjahre in der städtischen Anstalt Dalsdorf gestorben ist.
 Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr auf dem Anstalts-Friedhofe in Dalsdorf statt.
 Um rege Beteiligung wird ersucht.
 Am 7. Oktober verstarb unser Mitglied, der Bucher
Wilhelm Helbig
 (Bogel Wilmersdorf).
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. Oktober, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Halle des Gemeindefriedhofes in Wilmersdorf, Berliner Str. 103, aus statt.
 Ehre ihrem Andenken.
 142/11 Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann und guter Vater
Ernst Tubbenthal
 im 32. Lebensjahre verstorben ist.
 Dies gelte tiefbetriibt an
Emma Tubbenthal
 nebst Sohn.
 Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause, Deutsch-Kroner Straße 7, aus auf dem GutsMuths-Friedhof in Hohen-Schönhausen, Oranienstraße, statt. 7456

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau
Veronika Kollhoff
 geb. Oratwa
 am 7. Oktober nach kurzem aber schwerem Leiden verstorben ist.
 Beerdigung Freitag nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen, 62a
Karl Kollhoff.

Dankfagung.
 Für die mir bewiesene Teilnahme sowie für die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere der Firma Hub. Otto Reher, seinen sämtlichen Kollegen und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband meinen herzlichsten Dank. 11a
Witwe Eggert
 nebst Kind.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter
Anna Jakubasch
 sagen wir allen, welche ihr die letzte Ehre erwiesen haben, insbesondere dem Genossen A. Käfer für die trostreichen Worte sowie dem Gesangsverein Schöneberger Männerchor, den Genossen und Genossinnen des 2. Bezirks und den Bewährungsträgerinnen der Ausgabestelle Schöneberg unseren herzlichsten Dank. 48a
 Der trauernde Gatte Paul Jakubasch nebst Kindern.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
 10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.



Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
 BERLIN, Leipziger Straße 92.
 Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Getragene Monatsgarderobe.
 Heute und folgende Tage: Verkauf von gebrauchten Maßanzügen, Maßpaletots, Ulster etc., welche teils von ersten Schneidern sind, auch einzelne auf Selde gearbeitet. Ferner elegante neue Herrenkleidung in prima Ausführung:

Jackett-Anzüge	M. 12.-	16.-	22.-	etc.
Herrn-Paletots	10.-	14.-	18.-	
Ulster	12.-	18.-	24.-	
Rock-Anzüge	12.-	18.-	24.-	
Gehrock-Anzüge	16.-	23.-	29.-	
Frack- u. Smoking-Anzüge	24.-	28.-	33.-	
Herrn-Beinkleider	5.-	7.-		

Frack-Gesellschaftsanzüge werden verliehen.
Herren-Garderobehaus Friedrichstr. 127
 Sonntags nur v. 12-2 Uhr geöffnet.

Orts-Krankenkasse für Pankow.
 Am Sonntag, den 20. Oktober 1912, vormittags 10 Uhr, findet im Restaurant von Koschki, Pankow, Reussstr. 3/4, eine außerordentliche
General-Versammlung
 mit folgender Tagesordnung statt:
 1. Berichterstattung über die letzten General-Versammlungen.
 2. Berichterstattung über die General-Versammlung des Hauptverbandes deutscher Orts-Krankenkassen in Köln a. Rh.
 3. Vortrag über das Versicherungs-gesetz für Angestellte.
 4. Antrag des Vorstandes auf Ergänzung der Ruhegehaltsregelungen für die Beamten.
 5. Beschlußfassung über den Antrag auf Zulassung als „besondere“ Orts-Krankenkasse (§ 289 R.-B.-O.) oder auf Ausgliederung zur allgemeinen Orts-Krankenkasse (Art. 16 G.-B. R.-B.-O.).
 6. Verschiedenes. 270/0
 Die Herren Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden hierzu eingeladen mit dem Bemerkten, daß denselben noch eine Legitimationskarte zugesandt wird.
 Otto Rihmann,
 Vorsitzender.

Buchhandlung Vorwärts
 Lindenstr. 69
Der kleine Stadthaumeister
 Ein Lehr- und Spielbuch für Jugend, Eltern und Lehrer von Heinrich Pralle. Mit 15 Abbildungen im Text und 17 Tafeln. Preis 1,50 Mark.

Don „Vorwärts“-Lesern gewähre Rabatt.
Riesenlager echter Perser Teppiche Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
 Berlin, Oranienstr. 158
Abgepaßte Fenster,
 weiß und crème
 p. Fenster 2⁵⁵, 3, 4-60 M.
 mit Point-lace-Künstler-Gardinen, p. Fenster M. 6⁷⁵
 Elegante Seiden-Tüll-Stores M. 1⁸⁵
 Gestickte echte Spachtel-Stores M. 7⁷⁵
 Goldfarbige reichgestickte Band-Stores M. 3⁸⁵
 Tüllbettdecken, Größe 160/220 cm M. 2⁸⁰
 Reichpost. Erbstüll-Bettdecken M. 6⁷⁵
 Elegante Tüll-Bettdecken M. 6⁷⁵
 Brise-Bisse (Scheibenschleier) 23, 35, 40, 50 Pfennig.
 Nach auswärts p. Nachnahme.
Der neue Katalog
 mit zirka 650 Abbildungen gratis und franko.

Fr. Hahn
 Modernes Kaufhaus
 Alexanderplatz ♦ Landsberger Str. 60-63

3 Ulster-Tage

Donnerstag · Freitag · Sonnabend

Für diese 3 Tage habe ich große Bestände modernster Winter-Ulster darunter solche zum bisherigen Verkaufspreis bis 84 Mark zu 3 Einheitspreisen zum Verkauf gestellt:

Serie I	Serie II	Serie III
24 ⁵⁰	39 ⁵⁰	59 ⁵⁰

Ulster-Hüte
 Filz, grau- oder braunmeliert, leicht und dauerhaft 2⁴⁵
 Winterflansch, federleicht u. eleg., braun oder dunkelgrün 2⁹⁰

Herrn-Handschuhe
 Extra billig
 echt Schweden, gesteppt . . 1⁹⁵
 echt Nappa, gesteppt 2⁴⁵
 echt Wildleder, gesteppt . . 3¹⁰

Zahlstelle der Freien Volksbühne Nr. 63.

MANOLI Kardash

„Milka“ Edel-Margarine
 Während der Reklametage vom 5.-12. Oktober erhält man zu 1 Pfund Milka Edel-Margarine 1/3 Pfund Sellablocksokolade in unseren Verkaufsstellen.
MILKA

Verkäufe.

Teppiche, Prachtstücke (Herdenfleher) für halben Preis. ... Gardinen, Fabrikreste, Große Frankfurterstraße 9 parterre. ... Steppdecken, billig, Fabrik Große Frankfurterstraße 9 parterre. ... Betten, Grand 9, Brunnenstraße 10, im Keller. ... Nähmaschinen, wir empfehlen Mad. und Auto-Nähmaschinen ...

Jeden Prozent Rabatt Vorwärts-lefern. Sonntags geöffnet. ... Gardinen, Fabrikreste, Fenster 1.65, 1.95, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 5.75, 6.50 ufm. ... Totalverkauf von angekauften Gardinen, Stores, Vorhänge, raumend billig. ...

Monats-Garderoben-Paus verkauft spottbillig erstklassige, wenig getragene Jackettanzüge, Gebrodanzüge, Smokinganzüge, Pradaanzüge, Winterpaletots, Winter, Winterjogge, Winterkleider, Bräutigamsanzüge, erste Etage. ...

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter günstiger Verzinsung, auch Waren aller Art. ...

Kaufen Sie direkt beim Tischlermeister. Komplett möblierte Wohnungen in allen Preislagen. ...

Jahresbills in Kaufkauf, Gold, Silber und Platin fast pro Jahr bis 50 Pfennig und für Platin zahllos (den höchsten Preis Blumenreich). ...

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Institut, wird englischer Unterricht erteilt. ...

Verschiedenes.

Kunstkopiererei von Fran Kolosch Schlichtener, Kurstraße 8 III. ...

Vermietungen.

Wohnungen. Goldenerstraße 16, Vorderhaus, Zweizimmer + Wohnung, Kammer, Balkon, sofort.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche. Frau sucht für abends nach 8 Uhr Laden- oder Bureaureinigung. Frau Richter, Verlegerstraße 43. 781

Kaufgesuche.

Hochszahlend, Metalle, Jahrbücher, Platinabfälle, Gold, Silber, Dueschläger, Metallschmelze, Silber, Schwefel, 20a (gegenüber Rantaustraße).

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streit oder Lohn-differenzen sind gewährt: Pianofabrik von Adolf Lehmann u. Co., Lichtenberg, Wöllendorferstr. 48. ...

Geschäftsverkäufe.

Restaurant, goldene Krone, Mitte 1164,00, 25 halbe, Zweizimmerwohnung, umhändelbarer spottbillig. ...

Möbel.

Möbelverkauf und Möbelkauf. Vorderhäuser erhalten Möbel auf Teilzahlung. ...

Möbel.

Möbelverkauf und Möbelkauf. Vorderhäuser erhalten Möbel auf Teilzahlung. ...

Möbel.

Möbelverkauf und Möbelkauf. Vorderhäuser erhalten Möbel auf Teilzahlung. ...

Möbel.

Möbelverkauf und Möbelkauf. Vorderhäuser erhalten Möbel auf Teilzahlung. ...

Möbel.

Möbelverkauf und Möbelkauf. Vorderhäuser erhalten Möbel auf Teilzahlung. ...

Möbel.

Möbelverkauf und Möbelkauf. Vorderhäuser erhalten Möbel auf Teilzahlung. ...

Jugendl. Lauf- u. Arbeitsburschen im Alter von 11-18 Jahren verlangt der Arbeitsnachweis, Michaelkirchplatz 2, vorn parterre. 67/10

Partei-Angelegenheiten.

Wannsee. Am Sonnabend, den 12. d. Mts., abends 8 Uhr, im „Fürstentum“ (D. Adernann): Wahlvereinsversammlung. Bericht vom Parteitag. Referent: Genosse Pled. Der Vorstand.

Röntgenaal. Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr: Zahlabend bei Marg. Bärwolffstraße.

Berliner Nachrichten.

Im Spandauer Stadtfors.

Am Hauptbahnhof in Spandau, den wir für zwei bis drei Meilen vom Lehrter Hauptbahnhof oder über die Stadtbahn erreichen, halten elektrische Straßenbahnwagen. Wir wählen den mit der Richtung „Nadensfelde“ am Schilde. Für einen weiteren Meilen werden wir durch Spandau und durch die lange Neuendorfer Straße in einer Viertelstunde bis zum Waldbrand befördert. Hier hat sich nun leider, seit der Spandauer Magistrat den Wald in Gold zu verwandeln sucht, vieles geändert. Rechts ist der Forst „aufgeschlossen“, d. h. in allerlei Ansiedlungen verwandelt. Zur linken Hand ist er noch da, und im Weiterwandern verschönert er sich. Nach einer Viertelstunde erreichen wir einen Schiffahrtskanal, der von der Habel kommt, aber zur linken nach einigen hundert Metern blind endet. Nachdem wir uns auf der Brücke umgesehen haben, gehen wir unseren Weg weiter, an einer „Erfrischungshalle“ vorbei, die offenbar nur in dürftigen Jahreszeiten geöffnet ist. Der Weg ist parkähnlich geworden, der Wald zum Nadelwald, und das Laub der Hainbuchen, Ulmen und Eichen bildet ausgedehnte Farnefelder in braunen und gelben Tönen. Das dunkle Grün der Kiefern bildet den festen Pol in dieser Erscheinung. Von der Brücke ab nach kaum zehn Minuten biegen wir beim Bestellein 12.11 links ab. Bald überschreiten wir das Gleise der Spandauer-Vöhrner Bahn. Zur linken eine weite Lichtung. Hier und da nebelt es leicht auf der Fläche. Die milden Strahlen der herblich gedämpften Sonne umspielen die sterbenden Halme. Aber zu ihren Füßen ist alles grün von jungem Gras und Moos, das den Winter zu überdauern sich anschickt. Alles Vergänglichke ist nur ein Gleichnis. Jetzt überschreiten wir auf einem Erdbann, den Erlen und Weiden säumen, das Teufelsfenn. Eine weite Fläche, einformig mit rötlichbraunem Gras und Winsen etwa meterhoch dicht bedeckt, eine wahre Moorprarie. Wasser wird nirgends sichtbar, aber der Blick über diese Flächen bis zum Hochwald dahinter ist nichts Alltägliches.

Wir gehen den Damm geradeaus weiter und nach wenigen Minuten den ersten Fahrweg rechts ab. Wo er den Hochwald erreicht, wieder den Weg zur linken. Ein grüner Waldpfad nimmt uns auf, der sich schlängelt, dessen Richtung wir aber beibehalten. Wir passieren kleine Waldmoore und der hochstämmige Wald zeigt uns, was auch die Kiefer vermag, wenn sie weniger dicht steht und ihren Wuchs zur Geltung bringen kann. Vor einem dichten Bestand kleiner Kiefern hört unser Weg in seiner alten Breite plötzlich auf. Wir wenden uns nach rechts etwas steil in die Höhe, um dann wieder geradeaus, bergauf bergab zu wandern, so weit es uns gefällt. Sobald die Zeit drängt, brauchen wir nur das erste beste Bestell links ab zu wandern. Es bringt uns zur Schönwalder Chaussee, die zur linken nach Spandau zurückführt. Neben der Chaussee im Walde führen bequeme Fußsteige und den Staub haben wir um diese Jahreszeit nicht zu fürchten. Beim Johannisthal steht die elektrische Straßenbahn, die für 10 Pfennig zum Bahnhof befördert. Die der Weg hier beschrieben ist, läßt er sich in ganz wenigen Stunden durchwandern oder auch länger ausdehnen. Er wurde so gewählt, um möglichst mannigfaltige Waldbilder zu zeigen. Wenn die Spandauer besser wüßten, was sie an ihrem Walde haben, würden sie keinen Fußbreit davon verkaufen. So aber wachsen die eisernen Stafete in den Wald hinein wie ebenso viele Ausrufungszeichen für die menschliche Kurzsichtigkeit. Vielleicht wird noch rechtzeitig Halt gemacht. Bis dahin läßt uns den Wald genessen. Er ist stumm geworden. Auf den Lichtungen hört unser Fuß hier und da bequeme Rebhühner schwirrend in die Luft. Die Eichhähnen spielen Versteck mit uns. In den Holzschlägen und Büschen huschen muntere Jauntönnige und Goldhähnchen. Bald folgen wir dem Fluge einer Krähe, bald bannet uns ein scheues Reh dort hinten am Wege. Der Wald lebt auch im Herbst.

Von den Pflichtfortbildungsschulen der Stadt Berlin.

Pflichtfortbildungsschulen gibt es in Berlin nur erst für das männliche Geschlecht. Ob die geplanten Pflichtfortbildungsschulen für das weibliche Geschlecht „sich“ zum April nächsten Jahres fertig werden, muß man abwarten.

Die bestehenden Pflichtfortbildungsschulen haben im letzten Schuljahr wieder eine erhebliche Mehrung der Schüler gehabt. Im Schuljahr 1910/11 wurden im Sommer 21 987 Schüler, im Winter 22 220 Schüler gezählt. Dagegen war im Schuljahr 1911/12, nach Angabe des jetzt vom Magistrat veröffentlichten Verwaltungsberichts der Fortbildungsschuldeputation, die Schülerzahl im Sommer 33 353, im Winter 34 319. Der letzte Winter wies gegenüber dem vorletzten ein Plus von 2009 auf, das sind 6 1/2 Proz. der Schülerzahl des vorletzten Winters. Das vorhergehende Schuljahr hatte nur ein Plus von 716 gebracht, was einen Zuwachs von nur 2 1/2 Proz. bedeutete.

An dem Zuwachs sind die verschiedenen Berufsgruppen immer sehr ungleich beteiligt. Im letzten Schuljahr stieg die Schülerzahl wieder hauptsächlich bei den ungelerten Arbeitern, diesmal von 12 405 im 1920 (= 10 1/2 Proz.) auf 13 728. Die Gruppe der ungelerten Arbeiter ist der weitaus größte in den Pflichtfortbildungsschulen, sie umfaßt jetzt zwei Fünftel aller Schüler. Den übrigen Zuwachs des letzten Schuljahres lieferten größtenteils die Kaufleute und die Metallarbeiter. Die Kaufleute mehrten sich wieder beträchtlich, von 5396 im 342 (= 6 1/2 Proz.) auf 5738. Auch die im vorhergehenden Jahre etwas geringer gewordene Gruppe der Metallarbeiter hatte diesmal eine Mehrung, von 6491 im 445 (= 6 1/2 Proz.) auf 6930. Mit beiderseitigen Zuwachsziffern sind ein paar kleinere Berufsgruppen vertreten. Es mehrten sich die Schüler aus dem Bekleidungsberufe von 1255 im 62 auf 1317, aus dem Kunstgewerbe von 2508 im 69 auf 2577, aus dem Nahrungsmittelgewerbe von 1304 im nur 5 auf 1300. Dazu kommt in der Gruppe „sonstige Berufe“ eine Mehrung von 548 im 42 auf 500. Ein Rückgang der Schülerzahl zeigt sich bei den Barbieren und Friseurern, die sich in den Pflichtfortbildungsschulen von 497 im 28 auf 469 verminderten. Zurückgegangen ist auch wieder wie schon seit mehreren Jahren die Schülerzahl aus dem Baugewerbe, diesmal von 1816 im 168 auf 1658. Vier Jahre vorher, im Winter 1907/08, hatten die Pflichtfortbildungsschulen noch

3080 Schüler aus dem Baugewerbe, ziemlich doppelt so viel wie im Winter 1911/12.

Von den 34 319 Schülern des letzten Winters gehörten zur Unterstufe 13 842, zur Mittelstufe 11 975, zur Oberstufe 9002. Gegenüber dem vorletzten Winter hatte die Schülerzahl sich gemeinhin in der Unterstufe um 709, in der Mittelstufe um 951, in der Oberstufe um 439. Von je 1000 Pflichtfortbildungsschülern überhaupt gehörten jetzt zur Unterstufe 39, zur Mittelstufe 35, zur Oberstufe nur 26. Anderes Zahlenmaterial, an dem man den Erfolg des Fortbildungsunterrichtes messen könnte, findet sich in dem Bericht nicht. Es fehlen diesmal auch die früheren Hinweise auf die Schwierigkeiten, die der Pflichtfortbildungsschule z. B. bei Aufstellung der Stundenpläne und Festlegung der Unterrichtszeiten aus der angeblich notwendigen Schonung der Arbeitgeberinteressen erwachsen. Wegen der Schwierigkeiten, die für den Unterricht der ungelerten Arbeiter sich aus ihrem häufigen Stellungswechsel und den dadurch bedingten Umschulungen ergeben hatten, ist inzwischen ein Abhilfemittel versucht worden. Die ungelerten Arbeiter werden nicht mehr nach ihrer Arbeitsstelle, sondern nach ihrer Wohnung eingeteilt, so daß Umschulungen seltener nötig werden. Man hofft, hierdurch die Unregelmäßigkeit des Schulbesuchs der Ungelerten, die bei ihnen schlimmer als bei irgend einer anderen Berufsgruppe ist, zu mildern.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlin, die schon seit Jahren bemüht ist, Einrichtungen zu schaffen, die dazu dienen sollen, dem kranken Arbeiter so schnell wie möglich Gesundheit und Erwerbsfähigkeit wieder zu verschaffen, hat seit Mai 1911 in der Passage am Alexanderplatz ein Institut für hydrotherapeutische und physikalische Behandlung eröffnet. Aus kleinen Anfängen heraus, mit drei Bädern und einigen Douchen beginnend, hat man jetzt das Institut schon recht respektabel ausgebaut und eröffnet zurzeit ein Röntgeninstitut. Das Institut enthält Warteräume für die Kranken, mehrere Untersuchungszimmer, einen großen Baderaum für kohlensäure Wäder und einfache Wannenbäder, Doucherräume für alle Arten Douchen, Dampfdouchen, Wechselstrahldouchen für kaltes und warmes Wasser, Regendouchen für alle Körperteile, ferner finden wir alle Arten elektrischer Lichtbäder, Einrichtungen für Bestrahlung, Heißluftbäder. Von Dampfbädern hat man nur ein einziges aufgestellt, weil man in unserer Zeit immer mehr zu der Ueberzeugung kommt, daß das Schwitzen im elektrischen Lichtbade oder Heißluftbade zweckmäßiger und für das Herz viel weniger angreifend ist, als im Dampfbad. Besonders interessant ist das medicomechanische Institut, in dem wir sinnerreich konstruierte Apparate vorfinden, die dazu dienen, durch methodische genau der Schwere nach abnehmbare Widerstandsbelegungen und Uebungen Versteifungen aller Gelenke, sowohl der großen, Fuß- oder Schultergelenke wie auch der kleinsten, Daumen- und Finger- und Fußgelenke zu beseitigen; gerade diese Instrumente sind von größter Wichtigkeit zur Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit. Um aber auch ein möglichst lückenloses Erkennen aller Krankheiten zu gewährleisten, hat man das Röntgeninstitut angegliedert. Jeder Kassenarzt ist heutzutage nicht instande, sich ein Röntgeninstrumentarium anzulegen, teils aus finanziellen Gründen (die Röntgenapparate sind sehr teuer und erfordern elektrischen Anschluß), teils auch weil ihm häufig die Zeit dazu fehlt. Hier ist den Kassenärzten Gelegenheit gegeben, alle Fälle zur Röntgenuntersuchung sowohl als auch zur Röntgenbehandlung ins Institut zu senden. Röntgenuntersuchung wie Röntgenbehandlung nehmen in der modernen Medizin einen immer größeren Raum ein. Während man früher nur die chirurgischen Diagnosen mittels Röntgenstrahlen stellte, benutzt man jetzt die Röntgenuntersuchung für alle möglichen in n e r e n Diagnosen, in erster Linie auch für die Früh-Diagnose der Lungentuberkulose; die Röntgenbehandlung wird bei einer großen Anzahl von Erkrankungen mit bestem Erfolge angewandt, so besonders bei oberflächlichen Neubildungen, Psoasabszessen, Neuralgie, Bluterkrankungen, Hautkrankheiten usw. Das Röntgeninstitut ist mit den neuesten Apparaten ausgerüstet, die sowohl Durchleuchtungen als auch Aufnahmen (besonders Schnellaufnahmen) in tadellosester Weise ermöglichen.

Auch ein Plattenkassettensystem für Röntgenplatten zur genauen Erkennung der Bilder ist vorhanden und steht den Kassenärzten zur Verfügung. Besonders wertvoll für das Institut ist die ständige ärztliche Ueberwachung durch zwei Ärzte und die Oberleitung des Instituts durch Herrn Geheimrat Brieger, der eine Autorität auf dem Gebiete der Hydrotherapie ist.

Das Institut ist seit dem 15. Mai 1911 von 2173 Frauen und 4641 Männern besucht worden. Zahlen, die wohl am deutlichsten seine Notwendigkeit beweisen. Hoffen wir, daß das Institut, um dessen Errichtung sich auch besonders der Vorstehende der Zentralkommission Simanowski verdient gemacht hat, vielen Arbeitern und Arbeiterinnen ihre verlorene Gesundheit wiederherstellen helfe.

Große Unterschlagungen in der Akademie der Künste. Nach Unterschlagung von etwa 30 000 M. ist der 59 Jahre alte Bureauvorsteher der Akademie der bildenden Künste, Rechnungsrat Heinrich Schuppel, der gleichzeitig das Amt des Hauptinspektors verah, die Kasse verwalte, flüchtig geworden. Ein ungetreuer Beamte ist seit 33 Jahren im Amte und genoh das größte Vertrauen seiner Vorgesetzten. Er ist verheiratet und Vater mehrerer erwachsenen Söhne und Töchter. Schuppel, der als äußerst solide geschätzt wird, soll sich in Börsenspekulationen eingelassen und dabei große Verluste erlitten haben. Als er vor einiger Zeit einen Urlaub antrat, wurden durch den ihn vertretenden Beamten Unregelmäßigkeiten in der Buch- und Kassenführung entdeckt und der vorgelegten Behörde Anzeige erstattet. Als diese Schuppel um Aufklärung ersuchte, gelang es ohne weiteres in einem Briefe ein, etwa 30 000 M. im Laufe der letzten Jahre veruntreut zu haben. Gleichzeitig erklärte er, sich das Leben nehmen zu wollen. Ob dies geschehen ist oder wo sich Schuppel aufhält, ist noch nicht ermittelt worden. Nach einer weiteren Meldung dürfte der unterschlagene Betrag möglicherweise noch erheblich höher sein, als oben angegeben. Die 30 000 M. stellen die Summe dar, deren Fehlen bis jetzt einwandfrei festgestellt ist; ganz jand die Nachrechnungen aber noch nicht abgeschlossen. Bei den Kassenrollen und den ständigen Besuchern der Akademie erstreute sich Schuppel einer gewissen Beliebtheit. Die Nachforschungen nach dem ungetreuen Beamten, der etwa 1,75 Meter groß und schlank ist, leicht ergrautes Haar und kleinen Schnurbart trägt, und fahles, längliches Gesicht und große Nase hat, werden vom Kommissar Hasenjaeger vom Polizeibezirksamt Berlin-Mitte geleitet.

Zusammenstoß zweier Flugapparate.

Auf dem Flugplatz Johannisthal hat sich gestern nachmittags schon wieder ein schwerer Unfall ereignet. Bei einem Gleitflug stieß der Erich-Originalsieder des Fluglehrers Michaelis von der Sportfliegergesellschaft auf den von dem bulgarischen Ober-

leutnant Boyristeff gesteuerten Albatros-Doppeldecker. Beide Maschinen stürzten aus 10 Meter Höhe zu Boden, wobei der Offizier unter die Lande geriet und innerliche Verletzungen davontrug, während Michaelis mit leichten Wunden davonkam.

Brennmaterialien und Zeitungshandel. Nachdem der Versuch, durch Abänderung des Ortsstatuts vom 14. Oktober 1911 für den Brennmaterialien- und Zeitungshandel an den Sonn- und Festtagen andere Verkaufszeiten festzusetzen, gescheitert ist und Weiterbewilligung der bisher für die beiden Handelszweige ausnahmsweise zugelassenen Verkaufszeiten sich nicht hat erreichen lassen, sind für diese vom 1. Oktober ab die im § 1 des Ortsstatuts enthaltenen Bestimmungen maßgebend. An den gewöhnlichen Sonn- und Festtagen darf in offenen Verkaufsstellen ein Handel mit diesen Gegenständen vom 1. Oktober bis einschließlich 30. April nur von 12 bis 2 Uhr nachmittags, vom 1. Mai bis einschließlich 30. September nur von 8-10 Uhr vormittags stattfinden. Wegen des Straßenhandels bleibt es bei dem bisherigen Verbot. Der Zeitungshandel auf den Fernbahnhöfen ist besonders geregelt.

Ein geheimnisvolles Paket wurde gestern einem Italiener Henry B. in die Hände gespielt. B. fuhr vormittags nach Dresden. Während er sich eine Fahrkarte kaufte, ließ er seinen Koffer einen Augenblick ohne Aufsicht in der Vorhalle stehen. Als er ihn wieder an sich nehmen wollte, fand er darauf ein Paket liegen, dessen Hülle aus grauem Packpapier stark verächnelt war. Er nahm erst an, daß das jemand es nur auf einen Augenblick aus der Hand gelegt habe und wartete längere Zeit auf den Eigentümer. Als sich aber niemand weiter um das Paket kümmerte, öffnete er es endlich und fand darin die Leiche eines neugeborenen Mädchens. B. übergab den Fund der Bahnhofsbehörde, die ihn dann nach dem Schauplatz bringen ließ. Die kleine Leiche war unter der Packpapierhülle noch in eine Nummer des „Simplicissimus“ eingewickelt. Nach der vorläufigen Besichtigung scheint das Kind totgeboren worden zu sein. Wer die Leiche an den Fundort gebracht hat, ist noch nicht festgestellt.

Ein Raubüberfall wurde in der vergangenen Nacht auf dem Grundstück Landensir. 33 verübt. In dem Erdgeschoß des Vorderhauses betreibt der Gastwirt A. Prohaska, der im Duergebäude wohnt, sein Geschäft, das nur von 2-4 Uhr nachts geschlossen ist. Der Hausdiener war in dieser Zeit mit dem Aufräumen und dem Gläserputzen beschäftigt. Plötzlich ging die Küchentür am Flur auf und herein trat sein Vorgänger mit zwei anderen Burchen. Die drei hatten sich vor 10 Uhr abends eingeschlichen und in dem unverschlossenen Vorleser verborgen gehalten. Als nach 2 Uhr nachts alles ruhig war, drangen sie in die Wirtschaft ein, um nach Ueberwältigung des Hausdieners die Ladentasse zu rauben. Sie warfen dem erst 17 Jahre alten Hausdiener, der gerade in der Küche war, um warmes Wasser zu holen, seinen eigenen Ueberzieher über den Kopf und über das Kleidungsstück eine Schlinge. Bevor sie jedoch diese fest zuschießen konnten, gelang es ihm, eine Hand zwischen Kopf und Schlinge zu stecken. Der Ueberfallene setzte sich aus Leibkräften zur Wehr, riß sich los, schlug Lärm und rief auf dem Hausflur so laut um Hilfe, daß die Bewohner erwachten, aus den Betten sprangen und herbeieilten. Als die Räuber sahen, daß ihr Plan misslungen war, flüchteten sie, weil sie durch die verschlossene Haustür nicht hinauskommen konnten, die Treppe hinauf. Hier gerieten sie jedoch in eine Falle. Das Vorderhaus des Grundstücks hat keinen Boden. Die herbeigeholte Polizei nahm die Burchen fest.

Töblicher Unglücksfall. Gestern nachmittags spielten mehrere Kinder im Flur des Hauses Postmannstr. 10. Gegen 1/2 6 Uhr kam das Automobil der Ersten Berliner Wärmeladenfabrik, deren Geschäftsräume sich auf dem genannten Grundstück befinden, von einer Tour zurück und fuhr ziemlich schnell durch den Torweg in den Flur hinein. Die Kinder sprangen schreiend zur Seite und konnten sich in Sicherheit bringen, nur die 6jährige Tochter Erna des Portiers Giekmann geriet unter die Räder und wurde entsetzlich zugerichtet. Man brachte das Kind nach der Unfallstation in der Kommandantenstraße, wo aber nur noch der Tod festzustellen werden konnte.

Der Männergesangsverein „Verch“ veranstaltet unter Leitung des Chormeisters Hermann Schullen am Sonnabend, den 12. Oktober, im großen Saale der Brauerei Königstadt ein Konzert. Mitwirkende sind Frau Margarete Blume, Opernsängerin, sowie das Berliner Tonkünstler-Orchester, Leitung Kapellmeister Fritz Blume. Anfang präzis 8 1/2 Uhr. Programme inkl. Bierdeckel 60 Pf. — Da der Verein bei Parteiveranstaltungen bereitwilligst mitwirkt, erwartet derselbe regen Besuch der Parteigenossen.

Großfeuer in der Ansbacher Straße. In der letzten Nacht hatte die Charlottenburger Feuerwehr in der Ansbacher Straße 24/25 einen großen Dachstuhlbrand zu bewältigen. Das Feuer war kurz nach 11 1/2 Uhr nachts bemerkt worden, als schon aus mehreren Stellen des Daches Flammen hervorschlügen. Bei Anbruch der Ost- und Südwinde der Charlottenburger Wehr brannte dann der Dachstuhl des Vorderhauses schon in der ganzen Ausdehnung. Es wurde mit fünf Schlauchleitungen Wasser gegeben, doch zogen sich die Löscharbeiten und Aufräumungsarbeiten bis gegen 4 Uhr morgens hin. Der Dachstuhl ist völlig vernichtet. Ueber die Ursache des Feuers konnten genaue Feststellungen nicht mehr gemacht werden, da das Feuer schon zu weit vorgeschritten war.

Vorort-Nachrichten.

Steglitz.

Ein Reklame-Essen in der Zeit der Fleischnot bewilligten sich unsere bürgerlichen Gemeindevertreter in derselben Sitzung, in der sie den von unseren Parteigenossen geforderten Kredit von 5000 M. zur baldigen Vinderung der Fleischnot ablehnten. Die Vollendung der höheren Mädchenschule auf dem Fichtenberg ist diesmal die Veranlassung, um einer kleinen Zahl wirtschaftlich gutgestellter Leute zu einem opulenten Mahl mit guten Weinen auf Kosten der Allgemeinheit zu verheßen. 3000 M. wollte der Gemeindevorstand ursprünglich aufwenden, hatte aber auf Widerspruch im Finanzausschuß seine Forderung auf 2000 M. erniedrigt. Wie der Bürgermeister auf eine Anfrage des Genossen Ahmann erwiderte, sollten 750 M. für eine Festschrift, der Rest für Ausschmückung der Aula und ein Festmahl verwendet werden. Durch Zeitungartikel sei das Ansehen unseres Ortes herabgesetzt worden, deshalb müsse gemäßigter zur Reklame ein Festessen veranstaltet werden, um nach außen zu zeigen, daß Steglitz nicht so schlecht dasteh, wie in jenen Artikeln der Anschein erweckt worden sei. Genosse Ahmann entgegnete, daß er gegen die Festschrift und einen einfachen, würdigen Festakt zur Einweihung nichts einzuwenden habe; hierzu würden aber 1000 M. mehr wie ausreichend sein. Die Notwendigkeit eines Festmahles vermöge er nicht einzusehen. Wer nach dem Fest durch ausschweifende Ausschweifungen, möge dies auf eigene Kosten tun. Verembet habe ihn auch, daß im Finanzausschuß zur Begründung des Festmahles gesagt worden sei, man bedürfe der Presse zur Reklame für die neue Anstalt sowohl als für unsern Ort. Ohne Festessen würden die Vertreter der Presse nicht erscheinen. Das könne er einfach nicht glauben. Er denke besser von der Presse und sei überzeugt, daß sie auch ohne Gratifikationen ihre publizistische Pflicht erfüllen werde. Wie bei früheren Festen, so protestiere er auch jetzt wieder ganz energig gegen die Verschleuderung von Gemeindegeldern. Gemeindevertreter Gädke vertrat die gleiche Auffassung. Daß die öfteren Kritiken unserer Vertreter schon etwas gewirkt haben, bewiesen außer der gegen früher viel geringeren Forderung an Geld auch

Die Reden der Herren Richter, der jetzt auch das Schwelgen in Sekt bei anderen Anlässen verurteilt, und Barfelo, der erklärte, daß er und seine Freunde die Kosten ganz aus ihrer Tasche zahlen wollten, aber bei den geladenen Gästen dürfte man nicht knauserig sein. Auch in der Zustimmung des vorigen Jahres war es gerade Herr Barfelo, der unseren Redner erwiderte, er würde sich freuen, recht oft derartige Feste (auf Kosten der Gemeinde) feiern zu können. Daß die 2000 M. doch bewilligt wurden, war den beiden Mietervereinsvertretern der dritten Klasse, Korthaus und Westphal, zu verdanken, die mit der Mehrheit stimmten, als sie bemerkten, daß der fetter Hapen ohne ihre Stimmen wegzuschwimmen drohte. — Zur Ausstattung des von dem Verein „Frauenhilfe“ geplanten Altersheim wurden 1000 M. bewilligt. Genosse Krumm wies bei dieser Gelegenheit auf die Notwendigkeit des Neubaus eines Armen- und Siedenhauses hin, worauf der Bürgermeister erwiderte, daß die Armenkommission sich schon mit dieser Frage beschäftigt. An die Bewilligung von weiteren 5000 M. zur Fortführung der Arbeiten im Stadtpark knüpfte Genosse Krumm den Wunsch, daß man, da es sich um Notstandsarbeiten handele, Sitz- und Arbeiter beschäftigt möge. Es sei zu verurteilen, daß die Gartenverwaltung hiesige Arbeiter entlassen habe und auswärtige weiter beschäftige. Belegentlich der Rechnungsabnahme über den Bau der Gemeindefehle am Marktplatz wurde gerügt, daß hier abermals eine unverhältnismäßig hohe Summe (24 000 M.) für außertragliche Tagelohnarbeiten verausgabt sei. Hierdurch würden die solide kalkulierenden Handwerker geschädigt. Die „billigen“ Submittenten holten bei den Tagelohnarbeiten das reichlich wieder heraus, was sie bei der Submission weniger verlangten. Wenn derartige Sachen durch eine Resolution abgeklärt werden können, wird es nimmermehr geschehen, denn eine derartige Entscheidung wurde einstimmig angenommen. Um den Verkehr an der seit ungefähr einem Jahre bestehenden Sparkasse zu fördern, die bereits 900 000 M. an Einzahlungen buchen konnte, wurde die Errichtung von vier Nebenstellen an der Peripherie des Ortes beschlossen. Ein abgemaltes eingetragener Antrag, betreffend Regelung der Sonntagsruhe, wurde vom Bürgermeister mit dem Hinweis auf die zu erwartende Kenderung der Gewerbeordnung bekämpft und von seinen Getreuen darauf niedergestimmt, vermutlich ebenfalls zur Hebung des Renommee unseres Dorfes.

Pankow.
Die kritischen Feuerungsmaßnahmen der Gemeinde werden nunmehr ihren Anfang nehmen. Der Gemeindevorstand gibt bekannt, daß die Gemeinde vom 10. d. M. an bis auf weiteres an jedem Donnerstag, vormittags von 8—12 Uhr, in den Fischhandlungen von Richter, Neue Schönholzer Str. 5 und Weichenborn, Maximilianstr. 9, den Verkauf von Seefischen (Schellfisch, Blögen, Kabeljau, Barsch, Seelachs, Flunder) zu mäßigen Preisen vornehmen lassen wird. In den Verkaufsstellen wird zur Orientierung der Käufer ein Preisverzeichnis aushängen. Weiter werden auf Verlangen Kochrezepte unentgeltlich verabfolgt werden.

Friedrichshagen bei Oranienburg.
Neht idyllische Zustände herrschen im hiesigen Orte. Vor längerer Zeit stellte sich heraus, daß die Kassenverhältnisse sich völlig in Unordnung befanden. Auch die Buchführung ließ darauf schließen, daß die mit dieser Tätigkeit betraute Person ungeeignet für diesen Posten war. Auf Vorschlag unserer beiden in der Gemeindevertretung sitzenden Genossen wurde der hiesige Kaufmann W. F. zum Ortsschreiber und Kassendirektor gewählt. Letzterer erklärte sich zur Übernahme des Amtes bereit unter der Bedingung, daß die von der Gemeinde bewilligte Remuneration von 300 M. jährlich zum Besten der Ortsschreiber verwendet werde. Bald darauf teilte der Landrat des Kreises mit, daß er dem von der Gemeindevertretung Gewählten die Bestätigung verweigern müsse, weil derselbe Sozialdemokrat sei. Obwohl der Gewählte also tüchtig war für die Ausübung dieses Amtes und obendrein daselbst noch völlig selbstlos verwalten wollte, konnte er seine Dienste der Gemeinde nicht zur Verfügung stellen, weil der vorgesetzten Behörde seine politische Kasse nicht gefiel. Die Gemeindevertretung wählte W. F. zum zweiten Male und beschloß, im Falle der abermaligen Nichtbestätigung die Besetzung des Amtes abzugeben. Leider war später infolge Fristüberschreitung die Klageerhebung nicht möglich. Der Posten wurde daher auf Vorschlag der Gemeindevertretung einem gerade zugezogenen pensionierten Schuttmann übertragen. Als Entschädigung erhielt der vom Landrat schnell bestätigte Herr 400 M. pro Jahr. Nach einigen Monaten stellte sich bei Prüfung der Kasse, an der auch unsere Genossen beteiligt waren, eine völlige Unordnung in den Büchern und der Steuerhebelnisse heraus. Es konnte nur noch an Hand der im Besitz der Steuerzahler befindlichen Quittungen festgestellt werden, wer Steuern bezahlt hat. Eine Feststellung des Kassenbestandes auf Grund der Buchungen war überhaupt nicht mehr möglich. Dem Gemeindevorstand blieb daher nichts anderes mehr übrig, als dem Herrn die Kassenverwaltung abzunehmen. Nunmehr fragt sich, wer jetzt die Bücher und Kassenverhältnisse in ordnungsmäßigen Zustand bringen wird. Es ist wirklich ein echt preussisches Bureaukratenstück. Ein gewissenhafter und in der Buch- und Kassenführung erfahrener Kaufmann wird vom Landrat gehindert, seine von der Gemeindevertretung beehrten Dienste der Gemeinde zur Verfügung zu stellen, bloß, weil er ein Sozialdemokrat ist; ein pensionierter Schuttmann aber, der auch nicht die geringste Kenntnis für einen solchen Posten mitbringt, wird sofort bestätigt. Es zeigt sich hier wieder einmal, daß man in Preußen zur Übernahme eines Amtes noch lange nicht den dafür erforderlichen Verstand zu haben braucht.

Herzfelde.
In der letzten Mitgliederversammlung des hiesigen Wahlvereins erstattete die Genossin Jevernik-Reinhold den Bericht vom Parteitag. Von den Disziplinärmaßnahmen wurde das vom Parteitag genehmigte Stimmabgabensystem mit den Fortschritten, ebenso die Ablehnung von Sonderkonferenzen, nicht gebilligt. Auch die vom Parteitag beschlossene Aufhebung des Nürnberg Beschlusses, betreffend die Parteifrage, fand nicht die Zustimmung der Versammlung. Der Ausschluß Hildebrands aus der Partei wurde dagegen als durchaus gerechtfertigt angesehen. Zum Schluß der Versammlung wurden drei neue Mitglieder aufgenommen.

Notawass.
Ueber Mangel an Unterkunftsräumen wird unter den Arbeitern am hiesigen Bahnbau lebhaft Klage geführt. Die Arbeiter sind gezwungen, während der Arbeitspausen im Freien oder unter den nur ungenügenden Schutz bietenden Brücken zu kampieren. Dieser Zustand hat für die Arbeiter, namentlich jetzt bei der kalten Witterung, schwere Gesundheitschädigungen im Gefolge. Die behördliche Vorschrift, wonach Unternehmer des Baugewerbes zur Errichtung von Unterkunftsräumen für ihre Arbeiter verpflichtet sind, scheint, so teilt man uns mit, für die bauausführende Firma Riedel (Berlin - Moabit) bisher überhaupt nicht existiert zu haben, denn erst nach Aufforderung durch die Polizeibehörde hat sie sich vor einigen Tagen endlich dazu bequemt, in der Nähe der Eisenbahnstraße eine Schauhütte zu errichten. Diese Maßnahme ist jedoch völlig ungenügend, weil nur die in der Nähe beschäftigten Arbeiter die Hütte benutzen können, während die an entfernteren Stellen tätigen nach wie vor ihre Wohnstätten im Freien oder in einer Gastwirtschaft einnehmen müssen. Bei der Zahl der beschäftigten Arbeiter und den weit voneinander getrennten Arbeitsplätzen wären mindestens drei solcher Schauhütten erforderlich, die auch zum Teil eingerichtet und Gelegenheit zum Wärmen der von den Arbeitern mitgebrachten Getränke geben müßten.

Rahnsdorf.
Auch die hiesige Gemeindevertretung nahm in ihrer letzten Sitzung zu der geplanten höheren Schule am Bahnhof Rahnsdorf Stellung. Die ablehnende Haltung der Gemeindevorstände Boltersdorf und Schöneiche, die den Plan zum Scheitern gebracht, hat die Herren sehr verärgert. Ebenso äußerte sich ihr Unmut über die unangenehmen Auslassungen des Bürgermeisters Dr. Stiller, Friedrichshagen, zu dem Projekt. Der Gemeindevorsteher wollte sogar in diesen einen Widerspruch finden, denn, so meinte er, Friedrichshagen beweise durch den geplanten Bau einer zweiten höheren Schule, daß die Aufbringung der Unterhaltungskosten doch gar nicht so schwer sein könne. Daß Friedrichshagen mit den kleinen, räumlich getrennten Landgemeinden nicht in Vergleich zu stellen ist, überließ Herr Köhler anheimstellend. Die Gemeindevertretung stimmte schließlich dem Gemeindevorsteher zu, das Schulprojekt, welches auch ein alter Rahnsdorfer Pädagoge, Herr Schirmer, Vorsitzender des Bürgervereins, als durchaus vertretlich bezeichnet hat, nicht fallen zu lassen. Diese Stellungnahme war vorauszusetzen, wenn man weiß, welchen Einfluß die schwerreichen Hefenwinler auf die Gemeindevertretung haben.

Petershagen bei Friedersdorf.
Aus der Gemeindevertretung. Nach einigen kleineren Sachen stand ein Antrag zur Debatte, die zur Küsterwohnung gehörige Scheune auszubauen und in derselben eine Waschküche zu errichten. Unsere Genossen wandten sich dagegen, daß der Kirchengemeinde auf ihr gehörigen Grundstücken resp. Wäldchen, Kenderungen auf Kosten der politischen Gemeinde bewilligt werden. Wenn auch der Küster, der zugleich Lehrer ist, in einem der Kirche gehörigen Gebäude wohnt und auch eine Klasse dort untergebracht sei, so müsse eine reinliche Scheidung, selbst daraufhin, daß dann die politische Gemeinde Rechtsansprüche für Wohnungszuschuß an den Lehrer hat, geordert werden. Beschlossen wurde, zunächst beim Ortschulinspektor aufzutragen, ob, wenn die Vertretung für das Geforderte ist, der Lehrer wie auch die Klasse weiterhin in dem Gebäude verbleiben können. Als weiterer Punkt stand die Genehmigung der Leihenhalle zur Verhandlung. Auch hier sprachen sich unsere Genossen dagegen aus, obwohl sie die Notwendigkeit einer solchen allgemein anerkannten. Wenn der Bau der auf Kosten der Gemeinde aufgeführten Halle auf dem der Kirchengemeinde gehörigen Friedhofsgelände fertig ist, gelangt auch hier die Kirchengemeinde in den Besitz desselben. Des weiteren sollen auch die späteren Unterhaltungskosten der politischen Gemeinde aufgebracht werden, die entstehenden Einnahmen fließen in den Säckel der Kirchengemeinde. Der Bau der Leihenhalle wurde mit 8 gegen 4 Stimmen beschlossen. Ein Antrag für die Erhaltung der im Orte bestehenden Privatpforte eine Zuwendung aus Gemeindegeldern in Höhe von 200 M. zu machen, wurde mit 7 gegen 5 Stimmen angenommen. Die bisher angesammelten Anliegerbeiträge für Schulzwecke sollen zur Begleichung der durch den Bau der neuen Schule entstehenden Kosten mit Verwendung finden. Der Gemeindevorsteher teilte mit, daß von seiner sechsjährigen Dienstzeit drei abgelaufen sind; er stellt sich, da sich im Laufe der letzten Jahre die Geschäfte sehr gehäuft haben, den Antrag auf Erhöhung seiner Entschädigung von 900 auf 1500 M. per Jahr. Die Gründe wurden von der Vertretung durchweg anerkannt, jedoch glaubte sie, in Anbetracht der Finanzlage bloß 1500 M. zahlen zu können. Die endgültige Beschlußfassung erfolgt in der nächsten Sitzung.

Potsdam.
Aus der Stadtverordnetenversammlung. Ein Ortsschreiber zum Schutze der Residenzstadt Potsdam gegen die Verunstaltung fand die Zustimmung der Stadtverordneten unter der Bedingung, daß das Publikandum außer Kraft gesetzt wird. Das Publikandum hat folgenden Wortlaut: „Auf ausdrücklichen Immediatsbefehl Seiner Königlichen Majestät wird denjenigen Einwohnern zu Berlin und Potsdam, welchen an königlichen Kosten Häuser erbaut worden sind, hierdurch bekannt gemacht, daß sie keineswegs die Freiheit haben, an der Fassade solcher Häuser Veränderungen nach ihrem Gutdünken vorzunehmen. Es bleibt ihnen daher allen Ernstes unterlagt, weder die Kaminen, Gassen, Statuen, Gruppen oder sonstigen Verzierungen wegzunehmen oder zu verändern, wie sich einige bereits erdreistet haben, sondern alles in dem Zustande zu lassen und zu erhalten, wie ihnen solches übergeben worden ist. Und wollen Sie, Majestät der König ferner, daß, wenn an einem solchen Ornament etwas schadhast geworden ist, die unbemittelten Eigentümer dieses sogleich dem Oberhofbauamte anzuzeigen haben, welches Sorge tragen wird, daß die Reparaturen ohne Anstand auf königliche Kosten geschehen sollen.“ Es wäre höchst Zeit, daß diese alten Bestimmungen aufgehoben und den Hausbesitzern Freiheit gelassen wird. Das Ortsschreiber sieht nur einzelne Häuser bezw. Straßenzüge vor, bei denen die Fassaden erhalten bleiben soll. Ob man sich zur Aufhebung des Publikandums bequemen wird, steht noch in Frage, denn leider hängt man noch zu sehr am alten Jopf. — Nachdem die Leihenverbrennung auch in Preußen gestattet worden ist, hat der Magistrat auf Antrag der Friedhofdeputation die Errichtung eines Krematoriums in Potsdam beschlossen. Da in Potsdam durchschnittlich jährlich 1000 Beerdigungen stattfinden, rechnet man auf einen guten Fußpaß und glaubt, daß das Krematorium von einem Teil der weltlichen Berliner Vororte sowie von den übrigen benachbarten Städten wie Brandenburg a. S. mit benutzt werden wird. Als Bauplatz kommt ein 18 000 Quadratmeter großes Gelände in Betracht, auf dem auch ein kleiner Friedhof errichtet werden soll. Die Baukosten einschließlich der Kosten für gärtnerische Arbeiten belaufen sich auf 100 000 M. Die Stadtverordneten haben zur Prüfung der Sache eine Kommission eingesetzt, doch dürfte das Projekt Annahme finden, zumal auch das benachbarte Rowawes sich mit der Errichtung eines Krematoriums befaßt und man diesem Orte zuvorkommen möchte.

Spandau.
Der erste Seefischverkauf unter städtischer Kontrolle fand gestern in der Moritzstraße von 8—11 Uhr statt. Die einzelnen Fischsorten kosteten: Kabeljau 27 und 29 Pf. pro Pfund, Schellfisch 26 und 28 Pf., Seelachs 25 und 27 Pf., Goldbarsch 21 Pf., Brascholle 27 Pf. Die ersten vier Sorten wurden um einige Pfennige billiger bezahlt, als wie sie in hiesigen Geschäften bisher kosteten. Es herrschte schon in den ersten Verkaufsstunden rege Nachfrage. Der Verkauf soll in Zukunft einmal in der Woche auf dem Wochenmarkt erfolgen. — Den hiesigen Kaninchenzüchtervereinen soll zur Kaninchenzucht städtisches Terrain im Nadelan unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Jugendveranstaltungen.
Friedrichshagen. Am Sonntag, den 13. Oktober, findet eine Kartoffel- und Heringspartie nach Bruchmühle statt. Treffpunkt morgens 6 Uhr Friedrichstr. 60.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 10. Okt.	7. 10.	Wasserstand	am 10. Okt.	7. 10.
	am	am		am	am
	cm ¹	cm ¹		cm ¹	cm ¹
Remel, Lübb	150	-4	Saale, Graditz	95	-8
Fregel, Ansburg	-29	+5	Saale, Sandau	34	0
Reichel, Bism	182	-6	Saale, Nienhoren	30	+6
Ober, Rastbor	202	+14	Spree, Spremberg	92	-4
Krausen	151	+1	Bestow	80	-1
Frankfurt	156	-6	Weser, Hörden	151	0
Wärthe, Schirrm	30	-2	Weser, Minden	230	-8
Landenberg	-1	-1	Rhein, Maximilianham	420	-16
Reg. e. Vorbama	-10	-4	Rhein, Köln	225	0
Elbe, Leinwerth	60	-16	Rhein, Bonn	219	+6
Dresden	-4	-8	Reider, Quedlinburg	70	-10
Harz	199	+8	Rhein, Jassau	140	-5
Magdeburg	134	+2	Weser, Xer	48	-6

1) + bedeutet Quatsch. — (Koll. — ?) Unterbeck.

Marktbericht von Berlin am 8. Oktober 1912, nach Ermittlung des hiesigen Preisniveaus. Markthallenpreise. (Weinhandel)
100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—35,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—35,00. Erbsen, 35,00—40,00. Kartoffeln (Weinbbl.) 5,00—8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Krone 1,80—2,40. Rindfleisch, Sandfleisch 1,60—1,90. Schweinefleisch 1,60—2,40. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,60—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,00—5,00. 1 Kilogramm Karben 1,40—2,40. Kase 1,60—3,20. Jambier 1,60—3,60. Federn 1,60—2,80. Barde 1,00—2,40. Schiele 1,60—3,20. Eier 0,80—1,60. 60 Stück Äpfel 1,00—3,00.

Witterungsbericht vom 9. Oktober 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temperatur in Grad C
Stettin	773,8	1	1	heiter	9	Dabrun	770,8	2	1	Rebel	3
Hamburg	774,8	3	1	Rebel	3	Petersburg	770,8	3	1	bedekt	3
Berlin	773,8	1	1	bedekt	4	Sibirij	764,8	3	1	halb bed.	12
Frankf. a. M.	771,8	1	1	heiter	4	Kirchberg	768,8	3	1	mollent	8
München	769,8	4	1	bedekt	6	Paris	767,8	1	1	mollent	3
Wien	769,8	1	1	bedekt	8						

Wetterprognose für Donnerstag, den 10. Oktober 1912.
Zweitens neblig, sonst trocken und vielfach heiter, ein wenig kühl bei mäßigen nordöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Arbeiter-Bildungsschule.
Sonntag, den 13. Oktober 1912, abends 7 Uhr, in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichstraße Nr. 20:
Ernst und heitere soziale Dichtungen
(Adolf Glasbrenner, Herwegh, Ernst Eckstein, H. H. Ewers, Konr. Ferd. Meyer, Theodor Etzel, Ludwig Thoma, Peter Rosegger, Karl Schönherr usw.)
Rezitationen:
Herr Fritz Richard vom Deutschen Theater.
Eintritt 40 Pf. Garderobe frei. 6/11
Nachdem: **Gemeinliches Beisammensein und Tanz.**

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. Zimmerer
(E. S. Nr. 2, Hamburg.) **Oertliche Verwaltung Berlin.**
Freitag, 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 253/17
1. Bericht von der Generalversammlung in Stettin.
2. Wahl der Ortsverwaltung.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.
J. H.: Richard Schröder, Berlin O., Lützner Str. 7, vorn IV.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Möbelpolierer (Bez. Weißensee).
Heute Donnerstag, den 10. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, im Prälaten, Lehderstraße 122:
Branchen-Versammlung.
Die Ortsverwaltung.

Frack-Verleih-Institut
S. Berg Nachf. Borchardt.
Friedrichstr. 115 I, an Oranienh. Tor.
Tel.: Nord 7402. 87143
Frack, Smoking, Gedeckanzüge, Chapeau claque, für jede Figur pass., vorzüglich in verschiedenen Preislagen. Sehr große Auswahl, mäßige Preise.
Vorjährige
feinste Anzüge, Paletots, schicke Ulster, Gehrockanzüge
Smokings auf Selde 30—70 M.
Versandhaus Germania
21. Unter den Linden 21.
Sonntags nur von 12—2 geöffnet.

E. Klähn
Berlin O. 25,
Gontardstr. 4
am Bahnhof Alexanderplatz.
pro Pfd.
Ba. Kofmurr . . . 0.60
Speisebrot . . . 0.60
Zähringer Kofmurr . . . 0.75
Kaffeebrot . . . 0.75
Kofmurr, feinstes Qual. . . 0.90
Vanillebrot . . . 1.00
Schokolade . . . 1.05
Kofmurr . . . 1.10
Brot . . . 1.15
Brot . . . 1.15
Weißbrot . . . 1.30
Weißbrot . . . 1.30
Spezialmehl . . . 0.60
Zugpreise. 0.60

Möbel-Cohn
58 Gr. Frankfurter Str. 58
unweit der Kaiserstraße.
Bitte genau auf Hausnummer 58 zu achten.
Möbel auf Kredit
Riesenauswahl
Anzahlungen auf Stube und Küche:
Mark 15 30 50 75
bis 25 bis 45 bis 70 bis 100
Moderne
Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer
jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.
Einzelne Möbelstücke Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.
Liefere auch anwärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Ueberreicht.
Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.
Sonntags 12—2 geöffnet.